




sommer 2008 / preis 4,80 euro

26

# Inhaltsverzeichnis



*Erscheinungsdatum dieser Ausgabe: 28.05.08, Redaktionsschluss # 27: 15.08.08*

Ein Jahresabo kostet für 4 Nummern Euro 18,-, das 2-Jahres-Abo nur 33,- Euro!
Bestellungen entweder an redaktion@grundrisse.net oder an K. Reitter, Antonigasse 100/8, A-1180 Wien
Bankverbindung: Österreich: BAWAG Konto Nr. 03010 324 172 (K. Reitter), BLZ: 14000.
International: BIC = BAWAATWW, IBAN = AT641400003010324172, Empfänger = K. Reitter,

Die offenen Redaktionstreffen der grundrisse finden jeden 2. und 4. Montag im Monat im „Amerlinghaus“, 1070 Wien, um 19 Uhr statt. Interessierte LeserInnen sind herzlich eingeladen.
Weitere Infos: **www.grundrisse.net** und unter **redaktion@grundrisse.net**

Impressum: Medieninhaberin: Partei grundrisse Antonigasse 100/8, 1180 Wien
Herausgeberin: Redaktion grundrisse (Wolfgang Bacher, Dieter A. Behr, Martin Birkner, Bernhard Dorfer, Robert Foltin, Daniel Fuchs, Käthe Knittler, Birgit Mennel, Minimol, Franz Naetar, Paul Pop, Karl Reitter, Andrea Salzmann)
MitarbeiterInnen dieser Nummer: Alex Demirović, Boris Kanzleiter, Daniela Kopeinig, Stefan Nowotny, Think Pink, Benjamin Opratko, Engelbert Stockhammer, Tom Waibel
Graphikkonzept: Harald Mahrer, Layout: Karl Reitter, Umschlag: Andrea Salzmann
Erscheinungsort: Wien. Herstellerin: Digidruck, 1030 Wien
Offenlegung: Die Partei grundrisse ist zu 100% Eigentümerin der Zeitschrift grundrisse.
Grundlegende Richtung: Förderung gesellschaftskritischer Diskussionen und Debatten.


**ISSN: 1814-3156**
**Key title: Grundrisse (Wien, Print)**

# Editorial

Liebe LeserInnen!

Zu den Möglichkeiten einer vierteljährlich erscheinenden Theoriezeitschrift zählt leider nicht die Information über tagesaktuelle Ereignisse. Trotzdem wollen wir euch auf zwei besonders eklatante Fälle von Repression in Österreich hinweisen: Am 21. Mai 2008 wurden 23 Wohnungen von TierrechtsaktivistInnen durchsucht, teilweise die Türen eingetreten und zehn Personen in Untersuchungshaft überstellt. Die Anklage lautet auf „Bildung einer kriminellen Vereinigung"; offenbar sollen auf Basis willkürlicher Konstruktionen hohe Strafen ausgesprochen werden. Im März 2008 wurde ein Ehepaar im Wesentlichen auf Grund ihrer bloßen Gesinnung zu 4 Jahren bzw. 22 Monaten unbedingter Haft verurteilt. Die Übersetzung von Texten aus dem Arabischen und ihre Publikation im Internet genügten offenbar, um den Tatbestand der „terroristischen Vereinigung" zu erfüllen. In Bezug auf Solidaritätsarbeit, Informationen und Aktivitäten gegen die entsprechenden Verschärfungen informiert euch auf den entsprechenden Homepages, etwa auf http://austria.indymedia.org/.

Alle reden über 1968, auch wir. Boris Kanzleiter sprach mit Dragomir Olujić, einem Aktivisten der 1968-Bewegung in Belgrad: „Unsere Bewegung war pro-jugoslawisch". Darin findet ihr sehr detaillierte Informationen zur 68er Bewegung im damaligen Jugoslawien. Trotz vieler positiver Aspekte spiegelt sich ein Manko dieser Bewegung auch im vorliegenden Interview: es dominieren männliche Akteure und die männliche Sprachform. Im Artikel von Paul Pop „Mobilität, Kontrolle und Klassenkampf" geht es um das widersprüchliche Verhältnis zwischen Migration und kapitalistischer Ausbeutung. Einerseits braucht das Kapital billige Arbeitskräfte, andererseits wird die „Autonomie der Migration" kontrolliert und unterdrückt. Colectivo Situaciones aus Argentinien reflektieren in „Die Politisierung der Trauer" die Situation von gesellschaftlicher Opposition in Zeiten des Rückflutens der Bewegung. Wir danken Tom Waibel und Stefan Nowotny für die Mithilfe an der Übersetzung. Ebenso danken wir Alex Demirović für die Möglichkeit, sein Referat auf dem Kongress „The Art of Critique" vorab veröffentlichen zu können. Darin plädiert der Autor für eine neue Konzeption von Kritik, die mehr will als die bloße Verflüssigung statischer Verhältnisse. Benjamin Opratko setzt sich in seinem Rezensionsessay „Von der Harmlosigkeit radikaler Demokratie" kritisch mit der Rezeption des Buches „Hegemonie und radikale Demokratie" von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe auseinander. Sein kritisches Resümee: das von den AutorInnen vorgeschlagene Projekt kann die bestehenden Verhältnisse nicht in Frage stellen. Unter der Rubrik MIT NACHDRUCK findet ihr diesmal einen wichtigen und akribisch recherchierten Text von Angelika Ebbinghaus, „Taylor in Russland". Dieser informiert über die Anwendung und Rezeption des Taylorismus unter dem Vorzeichen der „realsozialistischen" Arbeitsorganisation. Wir danken der Autorin für die Genehmigung zum Abdruck. Ebenso danken wir Daniela Kopeinig für ihre Bildstreifen, die sie extra für die grundrisse gezeichnet hat.




Vom 25. August bis 2. September 2008 findet ein noborder-Camp in DIKILI bei Izmir in der Türkei statt. Diejenigen unter euch, die noch auf der Suche nach politischen Sommerreisezielen sind, finden den Aufruf hierzu sowie aktualisierte Informationen auf http://no-racism.net.

Zum Schluss möchten wir euch auf das soeben erschienene Buch Peripherie & Plastikmeer hinweisen. Darin informieren zahlreiche Artikel und Interviews über den Zusammengang von Migration und landwirtschaftlicher Produktion. Es hat 106 Seiten, kostet nur 5 Euro und ist bei plastik.meer@reflex.at zu bestellen. Wir empfehlen die Lektüre nachdrücklich.

Im Anhang zum Editorial findet ihr einen Aufruf zum „Pink fahren", der Initiative „Pinker Punkt". Mehr über diese erfährt ihr auf http://umsonst.lnxnt.org/?p=3

eure **grundrisse** - Redaktion

# http://umsonst.lnxnt.org: Think pink …

Mobil zu sein, kostet viel Geld. Wer keines hat, kommt nicht weit. Dabei ist Mobilität die Voraussetzung dafür, um zu Behörden, zur ÄrztIn, zur Arbeit, zur Schule oder auch zur Uni zu kommen. Natürlich auch dafür, die schönen Seiten des Lebens genießen zu können, wie FreundInnen zu besuchen, rauszugehen oder einfach den Ort zu wechseln. Leider führt die zunehmende Kommerzialisierung zentraler Lebensbereiche, wie Mobilität, kulturelle Angebote, Gesundheitsversorgung und Bildung, zur Exklusion von Menschen. Der Öffentliche Verkehr ist beim genaueren Hinschauen damit also gar nicht so öffentlich, wie es auf den ersten Moment scheint.

Besonders krass zeigt sich dies am Beispiel von Menschen ohne festen Wohnsitz und/oder geregeltes Einkommen in Wien, die – obwohl sie kaum Geld haben – dieselben Tarife zahlen müssen, wie alle anderen. Dadurch kommen einige Menschen, die keinen festen Wohnsitz haben, zusätzlich in eine Verschuldungsspirale durch die Wiener Linien, aus der es kaum Auswege gibt. Auf diesen Zustand macht die Straßenzeitung Augustin zwar seit Jahren an jedem F13 (Freitag, den 13.) durch Aktionen aufmerksam, indem demonstrativ und kollektiv ohne Ticket mit der Linie D zum Rathaus gefahren wird, Reaktionen seitens der Stadtverwaltung gab es aber noch kaum.

Aber nicht nur fehlendes Geld kann eineN an der Nutzung des Öffentlichen Verkehrs hindern. Es gibt Menschen, deren Mobilität fast gänzlich eingeschränkt werden soll – MigrantInnen mit prekären Aufenthaltsstatus zum Beispiel. Von der „Unterstützung“, welche nur Menschen mit „legalem“ Aufenthaltsstatus – und selbst diese nicht immer - bekommen, ist es praktisch nicht möglich, die Tarife für öffentlichen Verkehrsmittel zu bezahlen. In Bahnhöfen und regionalen wie überregionalen Zügen sind nicht „heimisch“ aussehende Menschen darüber hinaus besonders häufig Opfer willkürlicher Passkontrollen. Deutlich wird hier, dass die Grenzen die um Österreich durch Schengen weggefallen sind, sich damit lediglich ins Innere verschoben haben – Mobilität im Sinne von Grenzüberschreitung wird so zu einer alltäglichen Situation.

Durch die zunehmende Prekarisierung können sich auch immer weniger Studierende, Familien, PensionistInnen, Illegalisierte und andere BewohnerInnen Wiens die Tickets für den „öffentlichen“ Verkehr leisten und werden so in dem Recht auf Mobilität eingeschränkt. Schön zu sehen ist dies auch bei Studierenden. So wurde etwa die Freifahrt für Studierende schon 1996 von der SPÖ abgeschafft. Heute stellen Tickets für den öffentlichen Verkehr sogar mit Ermäßigung eine nicht unwesentliche finanzielle Belastung für Studierende dar. So muss für ein sogenanntes „Semester“ticket (das in den Ferien gar nicht gültig ist!) zwischen 50,50 Euro und 128,50 Euro bezahlt werden (dies ist abhängig von der Herkunft des/der StudentIn und gilt nur bis zum vollendeten 26. Lebensjahr!) – für viele Studierende im Jahr also eine erhebliche finanzielle Belastung.

Obwohl die Wiener Linien erkennen, dass ihre Preise für viele BewohnerInnen Wiens unerschwinglich sind, sind ihre Maßnahmen (wie zum Beispiel der nun angekündigte „Sozialpass“, der an die rigiden Bedingungen der Sozialhilfe gebunden ist) leider nur ein kleiner Tropfen auf dem heißen Stein Dies ist deswegen um so unverständlicher, als den Wiener Linien durch die Beförderung von Menschen ohne das nötige Geld auch kein Mehraufwand entsteht, da die meisten ja schon jetzt als „SchwarzfahrerInnen“ unentgeltlich mitgenommen werden bzw. die (von allen aus Steuern bezahlte) Infrastruktur ja sowieso vorhanden ist und genutzt werden muss. Deshalb fordern wir Mobilität für alle – und zwar umsonst! Darüber hinaus wollen wir unser Leben wieder selber in die Hand nehmen – und fahren deshalb pink!

**… go pink!**

Wo es Einschränkungen der Bewegungsfreiheit gibt, gibt es auch Strategien, trotzdem in Bewegung zu bleiben. Ticketweitergabe oder das Fahren ohne Ticket sind zwei von vielen Beispielen für eine individuelle Flucht nach vorn. Dies wollen wir aufgreifen und so zu gemeinsamen Aktionen ermutigen. Gegen die Verschärfung der Lebensbedingungen, die Ausgrenzung und die immer unbezahlbarer werdenden Fahrkarten bringen wir die Solidarität von unten wieder ins Spiel.

Wer pink fährt, steht Menschen, die von strukturellen Rassismen betroffen sind, zur Seite. Wer pink fährt, nimmt andere auf seinem/ihrem Ticket mit. Wer pink fährt, zeigt Solidarität! Sprich andere

Die Redaktion

an und überwinde die Anonymität der Fahrgastzelle! Wir laden euch alle ein, selber aktiv zu werden - selber umsonst zu fahren oder anderen Umsonst-FahrerInnen zu helfen. Der „Pinke Punkt“ soll als Erkennungsmerkmal für all jene dienen, die umsonst ans Ziel wollen. Egal ob zur Uni, zur Arbeit, zu FreundInnen oder an die Donau. Wir nehmen uns ab heute, was wir brauchen: Bus und Bahn für alle, und zwar umsonst! Wir sind es leid, uns nur zu beschweren und um kleine Zugeständnisse zu bitten, wir nehmen uns einfach das Recht in der Stadt unterwegs zu sein ohne dafür Geld bezahlen zu müssen. Und das nicht heimlich, still und leise sondern offen und laut, denn es gibt nichts wofür wir uns schämen müssten. Wir holen uns nur das zurück, was sowieso uns gehört, wir wollen den Nahverkehr wieder öffentlich machen, öffentlich für ALLE: und fahren pink!

### Aneignung als Alltagspraxis

Unsere Kampagne ist ein Versuch, die an einen immer weniger vorhandenen Sozialstaat gebundene soziale Debatte zu durchbrechen und der appellativen Politik eine Alltagspraxis von unten entgegenzusetzen. Mit dem „Pinken Punkt“ wollen wir im Bereich der Öffentlichen Verkehrsmittel existente individuelle zu kooperativen Aneignungspraxen machen. Der Slogan „Mobilität für alle und zwar umsonst“ wirkt in der vermeintlichen Unmöglichkeit seiner Proklamation verwirrend und dient in diesem Sinne dazu, vorhandene Denkräume zu erweitern.

### WEG MIT DEN KONTROLLEN! MOBILITÄT FÜR ALLE!

Tipps zum Pink Fahren… Keinen Fahrschein und trotzdem keine Angst vor Kontrollen – mit dem Pinken Punkt kann dieser Traum bald wahr werden. Der Pinke Punkt ist das Erkennungszeichen für alle, die umsonst ans Ziel wollen. Pinke Treffpunkte an den Bahnsteigen markieren den Startpunkt der Gratisfahrt. Lebe deinen Traum: Mit dem Pinken Punkt triffst du immer die richtigen Leute.

Gruppenreisen zu Gruppenpreisen: Ob auf City-Strecken oder im Zug nach nirgendwo: Große Gruppen haben es viel leichter, den KontrolleurInnen zu erklären, dass sie jetzt Pause haben. Lass es nicht zu, dass andere Fahrgäste kontrolliert werden – denn pink fahren heißt solidarisch sein.

Und wenn alles gut geklappt hat, dann verabrede dich gleich für die Rückfahrt. So wird das Reisen richtig billig! Entwickle einen entspannten Blick für KontrolleurInnen und warne andere. Wechsle rechtzeitig den Waggon.

Tickets wegschmeißen ist doof! Gib sie lieber weiter wenn du aussteigst, dann können andere damit noch ein bisschen fahren. Und wenn gerade keiner da ist, der ein Ticket braucht, lass es doch einfach im Ausgabefach vom Ticketautomaten liegen; irgendwer freut sich bestimmt drüber.

„Irgendwo muss mein Ticket doch sein …“ Während du ausgiebig in jeder Tasche nach deinem Ticket suchst, können eine ganze Menge Umsonst-FahrerInnen aussteigen. Dabei ist es völlig egal, ob du wirklich ein Ticket hast oder nicht, der KontrolleurInnen wird bei dir bleiben bis zum bitteren Ende.

Mitfahrgelegenheiten beschränken sich nicht auf Autos: Falls du Leute auf deinem Ticket mitnehmen kannst, solltest du das auf jeden Fall kurz kundtun, wenn du eine Bahn betrittst. Andersrum gilt das natürlich auch: Einfach mal laut und deutlich fragen kostet ja nix.

KontrolleurIn sein ist doch bestimmt spannend: Lass es dir erzählen, frag ruhig auch mal genauer nach. Jede Minute die du locker plaudernd mit der netten KontrolleurIn verbringst, macht andere Umsonst-FahrerInnen auf die Kontrolle aufmerksam und gibt ihnen die Möglichkeit zum Aussteigen.

Zusammen sind wir unschlagbar: Such dir ein paar nette Umsonst-FahrerInnen aus deinem Bekanntenkreis, zahlt jeden Monat einen kleinen Betrag in eine Kasse und bezahlt davon anfallende Bußgelder. 10 Menschen x 5 Euro = Einmal erwischen lassen, und wenn doch alles glatt geht, feiert ihr mit der Kohle einfach ein Fest. Gerade hier gilt: Je mehr Leute desto besser.

Das sind nur ein paar Anregungen, lass dir mehr einfallen, deiner Phantasie sind keine Grenzen gesetzt…! **Think pink …**

Die Redaktion

# Dragomir Oluji:
# »Unsere Bewegung war pro-jugoslawisch«

*Dragomir Olujić zählte zur Kerngruppe der Protagonisten der jugoslawischen Studentenbewegung. Er wurde 1948 in der Vojvodina geboren. Olujić begann 1967 in Belgrad Politische Wissenschaften zu studieren. Nach den Protesten im Juni 1968 engagierte er sich in der studentischen Neuen Linken und wurde dabei mehrmals verhaftet. In den späten 1980er und während der 1990er Jahre engagierte sich Olujić in der antinationalistischen Opposition gegen den Krieg. Heute lebt er als freier Journalist in Belgrad.* Das Interview wurde am 22. 6. 2007 in Belgrad von Boris Kanzleiter geführt.

*Was ist am 2. Juni 1968 genau passiert, als der Protest an der Belgrader Universität ausbrach?*

Ganz in der Nähe der großen Studentenwohnheimanlage in Novi Beograd, der so genannten Studentenstadt (Studentski grad), war damals eine Jugendarbeitsbrigade untergebracht, die dort am Bau der Autobahn Belgrad – Zagreb arbeitete. In diesen Tagen wurde die so genannte »Karawane der Freundschaft« vorbereitet. Das war eine Musikveranstaltung, bei der verschiedene Sänger auftraten. Das Konzert tourte durch ganz Jugoslawien. Die Organisatoren der »Karawane der Freundschaft« hatten für den Abend des 2. Juni ein Konzert in der Studentenstadt geplant, bei dem sich Studenten und die Mitglieder der Jugendbrigade gemeinsam vergnügen sollten. Aber dazu sollte es nicht kommen. Der Wetterbericht hatte für den Abend Regen angekündigt. Die Organisatoren haben das Konzert in den Kinosaal der »Arbeiteruniversität« verlegt, die sich ganz in der Nähe befand. Aber dort hatten viel weniger Leute Platz. Die Gratiskarten wurden nur an die Mitglieder der Arbeitsbrigade verteilt. Die Studenten wurden nicht über die Änderung des Programms informiert. Als am Abend viel mehr Leute auf das Konzert wollten als dort Platz war, begann am Eingang des Kinosaales eine Schlägerei. Eine oder zwei Polizeipatrouillen kamen. Aber sie konnten das Handgemenge nicht beenden. Ganz im Gegenteil: die Rauferei wurde immer heftiger. Mittlerweile ging es gar nicht mehr um das Konzert. Das Problem war jetzt, dass die Polizei brutal auf die Studenten einschlug, ohne irgendwelche Unterschiede zu machen. Das wurde auch im Radio der Studentenstadt bekannt gegeben. Die Leute waren empört. Immer mehr Studenten gingen auf die Straße. Ein mittlerweile angerückter Wasserwerfer der Polizei wurde gekidnappt. Die Polizei zog sich etwas zurück und positionierte sich an einer Bahnunterführung, wo sie weiter verstärkt wurde. Diese Unterführung war das Nadelöhr durch das man gehen musste, wenn man in Richtung Innenstadt wollte. Als die Studenten dort ankamen, griff die Polizei erneut sehr brutal mit Schlagstöcken an. Daraufhin zogen wir uns um etwa ein Uhr oder halb zwei nachts in die Studentenstadt zurück und begannen damit, Versammlungen abzuhalten, welche bis zum frühen Morgen dauerten.

Auf diesen spontanen Versammlungen entwarfen wir unsere ersten Forderungskataloge, das so genannte »Drei plus Vier Programm« oder »Proglas« (Aufruf). Eine Forderung war natürlich, dass sich die Polizei zurückziehen soll und wir friedlich in der

Innenstadt demonstrieren können. Wir wollten vor dem Parlament eine Stellungnahme der Regierung zum brutalen Polizeieinsatz fordern. Am Vormittag des 3. Juni machten wir dann tatsächlich den zweiten Versuch einer Demonstration in der Innenstadt. Aber an der Bahnunterführung waren jetzt massive Polizeieinheiten stationiert. Sie standen so dicht, dass keine Nadel auf den Boden hätte fallen können, wie man so schön sagt. Dort war auch Veljko Vlahović, einer der führenden Parteiideologen in dieser Zeit. Er genoss auch unter den Studenten großes Ansehen, hatte er doch als Internationalist im Spanischen Bürgerkrieg gekämpft. Während des Zweiten Weltkriegs war er Chef des »Radio Jugoslawien«, das von Moskau aus in das von Deutschen besetzte Jugoslawien sendete. Vlahović war ein Mythos. Neben Vlahović war auch Miloš Minić dort, einer der führenden serbischen Politiker der Zeit. Neben ihnen standen auch noch der Bürgermeister Branko Pesić sowie andere Politiker. Mit diesen Funktionären begannen die Sprecher der Demonstration zu verhandeln. Auf Seiten der Studenten führte Vladimir Mijanović das Wort. Ein junger und militanter Typ aus der Herzegowina. Er hatte alle diese harten Eigenschaften, welche mit den Bewohnern dieses Landstriches verbunden werden.

Die Politiker boten uns an, dass wir eine Delegation in das Parlament schicken könnten. Aber damit hatten wir schon Erfahrung. Eine solche Delegation würde ein paar Stunden lang von einem Büro ins nächste geführt und dort von drittklassigen Funktionären abgespeist werden. Am Ende des Tages wäre dann praktisch nichts passiert. Die Delegation der Studenten insistierte daher auf die Demonstration. Und wieder war die Reaktion der Polizei ein brutaler Übergriff. Die Polizisten schlugen einfach auf alle ein, die sie erwischen konnten. Selbst Miloš Minić wurde verprügelt, als er sich schützend vor eine junge Frau stellte. Viele Polizisten waren aus der Provinz herangekarrt worden und kannten die Politiker nicht. Minić wurde so zum »Kollateralschaden«, wie man das heute wohl nennen würde.

In der Zwischenzeit hatten sich aber auch an den Fakultäten in der Innenstadt viele Studenten versammelt. Ein Streik mit der Dauer von sieben Tagen wurde proklamiert. Diese zeitliche Beschränkung haben wir ganz bewusst vorgenommen. Wir hatten ja schon gewisse Erfahrungen, und vor allem Vladimir Mijanović war ein geborener Organisator, der wusste, dass wir die Energie, welche der Streik erforderte, nicht auf lange Dauer aufbringen konnten. An jeder Fakultät wurden Aktionsausschüsse gebildet. Aber das Zentrum des Streiks war an der Philosophischen Fakultät. Rund um diese Fakultät mit ihrem wunderschönen Innenhof lagen noch eine Reihe anderer Fakultäten. Von der Philosophischen Fakultät gingen die Impulse auf die anderen Fakultäten aus. Nur um ein Beispiel zu nennen: Ich studierte an der Fakultät für Politische Wissenschaften. Milojko Pantić, später ein berühmter Sportkommentator, war an der Philosophischen Fakultät, als dort der Schauspieler Stevo Žigon einen Monolog des Robespierre aus Büchners »Dantons Tod« über die Verkommenheit des Adels rezitierte, und diese mit Anspielungen auf die Parteibürokratie in Jugoslawien spickte. Pantić hörte wie alle anderen ganz begeistert Stevo Žigons »Robespierre« an. Dann wiederholte er dieses Schauspiel selbst in der Fakultät für Politische Wissenschaften. Die Studenten waren ganz aus dem Häuschen. Viele kannten aber Büchner, das Drama und diesen Monolog überhaupt nicht. Sie dachten, es wäre Pantićs Dichtung!

In der Philosophischen Fakultät wurde ein »Konvent« abgehalten. Nicht zufällig erinnert das Wort an die Französische Revolution. Jeder konnte dort Reden halten. Redner und Publikum waren in einem konstanten Dialog. Es wurde Bravo gespendet, applaudiert, gepfiffen und gebuht, je nachdem wie dem Publikum die Rede gefiel. Auf diesem »Konvent« sind historische Dinge geschehen. Die Professoren der Philosophischen Fakultät haben aus dem Stegreif Reden gehalten und die politische Situation analysiert. Einige dieser brillanten Reden wurden später in der Zeitung »Student« veröffentlicht. Geführt wurde der Konvent von Dragoljub Mićunović, der dabei sein außerordentliches Talent für die Politik zeigte.

Wie habe ich das alles persönlich erlebt? Ich habe an der Fakultät für Politikwissenschaften studiert. Ich hatte schon einige politische Erfahrung gesammelt, aber ich war erst im ersten Studienjahr und neu an der Universität. Während des Streiks war ich in einer Brigade, die außerhalb der besetzten Fakultäten Essen besorgen sollte. Das war gar nicht so leicht, denn um die Fakultäten standen überall




weiter auf Seite 10

Polizeikordone. Hinter den Polizeiabsperrungen standen viele neugierige Beobachter, einfache Bürger. Mit unserer Brigade sind wir aus der Philosophischen Fakultät über die Hausdächer der umliegenden Gebäude regelmäßig aus der Umzingelung entwischt. In den Geschäften der Innenstadt haben uns viele Leute gratis mit Lebensmittel und Getränken versorgt, die wir dann in die Fakultät gebracht haben. Mit einem Bäcker hatten wir zum Beispiel die Vereinbarung, dass er uns immer zu einer bestimmten Uhrzeit an einem bestimmten Platz erwartet und mit Brot, Burek und Joghurt versorgt. Ein anderer Bäcker gab uns mengenweise Baklava.

*Aus den spontanen Protesten in der Nacht vom 2. zum 3. Juni wurde innerhalb weniger Stunden eine organisierte politische Bewegung. Was waren die zentralen Forderungen?*

Am zweiten Tag des Streiks wurde an der Philosophischen Fakultät ein »Politisches Aktionsprogramm« entworfen, das dann auch von allen anderen Fakultäten angenommen wurde. Auch wenn heute oft andere Dinge behauptet werden, zeigt der Text doch deutlich, dass an erster Stelle die sozialen Forderungen standen. Vor allem ging es um eine Revolte gegen die »Rote Bourgeoisie«, so nannten wir die Parteibürokratie. Wir haben gegen Arbeitslosigkeit demonstriert, welche sich damals in Jugoslawien immer weiter ausbreitete und vor allem die Jugend betraf. Wir wollten die Abschaffung aller Privilegien. Wir forderten auch die Ausweitung der Selbstverwaltung und mehr Kompetenzen für die Arbeiterräte. Der zweite Forderungskomplex setzte sich aus politischen Forderungen zusammen. Zum ersten Mal wurden in der Öffentlichkeit gewisse Formen der Pluralisierung des politischen Systems gefordert. Es wurde zwar noch nicht von einem Mehrparteiensystem gesprochen, aber das wäre eine Konsequenz aus der Erfüllung der Forderungen gewesen. Die ganze Tendenz der Forderungen ging in die Richtung von mehr Partizipation im politischen System, der Kultur und so weiter. Ein dritter Forderungsbereich kreiste um das Problem der Medien. Wir forderten Pressefreiheit. Die Medien standen in dieser Zeit sowohl unmittelbar als auch mittelbar unter Parteikontrolle, was natürlich einer Zensur der Presse gleichkam. Zum Beispiel wurden während des Streiks zwei Sonderausgaben des »Student« verboten. In diesem Fall gelang es uns aber, die Zensur zumindest teilweise zu umgehen. In der Druckerei arbeitete der Vater des Studentenaktivisten Milan Nikolić. Die Arbeiter in der Druckerei waren auf unserer Seite. Sie haben – ohne das Wissen der Geschäftsführung – einen großen Teil der Auflage in unsere Hände geleitet, selbst wenn die Verbreitung verboten war. Andere Forderungen bezogen sich auf den Polizeieinsatz. Wir forderten die Bestrafung der verantwortlichen Funktionäre. Ein letztes Segment der Forderungen zielte auf die Reform der Universität und ihre Demokratisierung. Aber auch hier war die soziale Dimension stark. Es wurde die Förderung der Studenten aus Arbeiter- und Bauernfamilien gefordert. Denn Studien hatten schon vor dem Streik gezeigt, dass sie, gegenüber Studenten aus Familien von Verwaltungsangestellten, Akademikern und Funktionären, wesentlich schlechtere Studienmöglichkeiten hatten. Es ging als um Chancengleichheit durch die Verbesserung von Stipendien und Krediten für Studenten aus Arbeiter- und Bauernfamilien.

*Der Streik der Studenten im Juni 1968 war die erste offene und massenhafte Protestbewegung in Jugoslawien nach der Konsolidierung der Macht der Kommunisten nach dem Zweiten Weltkrieg. Wie hat die Parteiführung auf die Ereignisse reagiert?*

Es gab ganz unterschiedliche Reaktionen. Der Präsident des Universitätskomitees des Bundes der Kommunisten, Žarko Bulajić, ein Professor an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, stand praktisch ohne Einschränkungen auf der Seite der Studenten. Ganz anders dagegen der Rektor Dragan Ivanović. Er hätte uns am liebsten standrechtlich erschossen. Und das hat er öffentlich gesagt. Es ist sehr interessant, die Reaktionen der einzelnen Leute im Zusammenhang mit ihrer Biografie zu sehen. Dragan Ivanović war schon bei den Partisanen im Zweiten Weltkrieg als harter Brocken und arroganter Kerl bekannt. Vom Typus her war er ein stalinistischer Kommissar. Er war Physikprofessor. In seinen wissenschaftlichen Arbeiten kann man sehen, wie er von einem dogmatischen »Dialektischen Materialismus« geleitet wurde. Aber dann gab es zum Beispiel Svetozar Vukmanović Tempo. Er war einer der talentiertesten operativen Kader der Kommunistischen Partei vor dem Krieg und bei den Partisanen. Im Krieg war er ein enger Vertrauter Titos. Vor, während und nach dem Krieg übernahm er wichtige operative Arbeiten. Zum Beispiel das Drucken und die Verbreitung der Parteizeitung »Proleter« in der Illegalität. Im Krieg war er so etwas wie ein jugoslawischer Che Guevara. Im Grunde verfolgte er eine »fokistische« Strategie[1], so wie sie später die kubanischen Revolutionäre propagierten. Tito hat Tempo beispielsweise nach Tuzla in Bosnien geschickt, um dort den Partisanenaufstand zu organisieren. Dann wurde Tempo nach Makedonien, Griechenland und Albanien geschickt. Überall hatte er die Aufgabe, die Partisanen zu organisieren. Dieser Svetozar Vukmanović Tempo – mittlerweile Chef der jugoslawischen Gewerkschaften – wurde von seinem Sohn während des Streiks im Juni 1968 gefragt, was er machen solle. Tempo antwortete ihm, er solle zu seinen

Kommilitonen gehen. Tempo verfolgte den Streik sehr genau und bezog dazu auch Position. In der Parteiführung war er derjenige, der das größte Verständnis für uns zeigte. Er sagte zu seinen Genossen, dass es vor allem die Fehler der Partei gewesen seien, welche zum Streik geführt hätten. Viele andere Spitzenpolitiker wie der Slowene Edvard Kardelj oder der serbische Funktionär Stevan Doronjski forderten dagegen den Einsatz der Panzer. Ich denke, die dominante Stimmung in der Führung war zumindest am Beginn des Streiks eher dahingehend gerichtet, repressive Maßnahmen gegen die Studenten ergreifen zu müssen. Aber Tito hat am Ende anders entschieden.

*Der Protest gewann schnell eine jugoslawische Dimension. Nur einen Tag nach dem Ausbruch der Bewegung in Belgrad kam es auch in Zagreb, Sarajevo und Ljubljana zu Aktionen der Studenten. Wie sahen die Beziehungen zwischen den Studenten in den unterschiedlichen Städten aus?*

Es gab, ganz unabhängig vom Streik, eine relativ entwickelte Kommunikation zwischen den Studenten der verschiedenen Republiken. Zum Beispiel studierten viele Jugendliche aus Split an der Dalmatinischen Küste in Kroatien an der Belgrader Universität. Studenten aus Belgrad studierten in Ljubljana und so weiter. Es war einfach so, dass einige Fakultäten in Ljubljana besser waren als beispielsweise in Belgrad. Viele Architekturstudenten sind an die Universität in Ljubljana gegangen, weil diese Fakultät dort auf Weltniveau war. Elektrotechnik war dagegen in Belgrad stark, Physik in Zagreb. Es gab also schon aufgrund dieser Mobilität der Studenten enge Verbindungen zwischen den Städten. Ab 1961 gab es auch eine andere Dimension. Damals kam es bei einer Demonstration gegen die Ermordung von Patrice Lumumba in Belgrad zu Auseinandersetzungen zwischen Studenten und der Polizei. Danach wurde auch auf politischer Ebene der Kontakt zwischen den Universitäten verstärkt. Ein erster Höhepunkt waren die Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg im Dezember 1966, welche mehr oder weniger zeitgleich in den verschiedenen Universitätszentren stattfanden und in Belgrad wieder zu Auseinandersetzungen mit der Polizei führten. Nach diesen Demonstrationen wurde es völlig normal, dass Studenten aus den verschiedenen Städten an Veranstaltungen in jeweils einer anderen Stadt teilnahmen. Nur Skopje blieb aus irgendeinem Grund außen vor. Vor allem nach dem Juni 1968 wurde diese Kommunikation immer intensiver.

Wir sind immer in Gruppen von einem Dutzend Leuten in andere Städte gefahren und haben dort andere studentische Aktivisten getroffen. Bei diesen Treffen wurde natürlich immer viel gefeiert. Um konkret beim Juni 1968 zu bleiben: Während des Streiks wurden Delegationen von Studenten aus Belgrad in andere Städte geschickt. Aus anderen Städten kamen Delegationen nach Belgrad. Eine ganz interessante Randnotiz ist folgende: In Zagreb wurde von Parteikadern verbreitet, die protestierenden Studenten in Belgrad seien nationalistische Tschetniks. Damit sollte eine Solidarisierung verhindert werden. Eine Delegation aus Zagreb nach Belgrad bestand ausgerechnet unter anderem aus Dražen Budiša und Ante Rumora. Beide wurden 1971 zu Führern der kroatisch-nationalistischen »Massenbewegung« (Maspok).[2] Im Juni 1968 konnten sie sich in Belgrad aber davon überzeugen, dass die Proteste nichts mit Nationalismus zu tun hatten. Sie waren völlig überrascht von der offenen Atmosphäre. Zurück in Zagreb dementierten sie die Berichte über den angeblichen Nationalismus der Belgrader Studenten.

*Die konkreten Forderungen im Juni 1968 waren stark auf die Probleme in Jugoslawien ausgerichtet. Aber die Proteste hatten auch ihren globalen Kontext. Welchen Einfluss übten die internationalen Studentenproteste der Zeit aus?*

Wir hatten hier in Jugoslawien eine Gruppe von kritischen Philosophen, die schon auf einem Kongress in Bled 1960 die so genannte »Widerspiegelungstheorie« des dogmatischen Sowjetmarxismus verworfen haben. Zur Sommerschule auf der Adriainsel Korčula kamen seit 1963 Philosophen aus der ganzen Welt, nicht nur Marxisten – Herbert Marcuse, Erich Fromm, Jürgen Habermas und viele andere. 1964 begann die Zeitschrift »Praxis« zu erscheinen, in der Erich Bloch, Georg Lukács und andere, international angesehene und undogmatische Marxisten publizierten. Von »Praxis« aus begann ein neues, modernes soziales Denken auch in andere Zeitschriften einzudringen. Zum Beispiel in »Pogledi« aus Sarajevo, »Pregled« aus Split und »Naše teme« aus Zagreb, was sogar ein Parteiorgan war. Gemeinsam mit diesen Zeitschriften sind auch wir Studenten aufgewachsen. Viele von uns sind auch auf die Sommerschule auf Korčula gefahren. Das war eine richtige Kommune. Tagsüber wurde gearbeitet und diskutiert, abends und nachts gefeiert.

Informationen über die weltweiten Ereignisse haben wir einerseits über die Presse bekommen, die breit über die internationalen Proteste berichtete. Andererseits gab es aber auch direkte internationale Kontakte. Unsere Professoren aus der »Praxis«-Gruppe sind beispielsweise viel im Ausland unterwegs gewesen. Sie haben immer Koffer voller Bücher mit linker Literatur zurückgebracht. Als die Proteste in Berkeley, Berlin und so weiter begannen, reagierten wir natürlich darauf. Es entstand eine Atmosphäre, in der es ganz normal erschien, dass so




ein Protest auch hier beginnen müsste. Als der Chefredakteur des »Student« kurz vor dem Streik in einer Kolumne die Frage stellte: »Bereiten die Studenten noch etwas anderes vor als die Prüfungen?«, war das nicht bloß ein Zufall.

*Sie haben schon erwähnt, dass der Einfluss bestimmter kritischer Professoren sehr wichtig war für die Entstehung der Studentenbewegung. Wie sahen die intellektuellen und persönlichen Beziehungen zwischen diesen Professoren und den aktivistischen Studenten aus?*

Die Professoren um die Zeitschrift »Praxis« waren Ausnahmeerscheinungen. Von den meisten Professoren an der Universität wurde ein didaktisches System aus den Mittelschulen angewandt. Man musste das Lehrbuch lesen. Bei der Prüfung musste man auf drei Fragen antworten. Und das war es. Bei den Professoren aus dem Umfeld der »Praxis« war es ganz anders. Die Prüfung musste man mit vielfältiger, auch ausländischer Literatur vorbereiten. Die Seminare wurden bestimmten Themen gewidmet. Zum Beispiel Branko Pavlović, der antike griechische Philosophie unterrichtete, beleuchtete das ganze Semester – sagen wir – den Terminus »Logos«. Alle verschiedenen Bedeutungen des Terminus wurden detailliert erklärt und diskutiert. Dabei kamen Studenten aus allen Semestern und verschiedener Fachbereiche zu seinen Seminaren. Was man heute auch immer von Mihailo Marković halten kann, damals war er ein ausgezeichneter Professor. Er ließ die Studenten Vorträge vorbereiten und halten, und während des Vortrages setzte er sich so hin wie die anderen Zuhörer. Anschließend folgte eine Diskussion auf gleicher Augenhöhe. Das motivierte ungemein, zumal er eine wirklich imposante Persönlichkeit war. Ähnlich war es mit Professor Miladin Životić, der moderne Philosophie unterrichtete. Das waren spannende Vorträge, in denen die unterschiedlichsten Thesen und Hypothesen vorgestellt wurden. Oder bei Professor Veljko Korać, dessen Vorträge voller phänomenaler ironischer Anekdoten steckten. Er war voller Lebenserfahrung. Seine Seminare waren richtige Happenings. Er kam mit der Gitarre in die Vorlesung und sang beispielsweise über den Terminus »Praxis«. In diesen Seminaren saßen die Studenten, wo sie wollten. Es gab keine Sitzordnung, wie das sonst üblich war. Die Studenten sind aufgestanden und im Saal herumgelaufen, während sie sich mit den Professoren gestritten haben. Das Seminar war niemals mit dem Glockenschlag beendet. Viele Teilnehmer blieben noch einige Zeit im Seminarraum und setzten die Diskussion fort, manchmal auch noch im Innenhof der Fakultät. Die Stimmung erinnerte an die mythologisierten Beschreibungen aus dem alten Griechenland mit Aristoteles und so weiter, der diskutierend durch die Akademie gewandelt ist. Zu manchen Professoren hatten wir eine wirklich persönliche Beziehung. Als wir in Zagreb waren, tauchten wir einmal um Mitternacht vor dem Haus von Gajo Petrović auf, weil wir in den umliegenden Kneipen alles Geld ausgegeben hatten. Wir klingelten. Seine Frau schaute durch den Spion in der Tür, ließ uns herein und rief: »Gajo, hier sind deine kleinen Rabauken!« Die abendlichen Diskussionen wurden oft zu Partys. Es war einfach eine Gemeinschaft, die auf einem intellektuellen Einverständnis beruhte, aber auch persönliche Beziehungen umfasste. Außerhalb der Seminare standen wir mit unseren Professoren auf »Du«. Dabei ging es immer sehr humorvoll zu. Ich erinnere mich, wie wir mit einer Gruppe von Studenten 1972 oder 1973 zusammen mit den Professoren Danko Grlić und Milan Kangrga, zwei brillanten undogmatischen marxistischen Philosophen, eines Tages auf einer Wanderung bei Bled in Slowenien waren. Wir hechelten einen steilen Bergpfad zu einer mittelalterlichen Festungsanlage herauf, als Danko Grlić zu Milan Kangrga völlig aus der Puste sagte: »Kangrga, das ist eine der seltenen Sachen, an denen der Sozialismus nicht schuldig ist«. Wir brachen zusammen vor Lachen.

*Interessant scheint mir, dass sich diese kritische Intelligenz an den Universitäten auch innerhalb der Organisation des Bundes der Kommunisten und des offiziellen Studentenbundes befunden hat. Einige der Praxis-Professoren waren sogar relativ wichtige Funktionäre im BdK an der Universität. Wie sahen die Beziehungen zwischen kritischer Intelligenz und Partei beziehungsweise Studentenbund aus?*

Das jugoslawische politische System war ein merkwürdiges Konglomerat aus Elementen von direkter, partizipativer und repräsentativer Demokratie, sowie der Diktatur einer Partei und der speziellen Rolle Titos als autoritärem Übervater. Je

näher die Strukturen an der Basis waren, desto größer waren die Möglichkeiten, in ihnen etwas Eigenständiges zu entwickeln. Von einer politisch-systemischen Sicht aus hatten alle diese Organisationen, der Bund der Kommunisten, die Gewerkschaften, der Studentenbund, der Jugendbund und so weiter eine relative Autonomie. Diese Organisationen konnten bis zu einem gewissen Grad genutzt werden für selbständige Initiativen von Gruppen und Einzelnen. Am leichtesten war dies im Studentenbund. In der Aufbruchsstimmung in der studentischen Jugend konnten in dieser Organisation viele Aktionen entwickelt werden. Aber auch in den Parteiorganisationen an der Universität war einiges möglich. Die große Versammlung gegen den Vietnamkrieg im Dezember 1966, welche dann in Auseinandersetzungen mit der Miliz eskalierte, wurde beispielsweise von einer Parteigruppe an der Universität organisiert. Damals war Aleksander Kron an der Spitze der Parteiorganisation der Philosophischen Fakultät, und von ihm ging die Initiative aus. Er wurde dann aus dem Bund der Kommunisten ausgeschlossen und widmete sich später, trotz seines politischen Talents, hauptsächlich der Mathematik. Als wir nach dem Streik 1968 entscheiden mussten, wie es weiter gehen sollte, entwickelten wir die Strategie, aus dem Studentenbund eine komplett unabhängige Organisation zu formen. Das wurde 1972 mit der praktischen Auflösung des Studentenbundes durch die Partei beantwortet. Die Parteiorganisation an der Philosophischen Fakultät in Belgrad wurde bereits im Juli 1968 ausgeschlossen.

*Wenn man die Studentenproteste aus heutiger Perspektive betrachtet, lassen sich verschiedene Etappen oder Phasen ausmachen. Welche Entwicklungen bereiteten den Streik im Juni 1968 vor und was folgte auf ihn?*

Erste Anzeichen für die Studentenbewegung zeigten sich schon am Beginn der Sechzigerjahre. In diesen Jahren zeigten sich ernste Probleme und Widersprüche in der Entwicklung des Gesellschaftssystems. Die alte Methoden und Strukturen, die in den Fünfzigerjahren das gewaltige »extensive« wirtschaftliche Wachstum möglich gemacht hatten, waren jetzt verbraucht. Neue Methoden und Strukturen mussten gefunden werden. Die verschiedenen sozialen Gruppen und Schichten in der Gesellschaft brachten ganz unterschiedliche Antworten auf die neuen Herausforderungen hervor. 1962 kam es zu einer wirtschaftliche Krise und fiskalischen Umstellungen. 1963 wurde die neue Verfassung erlassen, in der aus der »Föderativen Volksrepublik Jugoslawien« die »Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien« wurde. 1965 wurde die so genannte »Gesellschafts- und Wirtschaftsreform« eingeleitet. Im Gegensatz zu anderen »sozialistischen« Ländern in Osteuropa, in denen zu dieser Zeit einige marktwirtschaftliche und in einem gewissen Maße kapitalistische Elemente eingeführt wurden, wurde in Jugoslawien eine wirklich strukturelle Reform durchgeführt, die allerdings viele Widersprüche enthielt. In der Tschechoslowakei hat Ota Šik versucht, marktwirtschaftliche Elemente mit einer zentralistischen, dirigistischen Planwirtschaft zu kombinieren. Das hat natürlich nicht funktioniert. In Jugoslawien war die Reform nicht allein auf die Wirtschaft beschränkt. Hier verfolgte die Parteiführung an Beginn der 1960er Jahre eine Strategie der gesellschaftlichen Liberalisierung, Demokratisierung und Modernisierung. Aber es tauchten auch hier viele neue Probleme auf: eine hohe Arbeitslosigkeit, die Auswanderung von Arbeitskräften, eine starke soziale Differenzierung, die »rote Bourgeoisie«, Korruption und so weiter. Das waren die Phänomene, gegen die wir später demonstriert haben.

Gleichzeitig öffnete sich in den Sechzigerjahren das Feld der Kulturproduktion. Tabuthemen wurden angesprochen. Zum Beispiel wurden literarische Texte zum Gefangenlager Goli Otok veröffentlicht, in dem in den 1950er Jahren tausende politische Häftlinge interniert waren. Das Thema der zwangsweisen und gewaltsamen Kollektivierung in der Landwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg wurde angesprochen. Auch das Thema der Arbeiterstreiks, die ja schon ab Ende der Fünfzigerjahre stattfanden. Die ganzen Themen, über die die Soziologie und Politologie nicht sprechen durften, wurden von Künstlern aufgegriffen. Am meisten im Film und der Literatur. Die Kultur war der erste Sektor, der sich freier artikulieren konnte. Schon nach dem Bruch Titos mit Stalin 1948 gab es hier Liberalisierungstendenzen. Erst nach dem Sturz des Innenministers und Geheimdienstchefs Aleksandar Ranković im Sommer 1966 folgte die politische Liberalisierung. In kultureller Hinsicht gab es von allen Trends, die es in der Welt gab, auch in Jugoslawien ein bisschen. Vom ästhetischen Minimalismus in der Literatur der 1960er Jahre zum poetischen und kritischen Realismus im Film. Die Orte, an denen diese modernen kulturellen Trends rezipiert wurden, waren auch die Orte, an denen sich die kritischen Studenten gesammelt haben. Theateraufführungen, Kinovorführungen und Diskussionsveranstaltungen wurden am Ende der 1960er Jahre zu wirklichen Happenings. Das war ein wichtiger Hintergrund der Studentenproteste.

*In welcher Hinsicht markierte der Streik im Juni 1968 den Beginn einer neuen Etappe?*

Im Politischen Aktionsprogramm wurden im Juni 1968 die Forderungen nach weiterer Demokratisierung, aber auch mehr sozialer Gerechtigkeit

zusammengefasst. Jetzt folgte die Frage, wie wir diese Forderungen durchsetzen könnten. Eine Idee war, wie ich schon angedeutet habe, den Studentenbund praktisch in eine politische Oppositionspartei zu transformieren. Gleichzeitig setzte auf der einen Seite ein Prozess der Radikalisierung ein, und auf der anderen Seite ein Prozess des Auseinanderlaufens. Ich glaube, Rudi Dutschke hat mal gesagt, dass man die Spontaneität nicht hundert Jahre lang aufrechterhalten kann. Es ging um die Definition von realen Zielen – und den realen Mitteln, um sie zu erreichen. Die Bewegung verlor an Masse, aber radikalisierte sich in organisatorischer und politischer Hinsicht. Ein Problem war die Reaktion der politischen Führung auf die Proteste vom Juni 1968. Tito übernahm in populistischer Manier einen Teil der Forderungen. Noch während des Streiks wurde der Mindestlohn für Arbeiter um hundert Prozent erhöht. In den so genannten »Smernice« (Richtlinien), einem programmatischen Dokument der Parteiführung, das direkt im Anschluss an den Streik proklamiert wurde, wurde ein Teil unserer sozialen Forderungen aufgenommen. Vor allem in der Provinz und bei schlecht informierten Teilen der Bevölkerung wurde das positiv aufgenommen, obwohl real nicht viel passierte, um die Forderungen auch umzusetzen. Gleichzeitig wurden die Studenten aber als Krawallmacher denunziert und dämonisiert. Wenn ein Student in die Provinz kam, wurde er als gefährliches Element betrachtet. Wir versuchten dieser Tendenz entgegen zu arbeiten. Ich habe zum Beispiel in Sivac, meinem Heimatdorf in der Vojvodina, im Sommer 1968 eine Art Jugendklub gegründet, in dem wir den ganzen Tag kulturelle Veranstaltungen durchführten. Auf diese Weise haben wir versucht, unsere Ideen zu verbreiten.

Ein wesentlicher Teil der Radikalisierung waren die Auseinandersetzungen um die studentischen Medien. Es gab den Versuch der Partei, die Zeitung »Student« zu verbieten bzw. die Redaktion auszuwechseln. Viermal wurde Ende 1969 eine Delegiertenversammlung des Studentenbundes in Belgrad abgehalten, um die Redaktion des »Student« abzusetzen. Jedes Mal hat die Partei versucht, die Delegierten in ihrem Sinn zusammenzusetzen. Aber jedes Mal ist der Versuch gescheitert. Dabei geschahen interessante Dinge.

Der Chef des Universitätskomitees der Kommunisten, Branko Pribićević, hat im Verborgenen einem glänzenden, aber politisch nur wenig engagierten Studenten, Djordje Malavrazić, angeboten, neuer Chefredakteur zu werden. Bei der vierten Delegiertenversammlung wurde also Malavrazić als offizieller Kandidat vorgeschlagen. Dann meldete sich Malavrazić zu Wort. Branko Pribićević erwartete nun eine Rede in seinem Sinn. Aber Malavrazić sagte nur: »Ich bin damit nicht einverstanden.« Das war ein Skandal. Malavrazić ist heute übrigens Chefredakteur von Radio Belgrad 2.

1970 führten wir einen 22-tägigen Hungerstreik zur Unterstützung der Bergarbeiter in Kakanj durch. Es gab die ganze Zeit eine Kooperation mit bestimmten Gruppen von Arbeitern und arbeitenden Jugendlichen, die uns unterstützten. Die Partei versuchte, unseren Hungerstreik zu diskreditieren, aber sie konnte wenig dagegen machen. Am Ende wurden alle Forderungen der streikenden Bergarbeiter erfüllt. Wir haben jede Möglichkeit genutzt, die Bewegung zu verbreitern und zu radikalisieren.

Um 1970 herum begannen wir auch kleine revolutionäre Untergrundgruppen zu formieren. Ich hatte Kontakte zu anderen Studenten wie Pavluško Imširović und Milan Nikolić, die sich am Trotzkismus orientierten und versuchten, Netzwerke mit ähnlich orientierten Leuten in Zagreb und Rijeka zu knüpfen. Ich war schon früher vom Trotzkismus fasziniert gewesen. In meiner Jugendzeit in Sivac hatte ich einen Teilnehmer der Oktoberrevolution in Russland 1917 kennen gelernt, der dort als Schmied arbeitete. Das war natürlich außerordentlich! Ein Teilnehmer der Oktoberrevolution als einfacher Arbeiter und nicht als hoher Funktionär der Partei! Von diesem Mann wurde erzählt, dass er ein Trotzkist gewesen sei. Das hatte mich damals neugierig gemacht und ich suchte in den folgenden Jahren immer wieder nach Literatur, die ich nach und nach auch fand. Nach dem Streik im Juni 1968 kamen aus dem Ausland Aktivisten verschiedener trotzkistischer und anarchistischer Gruppen, die nach Kontakten in Jugoslawien suchten. Der trotzkistische Historiker Pierre Broué kam illegal nach Belgrad. Der trotzkistische Wirtschaftswissenschaftler und Professor in Brüssel Ernest Mandel kam sogar ganz legal zu offiziellen Veranstaltungen. Milan Nikolić, der später wegen »Trotzkismus« verhaftet wurde, hatte ihn 1970 zusammen mit dem Universitätskomitee des Bundes der Kommunisten zu Vorträgen im Studentischen Kulturzentrum (SKC) und sogar dem Stadtkomitee des Bundes der Kommunisten eingeladen. Mandel war auch mehrmals auf der Sommerschule auf Korčula. 1971 lernte ich eine Studentin aus Frankreich kennen, die aus Paris für ihre Postdiplomarbeit nach Belgrad gekommen war und ebenfalls Trotzkistin war. Durch sie konnte ich dann Kontakte zu internationalen trotzkistischen Organisationen aufbauen, die wir jahrelang aufrechterhielten.

*Wie entwickelte sich in der Zeit der Radikalisierung neben diesen Versuchen der politischen Organisierung die studentische Kulturszene weiter? Gab es eine Alternativ- oder Subkultur?*

Für uns war das Leben in der Kommune in gewisser Hinsicht ganz normal. In den Studentenwohnheimen hatten wir Vier- oder Fünfbettzimmer. Was ist das, wenn nicht eine Kommune?! Daneben gab es aber auch richtige Kommunen. Zum Beispiel in der Wohnung von Danilo Udovički. Sein Vater war ein hoher Parteifunktionär, der Präsident des Verbandes der antifaschistischen Spanienkämpfer. Das heißt, Danilo hatte eine eigene Wohnung. Dort wohnte er zusammen mit seinen Freundinnen und Freunden. So ähnlich war es in der Wohnung bei Ilija Moljković oder Vladimir Mijanović. In dieser Zeit am Ende der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre haben unsere Treffen oft einen Kommunecharakter gehabt. Aber man könnte sagen, dass es vielleicht »reisende Kommunen« waren, denn so viele Wohnungen, in denen Studenten zusammen leben konnten, gab es nicht. Fast jeden Abend haben wir uns mit 20, 30 oder mehr Leuten irgendwo getroffen. Es waren spontane Partys ohne Ankündigung und Planung. Wir schliefen dann dort, wo wir gerade waren. Es herrschte dabei die Stimmung, dass jeder machen konnte, was er wollte, und die anderen sich dabei nicht gestört fühlten.

Eine andere Seite der jugendlichen Subkultur war die Ankunft der Drogen in Jugoslawien. Im Keller der Philosophischen Fakultät gab es in einem alten Stollen zum Beispiel einen Klub. Der Raum war vielleicht 200 Meter lang, aber nur fünf Meter breit. Dort standen Stühle und Tischchen. Das war ein »cooler« Ort, wie man heute sagen würde. Wenn man da rein kam, hatte man sofort den Rauch von verschiedenen Drogen in der Nase. Die Drogen sind mit unserer Generation aufgetaucht. Uns politische Aktivisten hat das aber nicht so sehr interessiert. Es waren andere Jugendliche, die Drogen konsumierten. Diese Leute nutzen aber die Räume, welche wir in gewisser Weise mit unserem politischen Aktivismus geschaffen hatten. Was für uns politische Aktivisten dagegen wichtig war, das war der Rock n' Roll. Aus unserer Perspektive waren wir alle auf eine bestimmte Art Rocker. Der Rock n' Roll war ein bedeutendes Phänomen, das sich damals in unserem Land breit gemacht hat und geblieben ist. In der Rockmusik konnte sich unter den Jugendlichen damals fast jeder wiederfinden.

*Kommen wir noch einmal auf den zeitlichen Verlauf der Studentenbewegung zurück. Mit der Radikalisierungsphase nach dem Juni 1968 kam es zunehmend auch zu Repressionen gegen die Aktivisten. Wie ging das vor sich?*

Die Repressionswelle setzte direkt nach dem Streik im Juni 1968 ein. Die Parteiausschlüsse im Juli 1968 habe ich schon erwähnt. Bald kam es auch zu ersten Inhaftierungen. Einige Aktivisten wie Bozidar Borjan, Bube Rakić, Zoran Minderović wurden wegen »Erregung öffentlichen Ärgernisses« und ähnlichen erfundenen Delikten zu kurzen Haftstrafen verurteilt.

Der erste, der eine wirklich ernste Gefängnisstrafe antreten musste, war Vladimir Mijanović 1970. Später, 1972 und 1973, gab es dann verschiedene große Prozesse, z. B. gegen das so genannte trotzkistische Trio, Milan Nikolić, Pavluško Imširović und Jelka Klajić, aber auch gegen Danilo Udovički, den Filmemacher Lazar Stojanović und so weiter. Interessant bei der ganzen Verhaftungswelle ist, dass diese in einer Zeit stattfand, in der mit Latinka Perović und Marko Nikezić zwei so genannte »liberale« Politiker den Bund der Kommunisten in Serbien führten. Aber auch sie wurden nach der Repression gegen den »Kroatischen Frühling« Ende 1971 im Herbst 1972 von Tito abgesetzt.

*Wann wurden Sie zum ersten Mal verhaftet? Und was war der Kontext?*

Ich wurde 1969 zum ersten Mal verhaftet. Der Vorwand war lächerlich. Damals durften in den Wohnheimen in der Studentenstadt männliche Studenten nur donnerstags und sonntags in den Frauenblock offiziell zu Besuch kommen. An den anderen Tagen sind wir aber einfach über die Fassaden geklettert. Eines Nachts war ich »illegal« bei meiner Freundin, als es eine Razzia gab und ich erwischt wurde. Ich wurde in die große Polizeistation in der Straße des 29. November gefahren und dort bis zum Morgen verhört. Am Vormittag kam dann ein Polizeiinspektor und fing noch einmal an, mich zu verhören. In der Zwischenzeit waren die anderen Studenten, die bei der Razzia verhaftet worden waren, freigelassen worden. Der Polizeiinspektor fragte mich nun nach meinen politischen Aktivitäten und es wurde mir klar, warum ich der einzige war, der nicht gehen durfte. Es stellte sich heraus, dass es kein Zufall war, dass sie gerade in unserem Zimmer eine Razzia durchgeführt hatten.

In der Studentenstadt gab es zu diesem Zeitpunkt eine Gruppe von – heute würde man sagen – Hooligans, mit der die Polizei dort die Situation zu kontrollieren versuchte. Diese Hooligans hatten mich als politischen Unruhestifter angeschwärzt. Ich wurde zu 20 Tagen Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt. Aber sie haben mich dann schon nach drei Tagen wieder raus gelassen. Die drei Tage im Zentralgefängnis waren für mich sehr interessant. Der Kontakt zu den Taschendieben, Räubern, Obdachlosen und Prostituierten eröffnete mir einen neuen Blick auf die Marginalisierten. Später hatte ich genügend Gelegenheiten, diese Erkenntnisse zu vertiefen.

Insgesamt saß ich über 20 Mal im Gefängnis und verbracht dort zusammengerechnet über zwei Jahre.

*Wie haben die Aktivisten der Bewegung diese Haftstrafen erlebt? War es eine politische Niederlage, eingesperrt zu sein?*

Das war natürlich bei jedem ein anderes Erlebnis. Generell würde ich sagen, dass die meisten von uns damit gerechnet haben, eines Tages für ihre politische Aktivität ins Gefängnis zu kommen. Zwei Jahre Gefängnis, drei Jahre Gefängnis, fünf Jahre Gefängnis, das war etwas, mit dem wir gerechnet haben. Es war uns klar, dass wir verhaftet würden, dass wir ausspioniert würden, dass wir keine Arbeit bekommen würden und so weiter. Das war der Preis. Man konnte sich entscheiden, ob man diesen Preis bezahlen wollte oder nicht. Wir waren uns bewusst, dass die Repression auf uns wartete, und konnten das Gefängnis und die Schikanen daher besser ertragen. Es gab aber auch Leute, die davon überrascht waren. Ihnen ging es dabei natürlich viel schlechter.

In meinem Fall hat die Repression viel mehr als mich meine Freunde, Nachbarn und die Familie getroffen. Als ich 1973 eine Arbeit bei Radio Belgrad fand, wollte dort, außer einer jungen Kollegin, niemand etwas mit mir zu tun haben. Die anderen hatten Angst. Wenn ich zu Besuch in mein Heimatdorf gefahren bin, kam dort schon vor mir immer derselbe Typ vom Geheimdienst UDB an und setzte sich in ein bestimmtes Café. Milosavljević hieß er und war ein Verwandter von Jovanka Broz, Titos Frau. Sobald dieser Milosavljević in Sivac auftauchte, wussten die Leute schon, dass ich zu Besuch kam. Erst später habe ich nach und nach erfahren, was alles mit den Leuten passierte, die ich in Sivac kannte oder die dort mit mir zu tun hatten. Viele waren immer wieder schikaniert und von Geheimdienstleuten befragt worden. Dabei kam es zu absurden Situationen. Leute wurden nach mir befragt, mit denen ich in meinem Leben nur einmal gesprochen habe, und das, als ich noch in der Schule war. Niemand kam daher zu uns ins Haus, wenn ich zu Besuch war. Die Leute machten einen Bogen um mich. Als mein Vater starb, hatte er eigentlich das Recht auf einen Ehrengrabstein aufgrund seiner Vergangenheit als verdienter Partisan im Krieg. Aber das wurde ihm verweigert. Heute dagegen will davon niemand mehr etwas wissen. Jetzt sind immer alle, die mich damals isoliert haben, besonders freundlich und interessiert.

*Trotz der Verhaftungen und Einschüchterungsversuche, die sich 1972 und 1973 verstärkten, haben die Studenten immer wieder Versuche unternommen, politisch wieder in die Offensive zu kommen. Welche Aktionen waren hier von Bedeutung?*

Von einigen Leuten wird 1972 als Endpunkt der Studentenbewegung bezeichnet. Ich halte das für falsch. Damals wurde nach der 3. Parteikonferenz des BdKJ zwar der Studentenbund praktisch aufgelöst, bzw. in den Jugendbund überführt und so seiner Autonomie beraubt. Aber die Basisorganisationen des Studentenbundes an den Philosophischen Fakultäten haben diese Vereinigung nicht akzeptiert. Wir haben weiterhin als unabhängiger Studentenbund gearbeitet. Es gab die Ideen des Marschs durch die Institutionen und so weiter. Die letzte große Aktion, die wir als der Zusammenschluss der Studentenbünde an den Philosophischen Fakultäten in Jugoslawien machten, war die Resolution von Beginn 1974. Das war eine pro-jugoslawische und radikalsozialistische programmatische Resolution, mit der wir in die politische Debatte intervenieren wollten. Die Resolution wurde gerichtlich verboten. Sechs der Initiatoren wurden verhaftet, darunter auch Zoran Djindjić. Es waren aber 500 Delegierte, die diese Resolution beschlossen hatten. Im November 1974 organisierten wir dann noch einmal eine große Versammlung an der Philosophischen Fakultät in Belgrad, zu der Delegierte auch aus Ljubljana, Zagreb und Sarajevo kamen. Am Ende dieser Versammlung hat der Student Vladimir Palančanin das gerichtliche Urteil zum Verbot der Resolution vom Januar 1974 vorgelesen. Darin wurde die Resolution ausführlich zitiert. Zwei Tage später wurde dann Palančanin verhaftet, weil er das Urteil des Gerichtes vorgelesen hatte! Wir diskutierten, was wir machen sollten. Die Idee einiger Leute war, einen Streik für die Freilassung von Palančanin zu organisieren. Im Fakultätsausschuss des Studentenbundes wurde darüber beraten. Es kam zu einem heftigen Streit, ob ein Streik möglich wäre oder nicht. Letztlich fand er nicht statt. Das war das Ende. Als ein paar Wochen später, Ende Januar 1975, die acht »Praxis«-Professoren von der Universität geschmissen wurden, waren wir nicht mehr in der Lage, Proteste zu mobilisieren. Anfang 1975 wurde innerhalb von ein paar Monaten eine große Anzahl der früheren Studentenaktivisten in die Armee eingezogen. Wer nicht im Knast saß, war jetzt beim Militär. An der Fakultät war von der alten Generation vom Juni 1968 nun praktisch keiner mehr übrig.

*Das vorläufige Ende einer im offenen politischen Raum agierenden Studentenbewegung 1974/75 war allerdings nicht das Ende des politischen Engagements vieler ihrer Protagonisten. Wie haben die Netzwerke von Aktivisten, die zwischen 1966 und 1974 geknüpft wurden, später weiter agiert?*

1976 wurden wir wieder aus der Armee entlassen. Andere sind aus dem Gefängnis zurückgekommen. Die meisten von uns, außer Milan Nikolić und

mir, hatten keine Arbeit. Aber auch bei uns war das problematisch. Ich wurde 1973 zunächst von Radio Belgrad angestellt, wie ich schon erzählt habe. Aber nach drei Monaten wurde ich aus politischen Gründen wieder entlassen. Dann verklagte ich Radio Belgrad. Nach zwei Jahren erklärte das Gericht, dass ich zwar »politisch unfreundlich« gesinnt sei, aber dass dies kein Grund sei, warum ich nicht angestellt werden könnte. Ich konnte also meine Stelle antreten. Pavluško Imširović arbeitete im Auslieferungslager bei Coca Cola. Vladimir Mijanović und einige andere Leute schlossen sich zusammen und arbeiteten als Handwerker und renovierten Wohnungen. Irgendwie schlugen wir uns durch. Als ehemalige Studenten der Philosophischen Fakultät waren uns die Türen aber meistens verschlossen. Die meisten von uns hatten ihre politische Auffassung nicht geändert. Wir suchten nach Wegen, wie wir etwas zusammen unternehmen konnten.

Damals begannen in Polen die so genannte »Fliegende Universität« und das »Komitee zur Verteidigung der Arbeiter« (KOR) von Jacek Kuron und so weiter. In der ČSSR regte sich ebenfalls die Dissidentenszene. In dieser Situation diskutierten wir unsere Erfahrungen vom Juni 1968. Wir lasen, was die Kommunisten vor dem Zweiten Weltkrieg in der Illegalität unternommen hatten. Ende 1976 entschieden wir dann, die so genannte »Offene Universität« oder »Freie Universität« zu gründen. Wir wollten damit eine Struktur schaffen, mit der wir Kommunikation und Handlungsfähigkeit unter uns und anderen Oppositionellen schaffen konnten. Das erste Treffen der Offenen Universität fand am 19. Dezember 1976 in der Wohnung von Vladimir Mijanović statt. Der Ablauf der Treffen war jedes Mal ähnlich. Nach dem Prinzip von Pro und Contra wurde ein bestimmtes Thema von zwei unterschiedlichen Referenten vorbereitet. Nach den zwei kurzen Einleitungsvorträgen folgte eine Diskussion von drei oder vier Stunden. Am Ende wurden Schlussfolgerungen aus der Diskussion gezogen und Fragen gestellt, was das nun für uns bedeutete. Es ging natürlich nicht nur um die Debatte an sich, sondern auch um politisches Handeln. Aus dem Kreis der Teilnehmer der Treffen wurde eine neue Form des Handelns entwickelt. Wir begannen Petitionen zu schreiben, in denen wir uns zu bestimmten Themen äußerten und versuchten, damit an die Öffentlichkeit zu kommen. Die erste Petition wurde im Dezember 1981 gegen den Militärputsch in Polen formuliert. Wir versuchten sogar, eine Demonstration bei der Polizei offiziell anzumelden. Die nahm uns aber auf der Stelle fest. So saß ich am Neujahr 1981/82 mal wieder im Gefängnis.

*Die »Offene Universität« begann 1976 mit der Initiative von ehemaligen Aktivisten der Studentenbewegung. Aber später hat sich der Kreis ausgeweitet. Wie hat sich das Projekt entwickelt?*

Auch die acht Belgrader Professoren der »Praxis«-Gruppe, welche 1975 suspendiert worden waren, hatten einen informellen Zirkel gegründet. Mit ihnen begannen wir bald zusammenzuarbeiten. Aber auch neue, junge Studenten stießen dazu. Anfang der Achtzigerjahre begannen einige Studenten an der Universität zu fragen, was eigentlich in den Siebzigerjahren alles passiert war. Diese Leute kamen zu uns. So sind innerhalb der Offenen Universität mit der Zeit drei so genannte »Schulen« entstanden, die sich jeweils für sich getroffen haben, aber untereinander in Kontakt standen. Die »Schule« der suspendierten Professoren, die »Schule« der Achtundsechziger-Aktivisten und die »Schule« der jungen Studenten. Die Mitglieder der ersten beiden »Schulen« haben dann Vorträge bei der dritten »Schule« gehalten und so weiter. Manchmal gab es auch gemeinsame Treffen. Aber das alles hat sich ja in privaten Wohnungen abgespielt, die auch noch ziemlich klein waren. Normalerweise kamen etwa 30 Leute zu einem Treffen. Manchmal standen wir uns aber auch auf den Zehen, so eng war es. Aus der »Offenen Universität« heraus bestanden natürlich Kontakte in alle Richtungen der oppositionellen und dissidenten Szene. 1983 begannen wir auch mit Milovan Djilas, mit dem wir schon seit 1968 in Kontakt waren, zusammenzuarbeiten.[3] Am 20. April 1984 sollte Djilas in meiner Wohnung seinen ersten Vortrag in unserem Kreis halten. Das Thema lautete »Kommunistische Partei und nationale Frage« in der Zeit, als Djilas noch selbst an der Macht war, also speziell der Partisanenzeit. Der Vortrag fand auch tatsächlich statt, aber es war der letzte in der »Offenen Universität«. Die Polizei startete eine spektakuläre Großaktion und verhaftete uns alle, knapp 30 Leute, darunter auch Djilas und den Anwalt Srđa Popović. Die meisten der Verhafteten wurden relativ schnell wieder auf freien Fuß gesetzt. Radomir Radović, ein 33-jähriger Arbeiter, der sich im Aufbau unabhängiger Gewerkschaftszellen engagierte, wurde kurz nach der Haftentlassung am 30. April tot aufgefunden. Bis heute sind die Umstände seines Todes ungeklärt. Wir sind aber sicher, dass er vom Geheimdienst umgebracht wurde.

*Der Prozess, welcher 1984 gegen die so genannten »Belgrader Sechs« stattfand, war ein Wendepunkt für die gesamte Oppositionsszene in Jugoslawien. Was ereignete sich?*

Angeklagt wurden, nach der Razzia am 20. April 1984, Vladimir Mijanović, Miodrag Milić, Gordan Jovanović, Pavlusko Imširović, Milan Nikolić und ich, weil wir uns in »konterrevolutionärer« Absicht seit 1977 zusammengeschlossen hätten. Wir wurden

als »Belgrader 6« bezeichnet. Vier der sechs Angeklagten – Mijanović, Imširović, Nikolić und ich – waren alte Achtundsechziger. Der Prozess erregte große Aufmerksamkeit, sowohl in Jugoslawien als auch international. Vor allem die Beteiligung von Djilas an der ganzen Geschichte hatte natürlich Bedeutung. Schon kurz nach der Verhaftung war es zu heftigen internationalen Protesten gekommen. Alle möglichen Staatsoberhäupter von Bertini in Italien bis zu Reagan in den USA kritisierten die jugoslawischen Behörden. Viele Botschafter in Belgrad wurden aktiv. Die internationalen Medien berichteten. Amnesty International nannte das Verfahren den »letzten Schauprozess«. Der Prozess wurde für die Behörden zu einem Fiasko. Zu jedem Prozesstag kamen hunderte Schaulustige. Es gab Proteste von Studenten an der Universität. Oppositionelle aus Ljubljana, Zagreb und anderen Städten solidarisierten sich. In Belgrad wurde der Prozess zu einem Kristallisationspunkt für die oppositionelle Szene. Vladimir Mijanović und Pavluško Imširović traten in den Hungerstreik. Letztlich wurden wir Anfang 1985 praktisch freigesprochen. Der Verlauf des Prozesses zeigte, wie weit der Staat bereits Legitimität und Kontrollfähigkeit verloren hatte. In dieser Zeit weitete sich die dissidente Szene schnell aus.

*Wenn Sie heute auf die ganze Zeit seit 1968 zurückblicken, wie würden Sie aus dieser Perspektive die Rolle der Studentenbewegung für die Entwicklung Jugoslawiens bewerten? Worin besteht die historische Bedeutung der Studentenbewegung?*

Ich denke, dass die Studentenbewegung ganz wesentlich zur Delegitimierung des politischen Systems beigetragen hat. Ich glaube, dass das eigentlich unbestreitbar ist. Auf der anderen Seite hat die Studentenbewegung das Regime in gewisser Weise zur Veränderung seiner Politik gezwungen. Allerdings war diese Entwicklung überhaupt nicht in unserem Sinn. Unsere Bewegung war pro-jugoslawisch und radikal sozialistisch. Als Reaktion auf die Herausforderung durch die Studentenproteste verstärkte das Regime dagegen die Tendenzen des Partikularismus. Die sozialen und politischen Fragen, welche wir aufgeworfen haben, wurden durch die Partei ins Nationale gewendet. Am deutlichsten wurde das im »Kroatischen Frühling«. Eine dritte Ebene ist der kulturelle Sektor. Ich denke, dass die Studentenbewegung hier einen lang anhaltenden, positiven Einfluss ausgeübt hat. Die Protestbewegung hat ein kreatives und kritisches Potential entfaltet, das viele Tabus gebrochen hat. Auf einer vierten Ebene, glaube ich, haben wir von einer neuen Beziehung zur Sexualität bis zur Mode erheblich zu einem Wandel im alltäglichen Lebensstil beigetragen.

**E-Mail: Boris.Kanzleiter@gmx.net**

**Anmerkungen:**

1 Fokismus: Guerillastrategie, welche von den kubanischen Revolutionären propagiert wurde. Ausgehend von der Eröffnung eines „Fokus“ des bewaffneten Kampfes durch eine kleine Gruppe von Revolutionären sollte sich die Bewegung verbreitern. Theoretisch verarbeitet wurde die Strategie durch Régis Debray in seinem Buch »Revolution in der Revolution. Bewaffneter Kampf und politischer Kampf in Lateinamerika« (1967).

2 Die »Massenbewegung« (Maspok) von 1970/71 wird auch als »Kroatischer Frühling« bezeichnet. Initiiert wurde sie von der Führung des Bundes der Kommunisten Kroatiens, die sich bereits seit Ende der Sechzigerjahre zunehmend um ein nationales Programm gruppiert hatte und beklagte, die kroatische Republik würde in Jugoslawien strukturell diskriminiert. Während Tito die kroatische Parteiführung unter Savka Dabčević-Kučar zunächst in ihrem Kampf für mehr Dezentralisierung unterstützte, entwickelte sich der »Kroatische Frühling«, wie die Bewegung später genannt wurde, in der zweiten Hälfte von 1971 zu einer ernsten Krise. Radikale nationalistische Zirkel hatten wachsenden Einfluss auf die Situation gewonnen, die außer Kontrolle zu geraten drohte. Ende November/Anfang Dezember 1971 eskalierte die Bewegung in einen einwöchigen Streik an der Zagreber Universität. Die Initiatoren der Proteste um die nationalistischen Studentenführer Dražen Budiša und Ivan Zvonimir Čičak forderten mehr nationale Selbstbestimmungsrechte für Kroatien. Eine zentrale Forderung war, dass Kroatien über die Deviseneinnahmen aus dem Tourismus an der Dalmatinischen Küste selbst verfügen können müsse. Die Studenten forderten auch einen eigenen Sitz Kroatiens in den Vereinten Nationen. Das Regime reagierte mit einem Repressionsschlag. Ausgehend vom 12. Dezember 1971 wurden mehr als 550 Personen verhaftet. Die Führung des kroatischen BdK und hunderte Mitglieder wurden aus der Partei ausgeschlossen.

3 Milovan Djilas (1911 – 1995) war der im Westen bekannteste jugoslawische Dissident. Als Partisanenkommandeur war Djilas im Zweiten Weltkrieg einer der engsten Vertrauten Titos. Nach dem Krieg bekleidete Djilas zunächst hohe Partei- und Staatsämter. 1954 setzte er sich in einer Artikelserie im Parteiorgan »Borba« kritisch mit dem absoluten Machtanspruch der Partei und der Rolle ihrer Funktionäre auseinander. Nachdem die Texte in der Partei zunächst positiv aufgenommen worden waren, wurde Djilas aus der Parteiführung ausgeschlossen. Djilas setzte seine Kritik allerdings fort und veröffentlichte 1958 sein Hauptwerk »Die neue Klasse«, in dem er den Sozialismus in Jugoslawien und der Sowjetunion als eine Klassenherrschaft unter der Kontrolle der Parteibürokratie analysierte. Von 1956 bis 1961 und 1962 bis 1966 saß Djilas im Gefängnis. 1968 zeigte er sich solidarisch mit der Studentenbewegung. Bis zum seinem Tod blieb Djilas in Belgrad als kritischer Intellektueller präsent.

Paul Pop

# Mobilität, Kontrolle und Klassenkampf: Eine zweischneidige Angelegenheit

Mobilität ist eines der wichtigsten Schlagwörter der kapitalistischen Gesellschaften im Westen geworden. Kein Tag vergeht, an dem wir nicht erinnert werden, dass wir mobiler and flexibler werden müssen. Dieser Artikel soll hingen zeigen, dass die Mobilität der Menschen und auch ihrer Arbeitskraft für Kapital und Staat eine äußerst zweischneidige Angelegenheit sind. Dabei werden Jobhopping, die Vergabe von unterschiedlichen Mobilitätsrechten, der staatliche Kampf gegen „Sozialhilfe-Tourismus" sowie die Auswirkungen von Eigenheim-Bau analysiert. Darüber hinaus wird die Frage aufgeworfen, in wie fern Mobilität den Klassenkampf fördern kann und ob sie den Kapitalismus in Frage stellt. In diesem Zusammenhang wird die Möglichkeit eines Exodus aus der Lohnarbeit sowie das Nomadentum als subversive Strategie kritisch hinterfragt.

## Gute und schlechte Mobilität für das Kapital

Nicht nur die Kommunikationsmittel wie Mobiltelefon und drahtloses Internet sollen jeder Zeit and an jedem Ort verfügbar sein, sondern auch die Arbeitskraft soll sich mobil überall anbieten. Ohne „Auslandserfahrung" und die damit verbundenen „interkulturellen" Fähigkeiten ist es schwer möglich, eine „hochqualifizierte" Arbeitskraft darzustellen. Ortsgebundenheit und Trägheit sind die Todsünden im Kampf auf dem Arbeitsmarkt. Der faule Sozialhilfeempfänger, der nicht mal vom Sofa aufsteht, ist der „Andere" im neuen Diskurs zur Diffamierung der „Unterschichten". Die Hartz-Gesetze sollen es in Deutschland ermöglichen, dass auch der arbeitslose Akademiker aus Norddeutschland gezwungen wird in Bayern eine Stelle als Nachtwächter anzunehmen.

Auch ich habe den Kult um die Mobilität für normal gehalten, bis ich in einen anderen Kulturkreis auf die Grenzen ihrer „Natürlichkeit" stieß. In China jammern besonders die ausländischen Unternehmen über zu hohe Mobilität der Arbeitskräfte. Auf Grund des Mangels an Fachkräften werben sich ausländische Konzerne die MitarbeiterInnen gegenseitig ab. Am 11. Januar 2008 berichtete die „Financial Times Deutschland" über den „Kampf um die Fachkräfte in China: Hohe Wechselbereitschaft bei Mitarbeitern – Arbeitgeber treiben Gehaltsspirale an". Der Arbeitergeberverband in Hongkong schätzt die Fluktuation in den Unternehmen in der Volksrepublik für das laufende Jahr auf 16, 4 Prozent. Im Handel seien es sogar 30 Prozent, im Hotel- und Gaststättenbewerbe 25 Prozent und im Beratungsgeschäft 21 Prozent. In Europa würde die Fluktuationsrate im einstelligen Bereich liegen.

Die „undankbaren" ChinesInnen kennen die Betriebsideologie „Einmal Opelianer immer Opelianer" nicht und sind sofort weg, wenn ein anderer Betrieb mehr Gehalt bezahlt. Auch die 150 bis 200 Millionen WanderarbeiterInnen zeichnen sich

durch eine hohe Mobilität aus. Besonders in den Weltmarktfabriken in Guandong-Delta klagen Unternehmen, dass sie für ihre Scheißjobs nicht mehr genügend Arbeitskräfte finden. Die so genannte WanderarbeiterInnen-Dürre (*Mingong huang*) im Süden existiert, da die jungen Frauen und Männer lieber nach Shanghai oder Peking zum Arbeiten gehen, da dort die Löhne höher sind. Bei der Heimkehr ins Dorf zum Frühlingsfest, dem chinesischen Neujahr, rechnen sie durch, was das Jahr gebracht hat und ob es sich wieder lohnt, in die Städte zu gehen. Das Selbstbewusstsein der WanderarbeiterInnen ist in den letzten Jahren gewachsen (siehe China-Beilage, Wildcat Nr. 80). Sie sind wählerischer geworden bei der Auswahl der Betriebe und lassen sich nicht mehr alles gefallen. Der chinesische Soziologe Yang Siyuan (2005) nennt diesen Exodus aus dem Süden eine besondere Form des Streiks. Streiks im Sinne von kollektiver Arbeitsniederlegung sind in der Volksrepublik nämlich verboten.

Da Mobilität auch vom Geldbeutel abhängt, ist die „Wanderlust" der WanderarbeiterInnen natürlich eingeschränkt. Die langen Zugfahrten sind für sie teuer. Daher können sie nicht beliebig oft den Arbeitsplatz wechseln. In China existiert außerdem noch das Haushaltsregister-System (*Hukou*), das die langfristige Niederlassung der WanderarbeiterInnen und ihrer Familien in den Städten verhindert. Ihre Kinder können in der Stadt keine öffentlichen Schulen besuchen. Die Anwesenheit von Menschen mit Agrar-*Hukou* muss durch den Antrag auf eine kurzfristige Aufenthaltsgenehmigung legalisiert werden.

Die Frage, die sich die KapitalistInnen in China stellen müssen, ist deshalb nicht „wie erhöhen wir die Mobilität der Arbeitskräfte", sondern „wie fessele ich sie an den Betrieb". BauarbeiterInnen oder sogar MasseurInnen müssen häufig drei bis vier Monatslöhne als Pfand hinterlegen, damit sie nicht sofort die Firma wechseln können. Millionen WanderarbeiterInnen wird der Lohn erst am (chinesischen) Jahresende ausgezahlt. Bis dahin stellt das Unternehmen nur Kost und ein Bett in den überfüllten Wohnheimen. Ausländische KapitalistInnen können die begehrten Fachkräfte so natürlich nicht anlocken. Sie bieten häufig Vorbildungen im Ausland an, um den Arbeitsplatz attraktiv zu machen. Nicht wenige „undankbare" ChinesInnen verlassen aber den Betrieb sofort, wenn sie alles gelernt haben, was sie lernen können. Deshalb müssen sie Verträge unterzeichnen, dass sie die Ausbildungskosten zurückzuerstatten, wenn sie vor einer bestimmten Frist gehen. Nur was macht das Unternehmen, wenn die Person einfach untertaucht? Einen funktionierenden Rechtsstaat und unabhängige Gerichte, vor denen bei Vertragsbruch erfolgreich geklagt werden kann, gibt es im Reich der Mitte nur in Ansätzen. Dann heißt es Pech gehabt! Selbst eine permanente Erhöhung der Löhne hilft nichts, da es immer noch jemanden gibt, der mehr bezahlen würde. Durch diese Tatsache wird auch der potentielle Nutzen eines Flächentarifvertrages für das Kapital deutlich. Durch die tarifliche Festlegung der Löhne und das Friedensgebot in den Zeiten zwischen den Tarifverhandlungen können die Unternehmer langfristig die Lohnkosten planen um die ArbeiterInnen zu disziplinieren.

Obwohl viele Unternehmen in Deutschland über den Flächentarifvertrag jammern, könnte ein solches System ihnen in China helfen, die Lohnforderung der ArbeiterInnen zu drosseln. Unter der Einparteien-Diktatur in der Volksrepublik China sind „Jobhopping" und Mobilität die Hauptformen des Lohn- und Klassenkampfes.

**Exodus aus der Lohnarbeit?**

An diesen Ausführungen wird auch klar, dass der Begriff des Arbeitskräftemangels ein politischer ist. In China verlassen jährlich 4 Millionen Absolventen die Hochschulen (Financial Times Deutschland 11.1.2008). Auch im Reich der Mitte sind Millionen Menschen arbeitslos, sogar viele Absolventen von Universitäten. Aus Sicht der Arbeitslosen ist es absurd, von einem Arbeitskräftemangel zu sprechen. Das schlimmste, was es für das Kapital unter der Sonne hingegen gibt, ist Vollbeschäftigung. Ohne Angst vor Arbeitslosigkeit sind die Menschen nicht so leicht erpressbar. Sie stellen sogar „unvernünftige" Lohnforderungen! Von daher besteht für das Kapital immer ein Mangel an Arbeitskräften, weil zusätzliche Konkurrenz unter den ArbeiterInnen Druck auf die Löhne ausüben würde. Häufig wur-



weiter gehts auf Seite 21

den besonders in den Perioden der Vollbeschäftigung in Westeuropa EinwandererInnen ins Land geholt, um den „Arbeitskräftemangel" auszugleichen.

Mobile Arbeitskräfte sind für die KapitalistInnen also eine zweischneidige Angelegenheit. Die Menschen sollen so mobil sein, dass man ihre Arbeitskraft überall ausbeuten kann. Die Menschen dürfen allerdings nicht so mobil werden, dass sie durch „Jobhopping" die Löhne in die Höhe treiben können. Schon Karl Marx hat im „Kapital" darauf hingewiesen, dass der Exodus eine Form des Klassenkampfes sein kann. Er beschreibt im Kapitel „Die moderne Kolonisationstheorie", wie die US-amerikanischen ArbeiterInnen aus der Lohnarbeit der Fabriken flüchteten, um freie BäuerInnen auf dem neubesiedelten Land zu werden (Marx 1951: 809f.). Das setzte die KapitalistInnen unter Druck, höhere Löhne zu zahlen. Marx will mit dem Kapitel zeigen, dass die kapitalistische Produktionsweise der Vernichtung des auf eigener Arbeit beruhenden Privateigentums bedarf, sprich der Enteignung des Volksmassen von eigenen Produktionsmittel (ebenda: 814). In den Kolonien bestand eine besondere historische Situation, die den Exodus aus der Lohnarbeit zeitweise möglich machte. In China findet hingegen ein Exodus der WanderarbeiterInnen aus dem Guangdong-Delta in die Küstenregionen stand, also von der Lohnarbeit in die besser bezahlte Lohnarbeit. Sie verfügen im Dorf noch über das vom Staat zugeteilte Land, das aber immer weniger zum Leben abwirft. Letztes Jahr haben allerdings die rapide steigenden Preise für Schweinefleisch dazu geführt, dass einige BäuerInnen lieber auf den Dörfer bleiben und Schweine aufziehen als in die Fabriken zum Arbeiten zu gehen.

Der Exodus aus der Lohnarbeit ist innerhalb der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft nur schwer möglich. In den 70er Jahren „flüchteten" Tausende in die Universitäten, um als so genannte „LangzeitstudentInnen" der Lohnarbeit zeitweise zu entkommen. Andere, darunter auch nicht wenige radikale Linke, entwickelten Geschick, die Annahme jeder Lohnarbeit zu verweigern und von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe zu leben. Mit der Einführung von Studiengebühren, Regelstudienzeiten und Zulassungsbeschränkungen an den Universitäten sowie der verschärften Überwachung der BezieherInnen von Sozialleistungen werden diese Fluchtmöglichkeiten zunehmend verbaut. Der Staat zwingt die Arbeitslosen sich ständig weiterzubilden und zu bewerben, obwohl für die große Mehrheit keine Arbeitsplätze vorhanden sind. Gesagt werden muss auch, dass diese Fluchtmöglichkeiten für Menschen, die Familie und Kinder versorgen müssen, äußerst begrenzt sind. Kostenlose Angebote, die Kinder von StudentInnen unterzubringen, gibt es kaum. Die Sozialeistungen mögen für einen genügsamen Kreuzberger WG-Bewohner gerade zum Überleben ausreichen. Für eine allein erziehende Mutter mit zwei Kindern bedeutet Arbeitslosigkeit oft Verarmung. Besonders im Alter, wenn Menschen mehr Hilfe brauchen, droht ohne Geld leicht die soziale Isolation. Die „Aussteiger" der 70er und 80er Jahre nähern sich bald dem Rentenalter an. Der Staat ist bemüht, die Löcher für den Exodus aus der Lohnarbeit zu stopfen, selbst wenn nicht genug Lohnarbeit vorhanden ist. Deshalb ist es für den Staat auch besser die Ämter und ihre „Betreuten" die Möglichkeit einer Beschäftigung spielen zu lassen, als zuzugeben, dass Millionen Menschen vom Kapital nicht mehr gebraucht werden.

### Gute und schlechte Mobilität für den Staat

Während in der feudalen Gesellschaft die Mobilität der Menschen stark eingeschränkt wurde, ist der Kapitalismus auf mobile Arbeitskräfte angewiesen. Der moderne Staat steht vor der Herausforderung, die Mobilität der Menschen zu regulieren. Im Unterschied zum Feudalismus haben zumindest die Staatsbürger das Recht auf Bewegungsfreiheit. Foucault weist auf die Notwendigkeit der Regulierung der Zirkulation in den europäischen Städten hin, nachdem die Stadtmauern im 18. Jahrhundert aufgrund ökonomischer Notwendigkeiten fielen. Dass das Kommen und Gehen nicht mehr kontrolliert werden konnte, bewirkte, dass „folglich die Unsicherheit der Städte gesteigert wurde durch den Andrang all der ziehenden Völker, Bettler, Vagabunden, Delinquenten, Kriminellen, Diebe, Mörder usw., die, wie jedermann weiß, vom Land hereindrängen konnten (...). Anders gesagt, es handelte sich darum, die Zirkulation zu organisieren, das, was daran gefährlich war, zu eliminieren, eine Aufteilung zwischen guter und schlechter Zirkulation vorzunehmen und, indem man die schlechte Zirkulation verminderte, die gute zu maximieren" (Foucault 2006: 37). Die Zirkulation kann aber trotz Stadtplanung und Polizeiüberwachung niemals vollständig kontrolliert werden. Es gibt immer Elemente des Widerstandes.

Ähnlich versucht heute auch der bürgerliche Staat die Zirkulation an seinen Grenzen zu regeln. Der Verkehr von Waren, Arbeitskräften, ZuwanderInnen, TouristInnen, SexarbeiterInnen wird durch ein kompliziertes System von nationalen und europäischen Gesetzen geregelt, erlaubt und beschränkt. Die Menschen werden hierarchisiert, indem man sie mit verschiedenen Mobilitätsrechten ausstattet. Darüber hinaus wird noch der Zugang zu Arbeit, Bildung, Urlaubsreise oder Niederlassung unter-

schiedlich definiert. Die Menschen bekommen verschiedene Formen von Staatsbürgerschaften, Pässen, Visa oder Aufenthaltstiteln. Ohne gültigen Ausweis wird auch eine ÖsterreicherIn in der Welt nicht sehr weit kommen.

Nur um einige Unterschiede in der Hierarchie zu nennen: „Alte“ EU-BürgerInnen können ihre Arbeitskraft in der ganzen Europäischen Union anbieten. Die neuen EU-BürgerInnen aus Osteuropa sind bezogen auf den Arbeitsmarkt noch Beschränkungen unterworfen. Nicht-EU-BürgerInnen haben leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Visa anderer Staaten, wenn sie mit einem/r EU-BürgerIn verheiratet sind. Die Ehefrau eines amerikanischen Managers, der in Deutschland arbeitet, muss deshalb noch keinen Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen und darf nur als Hausfrau und Touristin mobil sein. TouristInnen mit Schengen-Visum können sich bei ihren Reisen fast in ganz Europa frei bewegen. AsylbewerberInnen und „geduldete AusländerInnen“ dürfen hingegen in Deutschland und Österreich den Verwaltungsbezirk nicht verlassen. Illegalisierte Menschen können an jedem Bahnhof von der Polizei verhaftet werden.

Hinzu kommt, dass das Recht auf Mobilität von Seiten des Staates immer eingeschränkt werden kann. Das Schengen-Abkommen soll z.B. zur Fußball-Europameisterschaft 2008 ausgesetzt werden, um angeblich die „Zirkulation“ von Hooligans zu verhindern. Auch bei Demonstrationen, wie zuletzt gegen den G 8-Gipfel in Heiligendamm, ist es mit europäischer Reisefreiheit nicht weit her. Selbst im eigenen Land können Polizisten per Anordnung die Bewegungsfreiheit einschränken. Während der berühmt-berüchtigten Chaos-Tage in Hannover habe ich selbst erlebt, wie Anreisende von der Polizei einfach wieder in die Züge gesetzt worden sind, weil sie gefärbte Haare hatten. Innerhalb der Städte können Platzverweise für Bettler oder „herumlungernde“ Jugendliche ausgesprochen werden.

Außerdem werden Räume hierarchisiert in öffentlich und privat. Der Zugang zu Räumen und Verkehrsmitteln kann für Volljährige, Minderjährige oder Kinder in Begleitung der Erziehungsberechtigten reguliert werden. Schul- und Wehrpflicht bilden Teilsysteme, die die Bewegung im Raum einschränken. Das „unerlaubte Entfernen vom Arbeitsplatz“ kann ebenso geahndet werden wie ein Nicht-Nachkommen der Schulpflicht. Kranke dürfen ohne Entlassungspapier der StationsärztIn das Krankenhaus nur auf eigene Verantwortung verlassen. RollstuhlfahrerInnen können nur U-Bahnen benutzen, wenn es an den Haltestellen Fahrstühle gibt. Der Entzug der völligen Bewegungsfreiheit im Gefängnis gilt in Ländern, die die Todesstrafe abgeschafft haben, als die höchste Strafe.

### Keine Mobilitätsrechte für EmpfängerInnen von Sozialleistungen

Nicht nur so genannte AusländerInnen, sondern auch die eigenen StaatsbürgerInnen sind von Einschränkungen der Mobilität auf dem Arbeitsmarkt getroffen. Millionen Beamte in Deutschland und Österreich unterliegen einem Dienstrecht, das einen freien Wechsel des Wohnortes oder Arbeitsplatz unmöglich macht. Ähnliches gilt für Geistliche. Das Recht auf Mobilität verliert auch derjenige, der Sozialleistungen vom Staat bekommen möchte. Der Zugang zu Leistungen wird abhängig gemacht von dem Aufenthaltsstatus und der Dauer der Anwesenheit im Land. Arbeitslose haben keinen Rechtsanspruch auf Urlaub und dürfen den Wohnort ohne Genehmigung der zuständigen lokalen Behörde der Bundesagentur für Arbeit in Deutschland nicht länger als drei Wochen am Stück verlassen. Sie müssen von Montag bis Samstag (!) unter der angegebenen Adresse und Telefonnummer erreichbar sein. Dadurch soll die Kontrolle des Empfängers bzw. seine effektive „Betreuung“, wie es im offiziellen Jargon heißt, gesichert werden. Eigentlich ist diese Regelung paradox, weil der Staat einerseits die Mobilität der Arbeitskräfte durch z.B. die Pendlerpauschale fördert, anderseits potentielle Arbeitskräfte an ihren Wohnort bindet. Für das Kapital wäre es natürlich besser, wenn die Arbeitslosen wie in China durch das Land ziehen und sich vor den Bahnhöfen der Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit zur Verfügung halten würden. Für den Staat hingegen würden solche Wanderbewegungen eine Bedrohung der gesellschaftlichen Stabilität darstellen.

Der Staat ist außerdem bemüht, einen „Sozialhilfetourismus“ zu verhindern. Schon im Mittelalter versuchten Städte, Sozialleistungen und Almosen nur an die eigenen Bürger auszuzahlen, damit nicht die Armen aus den anderen Regionen angezogen wurden. Heute argumentieren rechte PopulistInnen, dass die ZuwandererInnen die Sozialsysteme ausnützen würden. Im Zuge der Industrialisierung wurde die Bindung von Sozialleistungen an den Wohnort zunehmend abgeschafft. Preußen ging 1842 als der erste Staat in Deutschland dazu über, dass man seinen „Unterstützungswohnsitz“ nach zwei Jahren an seinem neuen Wohnort bekam. „Auf diese Weise wurden nicht nur die Bettelfuhren überflüssig, sondern die Unterschichtsangehörigen konnten sich auch frei von den Zugangsbeschränkungen dort ansiedeln, wo sie Arbeit fanden (...). Für die Armen, die

nun gar keinen Unterstützungswohnsitz mehr hatten, wurden zentrale Kassen, die Landarmenverbände, zuständig“ (Rheinheimer 2000: 129).

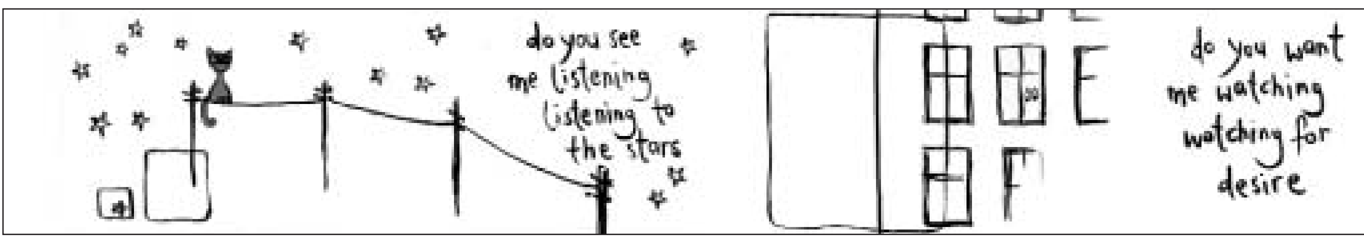
Damit der Staat weiß, wo seine Bürger wohnen, Steuern bezahlen oder Leistungen beziehen, gibt es in Deutschland und Österreich die Meldepflicht. Der Umzug an einen anderen Ort, ohne ihn den Behörden mitzuteilen, ist strafbar. In Österreich kann man ohne den Meldezettel nicht einmal einen Leihausweis für eine Bücherei oder Videothek bekommen, geschweige denn einen Vertrag für ein Handy. In Deutschland reicht der Personalausweis. In den USA und Großbritannien ist sowohl die Meldepflicht unbekannt, noch gibt es flächendeckend Personalausweise. Selbst nach dem 11. September werden Forderungen nach der Einführung von Personalausweisen abgelehnt, da dies von vielen Menschen als Element von autoritären Obrigkeitsstaaten angesehen wird.

### „Häusl“, Abfertigung und Mobilität

Ähnlich paradox ist der Widerspruch zwischen Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Die weite Verbreitung des MaklerInnenunwesens behindert die Mobilität der Arbeitskräfte. Eine ArbeiterIn, die für eine neue Mietwohnung in Wien gerade drei Monatsmieten Provision und drei Monatsmieten Kaution an einen Makler bezahlt hat, wird kaum zwei Monate später nach Linz umziehen, wenn sie dort 5 Prozent mehr Lohn bekommen würde. Der Staat versucht, diese beiden Märkte zu regulieren und ist zwischen den Profitinteressen der Makler und Eigentümer sowie dem Bedürfnis des Kapitals nach mobilen Arbeitskräften hin- und hergerissen. In Deutschland und Österreich schränkt auch der Bau von Eigenheimen durch die ArbeiterInnen deren Mobilität ein. Ist das in Eigenarbeit und Schwarzarbeit errichtete „Häusl“ erst ein Mal fertig gebaut, wollen viele nicht mehr wegziehen und können die Betriebe nur im Umland wechseln. Der Staat ist jedoch darauf bedacht, die kleinbürgerliche Eigenheim-Ideologie zu fördern. Die Eigenheimzulage war 2004 mit über 11 Milliarden Euro die größte staatliche Subvention in Deutschland. Seit 2006 wird sie allerdings nicht mehr neu gewährt, um im staatlichen Haushalt zu sparen. Der Kredit am Hals der ArbeiterInnen kann sich unterschiedlich auf den Klassenkampf auswirken. Zum einem droht bei Arbeitsplatzverlust die Verarmung, wenn der Kredit nicht mehr abgezahlt werden kann und die Angst davor ist deshalb besonders groß. Andererseits kann die Kampfbereitschaft gegen Lohneinbußen besonders groß sein, weil der Kredit den Druck viel zu verdienen verstärkt. Letztendlich ist ein freiwilliger Ausstieg aus einer Vollzeitstelle nur schwer möglich, da der Kredit schließlich die nächsten 20 Jahre abgezahlt werden muss. Über eine Scheidung muss man auch zwei Mal nachdenken. In China gibt es das neue Wort „Haussklave“ (*fangnu*), der nicht Sklave eines Hausherren, sondern der eigenen Eigentumswohnung ist.

In Österreich wirkt sich auch das Abfertigungsgesetz auf die Mobilität der Arbeitskräfte aus. Bei einer unverschuldeten Kündigung einer festen Stelle hat die ArbeiternehmerIn das Recht auf Entschädigung. Nach 5-jähriger Betriebszugehörigkeit besteht ein Abfertigungsanspruch auf drei, nach 20 Jahren auf sechs Bruttomonatslöhne. Marktradikale Kritiker meinen: „Mit den Prinzipien der freien Marktwirtschaft verträgt sich das Bestreben, den Arbeitnehmer mit Hilfe des drohenden Abfertigungsverlustes an den Betrieb zu fesseln, freilich ganz und gar nicht. Eines der wichtigsten Argumente für die Überlegenheit der Marktwirtschaft ist, dass der Markt die optimale Allokation der Ressourcen - Geld, Sachinvestitionen, Arbeitskraft - gewährleistet. Die ideale Allokation der Arbeitskraft wird durch § 23 Abs 7 AngG aber enorm behindert. Die Entscheidung eines Arbeitnehmers für einen Arbeitsplatzwechsel - iSd von der Wirtschaft so gerne geforderten Mobilität - wird von der Überlegung, ob der Wechsel den Verlust der Abfertigung zu rechtfertigen vermag, oft ganz wesentlich beeinflusst. Auch volkswirtschaftlich betrachtet ist die Abfertigung daher sicherlich Unsinn.“ (zit. nach Walther 1999). Der Professor für Volkswirtschaft Walther zeigt allerdings, dass die Abfertigung auch Vorteile für Kapital und Staat hat. Die Treue und Loyalität der MitarbeiterInnen gegenüber ihrer Firma wird gefördert. Im Fall einer „nicht-selbst verschuldeten“ Entlassung ist die Abfertigung eine Art Überbrückungshilfe in ersten Monaten der Arbeitslosigkeit. Der drohende Verlust der Abfertigung bei einer „selbstverschuldeten“ Entlassung hingegen kann die Arbeitsdisziplin fördern.

Das Ende ist auf Seite 26



## Kapitalismus, Staatssozialismus und Regulierungen

Die Aufgabe des Staates ist es, die Bedingungen, die zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktion notwendig sind, zu gewährleisten. Deshalb kann es zu Widersprüchen zwischen einzelnen Interessen von KapitalistInnen und dem Staat kommen. Außerdem hat der Überbau auch ein gewisses Eigenleben. Sowohl in Deutschland als auch in Österreich fordern große Teile des Kapitals seit Jahren, die Einwanderung von qualifizierten Arbeitskräften zu erleichtern und die Selektion nach ökonomischen Kriterien vorzunehmen. Die regierenden Parteien haben jedoch die Sorge, durch weitere Zuwanderung, die auch für qualifizierte Arbeitskräfte eine Konkurrenz darstellen würde, den Klassenkompromiss mit den integrierten Teilen der ArbeiterInnenschaft zu gefährden. Außerdem spielen Ideologien eine Rolle. In Deutschland findet seit dem Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte von 1973 die Zuwanderung in erster Linie auf dem Boden des Familiennachzuges statt. In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 machten die so genannten „Aussiedler" bzw. „Auslandsdeutschen" aus Osteuropa den Löwenanteil der ZuwandererInnen aus. Die christliche Familienideologie, das völkisch geprägte Staatsbürgerrecht sowie die Angst vor Hegemonieverlust der Volksparteien bei den Wahlen haben bisher eine Regelung der Zuwanderung nach rein ökonomischen Kriterien verhindert. In China würde die Aufhebung des *Hukou*-Systems dem Kapital zum Teil nutzen, weil Arbeitskräfte aus dem ganzen Land leichter verfügbar wären. Eine dauerhafte Niederlassung der WanderarbeiterInnen und ihrer Familien in den Städten würde vielleicht auch die „zu große" Mobilität einschränken. Dann müssten aber die Löhne steigen, weil die Lebenshaltungskosten in der Stadt viel teurer sind als auf dem Land. Der Staat behält das *Hukou*-System jedoch bei. Einerseits fürchtet die KPCh ein Anwachsen von Slums in den Städten, andererseits kann man mit Hilfe des Systems der ländlichen Bevölkerung weiterhin der Zugang zum städtischen Bildungssystem und zu Sozialleistungen verwehrt werden.

Auch in der Sowjetunion wäre ohne den Zustrom von Millionen BauernarbeiterInnen in die Städte die rapide Industrialisierung in den 30er Jahren nicht denkbar gewesen. 1932 führte die sowjetische Regierung ein Pass-System ein, durch das die Bauern wieder wie zu Zeiten des Väterchens Zar eine Genehmigung der Behörden brauchten, um das Dorf zu verlassen. Die hohe Fluktuation in den Betrieben machte der sowjetischen Regierung schwer zu schaffen. In den vier Jahren des ersten Fünfjahres-Plan soll jede ArbeiterIn durchschnittlich fünf Mal den Arbeitsplatz gewechselt haben (Schröder / Karuscheit 1993: 214). Stalin machte dafür unter anderem die „Gleichmacherei" im Lohnsystem verantwortlich. Seine Forderung hieß deshalb: „Die Fluktuation der Arbeitskraft beseitigen, die Gleichmacherei ausmerzen, den Arbeitslohn richtig organisieren, die Lebensverhältnisse der Arbeiter verbessern... " (Stalin 1950: 54). Neben der Einführung des Pass-Systems und größerer Lohnunterschiede wurde auch das Strafrecht gegen „Produktionsdeserteure" verschärft sowie „böswillige Nichterfüllung eines mit einem öffentlichen Betrieb abgeschlossen Vertrags" geahndet (Karuscheit /Schröder 1993: 215). Ab 1939 erschwerte ein einheitliches Arbeitsbuch den Wechsel des Betriebes. Während des 2. Weltkrieges wurden auch in einigen kapitalistischen Staaten Arbeitsbücher eingeführt, um die Kernbelegschaften in den kriegswichtigen Betrieben zu halten und die Bevölkerung besser kontrollieren zu können. Der Staat, egal ob staatssozialistisch oder kapitalistisch, hat immer abzuwiegen, wie stark er die Mobilität der Menschen einschränken soll. Der Hunger des Kapitals oder der Staatsbetriebe nach mobilen, aber kontrollierbaren Arbeitskräften muss genau so gestillt werden wie das Bedürfnis des Staates nach der Aufrechterhaltung der Stabilität der Gesellschaft. In diesem Spannungsfeld sind das chinesische *Hukou*-System oder das europäische Schengen-Abkommen nur verschiedene Strategien, die Mobilität zu regulieren. Deleuze/Guattari haben daher nicht ganz Unrecht, wenn sie die Bewegung des Kapitals als ständige Wechselwirkung zwischen Deterritorialisierung und Reterritorialisierung von Räumen bezeichnen (Deleuze / Guattari 1977: 333). Ununterbrochen werden räumliche Grenzen gesetzt und aufgehoben. Innerhalb der EU fallen die Schlagbäume an den Grenzen, aber an den Außengrenzen werden Zäune mit Stacheldraht errichtet.

## Mobilität, Nomadentum und Klassenkampf

In seiner Studie zu den USA versucht der Soziologe Ralf Dahrendorf die Frage „Warum gibt es in den USA keinen Sozialismus?" zu beantworten. Als zentralen Grund für die Abwesenheit einer sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung führt er die hohe Mobilität der Arbeitskräfte an. Da die ArbeiterInnen häufig Arbeitsplatz und Wohnort wechseln würden, wären sie nur schwer in feste sozialdemokratische Strukturen zu integrieren. Als Gründe führt er an: „Wenn der einzelne für sich die Möglichkeit sieht, einem konfliktträchtigen Machtverhältnis zu entweichen, ist es unwahrscheinlich, dass er das gleiche Maß an Engagement in die Auseinandersetzungen investieren wird wie der, für den dieses Machtverhältnis unausweichli-

ches Lebensschicksal ist (...). Der individuelle Entschluss zur Mobilität ist psychologisch wie soziologisch ein Hindernis bei der Bildung solidarischer Gruppen; er führt zur übermäßigen Fluktuation der Mitgliedschaft und lenkt zugleich die Aspirationen des einzelnen auf Ziele, die er selbst für sich zu erreichen vermag“ (Dahrendorf 1968: 63ff.). Dahrendorf zeigt außerdem, dass die US-amerikanischen Arbeitskräfte viel mobiler als die europäischen sind, aber ihre Aufstiegschancen, die soziale Mobilität, in den USA nicht höher sind. Wenn jedoch die WanderarbeiterInnen aus Alabama nach Kalifornien ziehen, kann ein subjektives Gefühl der Verbesserung entstehen, auch wenn sich die konkreten Lebensverhältnisse kaum geändert haben. Damit hat Dahrendorf nicht ganz unrecht: Während die HilfsarbeiterIn aus St. Pölten den Umzug nach Wien als sozialen Aufstieg empfinden kann, empfindet die UniabvolventIn aus der Hauptstadt es vielleicht als sozialen Abstieg, wenn sie eine Stelle in der Stadtverwaltung ihres Heimatortes bekommt.

Die stark ständisch geprägte deutsche ArbeiterInnenbewegung war in der Tat auf dem fest in einem Milieu verankerten Facharbeiter angewiesen, der am besten Betrieb und die sozialdemokratischen Vereine lebenslang nicht wechselte. Dahrendorf übersieht dabei, dass die hohe Mobilität in den USA auch radikale Formen des Klassenkampfes möglich machte. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gelang es den Wobblies (Industrial Workers of the World) gerade mit den mobilen und migrantischen Teilen der ArbeiterInnen radikale Streiks durchzuführen. Wer nicht darauf angewiesen war oder hoffen konnte, dem gleichen Vorarbeiter oder Chef lebenslang gegenüber zustehen, konnte Unruhe stiften und dann wieder weiterziehen. In Deutschland der frühen 70er Jahre verfolgten auch die Spontis die Strategie, in einem Betrieb solange Rabatz zu machen, bis sie rausflogen. Hohe Fluktuation von Mitgliedern ist sicher in den Parteien und Gewerkschaften des 20. Jahrhunderts ein Problem. Gerade deshalb müssen heute Organisationsformen gefunden werden, die der hohen Mobilität gerecht werden. Wie können wir uns eine Patchwork-Gewerkschaft oder ein revolutionäres Netzwerk vorstellen, dem wir an jedem Ort wieder andocken können?

Für Deleuze/Guattari stellt in den 70er Jahren der Nomade eine wichtige Figur dar, der versucht, sich der Codierung und Reterritorialisierung durch das Kapital zu entziehen. In „Tausend Plateaus“ führen sie die Unterscheidung zwischen glatten und gekerbten Räumen – dem Raum der Nomaden und dem der Sesshaften – ein. Der glatte Raum wird unaufhörlich in einen gekerbten Raum überführt (in: Dünne 2006: 434). So wurde der glatte Raum des Meeres durch Navigation eingekerbt. Im Gegensatz zur staatsfixierten Revolutionsstrategie des orthodoxen Marxismus entwirft Deleuze eine nomadische Kriegsmaschinerie. „Aber auch der Nomade ist nicht notwendig jemand, der sich bewegt: es gibt Reisen auf der Stelle, Reisen an Intensität und selbst geschichtlich sind die Nomaden nicht jene, die sich nach der Art von Wanderern bewegen, sondern im Gegenteil diejenigen, die sich nicht bewegen und sich nur nomadisieren, um am gleichen Platz zu bleiben, indem sie den Codes entgehen. Man weiß sehr wohl, dass das heutige revolutionäre Problem darin besteht, eine Einheit der punktuellen Kämpfe zu finden, ohne in eine despotische und bürokratische Organisation des Staatesapparates zurückzufallen (...)“ (Deleuze 1979: 120). Guattari präzisierte in einem Interview diese Vorstellung und meinte, mit der nomadischen Kriegsmaschine sei auch die Stadt-Guerilla in Europa gemeint. Wie wir heute wissen, sind die Versuche im „nomadischen“ Leben des Kampfes im Untergrund emanzipatorische Strukturen aufzubauen genau so gescheitert wie der Staatssozialismus. Um Deleuze/ Guattari gerecht zu werden, muss allerdings betont werden, dass das Nomadische auch auf das Denken gezogen war, das nach Deleuze/Guattari niemals codiert und reterritorialisiert werden soll. Das Nomadische ist subversiv, weil es nicht integriert und repräsentiert werden kann, so hofften die beiden damals.

Uwe Lindemann zeigt, wie heute TheoretikerInnen diese Überlegung in das „nomadische Informationszeitalter“ übertragen. Das „New Yorker Critical Art Ensemble“ entwickelte die Idee eines nomadischen Guerillakrieges im Internet. Nach den punktuellen und blitzartigen Angriffen würden die Kämpfer der nomadischen Kriegsmaschinerie wieder in den Weiten des Netzes verschwinden. Wie der glatte Raum der Wüste oder des Meeres, so sei auch das Internet horizontal, heterogen und flach strukturiert (Lindemann 2002: 225). Seit dieser Idee von 1994 haben Staat und Konzerne viele neue Technologien entwickelt, um User ausfindig zu machen und den virtuellen Raum des Internets zu kontrollieren. Immerhin konnte 1997 „Global Zapatista Internet Resistance“ nach einem Massaker durch das Militär in Chiapas mit massenhaften E-Mails die Seiten der mexikanischen Regierung lahm legen. Wohin sich eigentlich das emanzipatorische Potential der Idee der nomadischen Kriegsmaschinerie verflüchtigt hat, fragt man sich, wenn man das Fazit von Lindemanns Artikel liest: „Was insbesondere die palästinischen Selbstmordattentate und der Anschlag vom 11. September 2001 zeigen, ist, dass minoritäre Deterritorialisierungsprozesse im Sinne der nomadischen Kriegsmaschinerie niemals durch majoritäre

Reterritorialisierungs- und Disziplinierungsprozesse unterdrückt werden können" (ebenda: 232). Die Bemühungen des Staates glatte Räume wie die Wüste, die Luft, das Meer und das Internet vollständig einzukerben und zu kontrollieren, seien zum Scheitern verurteilt. Was sagt uns das, außer dass der Kampf gegen die herrschende Weltordnung auch in eine andere Form der Barbarei führen kann?

Die Begriffe von Deleuze/Guattari werden aber auch im Zusammenhang mit neoliberaler Ideologie gebraucht. Ladewig/Mellinger warnen in ihren Artikel „When in doubt: go nomad – Zur Gegenwart des Nomadischen" davor, den Begriff von Deleuze zur Idealisierung der neoliberalen „Patch Work family", „Patch Work Life" oder des Freelancertums zu benutzen. Die neuen Formen von Mobilität würden zu einer weiteren Unterwerfung des Lebens unter Konsum und Kapital führen. Nur die extrem gut und schlecht bezahlten Arbeitskräfte würden die Kategorie des Nomadischen erfüllen. Der Manager, der für seinen Global Player um die Welt zieht, könne wohl kaum eine subversive Figur sein. Bezogen auf die Armen würde hingegen die Not, die die Mobilität verursacht, zur Tugend gemacht. „Denn Lust an Mobilität kann nur empfinden, wer eine Heimat hat, eine Bleibe, die sich mit Wohlsein und Sicherheit verbindet. Das gegenwärtige Konzept des Arbeitsnomaden verdankt sich jedoch gerade einer Befreiung des Nomadischen aus den Fesseln eines sesshaften, despotischen Diskurses, der sich (...) mit Deleuze/Guattari folgenreich ausbreiten konnte" (in: Meschnig/Stuhr 2003: 53). Zum einem ist es unsinnig, Deleuze/Guattari für die mobile „Ich-AG" verantwortlich zu machen. Zum anderen ist es problematisch zu behaupten, dass die MigrantInnen und schlecht bezahlten ArbeiterInnen die Mobilität nur als Belastung betrachten würden. Nicht jeder arbeitslose Sachse empfindet es als schlimm, in Tirol eine Kochausbildung zu machen. Für Millionen chinesischer WanderarbeiterInnen bedeutet die Arbeit in der Stadt das Entkommen aus den patriarchalen Strukturen der Heimatdörfer, auch wenn die Arbeitsbedingungen extrem hart sind. Ebenso empfindet nicht jede MigrantIn starkes Heimweh und will unbedingt in sein/ihr Heimatland zurückkehren. Ladewig/Mellinger vikitimisieren die mobilen ArbeiterInnen und MigrantInnen. Trotzdem haben sie sicher Recht, dass die grenzenlose Freiheit des mobilen Lebens im Kapitalismus nur eine hohle Phrase ist.

Wie mein Artikel klar gemacht hat, ist die Mobilität sowohl für Staat und Kapital als auch für die ArbeiterInnen eine zwiespältige Angelegenheit. Mobilität ist ein umkämpftes Feld, auf dem Klassenkampf stattfindet. Wer davon mehr profitiert, hängt von dem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis ab und von dem Willen der Kämpfenden, die Deterritorialisierungen und Reterritorialisierungen, die von Kapital und Staat produziert werden, zu durchbrechen. Weder sollten wir wie Negri/Hardt Mobilität und Nomadentum als „Ausdruck einer Verweigerung und der Suche nach Befreiung" begreifen (Negri /Hardt 2003: 224) noch wie Oskar Lafontaine glauben, dass die Verteidigung des „Standorts Deutschland" gegen alle Mobilen („Heuschrecken" und „Fremdarbeiter") die Bedingungen für den Lohnkampf verbessern würde. Am Ende möchte ich dennoch einen Vorschlag von Negri/Hardt aufgreifen: „Es wäre in der Tat interessant, eine allgemeine Geschichte der Produktionsweise aus der Sicht des Mobilitätsstrebens der Arbeiter zu schreiben (...) statt die Entwicklung lediglich unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, dass das Kapital die technischen Arbeitsbedingungen reguliert. Eine solche Geschichte würde die Marxsche Vorstellung von den Stufen der Arbeitsorganisation, die zahlreichen Autoren (etwa Polanyi) als theoretischer Bezugsrahmen diente, grundlegend neu aussehen lassen" (Negri/Hardt 2003: 225).

**E-Mail: paul.pop@inode.at**

**Literatur:**

**Dahrendorf, Ralf** (1968): Die angewandte Aufklärung, Fischer, Frankfurt (M).

**Deleuze, Gilles / Guattari, Felix** (1974): Anti-Ödipus – Kapitalismus und Schizophrenie, Suhrkamp Frankfurt (M).

**Deleuze, Gilles** (1979) Nietzsche – Ein Lesebuch, Merve Verlag, Berlin.

**Dünne, Jörg** (2006) [Hrsg.]: Raumtheorie: Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften, Suhrkamp, Frankfurt (M)

**Foucault, Michel** (2006) Sicherheit, Territorium und Bevölkerung – Geschichte der Gouvernementalität 1, Suhrkamp, Frankfurt (M).

**Karuscheit, Heiner / Schröder, Alfred** (1993): Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus, VTK Verlag, Gelesenkirchen.

**Lindemann, Uwe** (2002): Das Ende der jüngeren Steinzeit – Zur nomadischen Raum-, Macht- und Wissensbegriff in der neueren Kultur- und Medientheorie, in: Maresch / Weber (2002); Raum – Wissen – Macht, Suhrkamp, Frankfurt (M).

**Marx, Karl** (1951) Das Kapital, Band 1, Dietz Verlag, Berlin.

**Meschnig, Alexander / Stuhr, Mathias** (2003): Arbeit als Lebensstil, Suhrkamp, Frankfurt (M).

**Negri, Antonio / Hardt, Michael** (2003) Empire – Die neue Weltordnung, Campus, Frankfurt (M).

**Rheinheimer, Martin** (2000) Arme, Bettler und Vaganten – Überleben in der Not 1450-1850, Fischer, Frankfurt (M).

**Stalin, Josef** (1959): Gesammelte Werke, Band 13, Dietz Verlag, Berlin.

**Walther, Herbert** (1999): Ökonomische Funktionen der österreichischen Abfertigungsregelung - im Lichte von Theorie und Empirie, in: http://www.wu-wien.ac.at/inst/vw1/gee/papers/gee!wp02.pdf

**Yang, Siyuan** (2005) Zhongguo nongmingong de zhengzhi jingjixue kaocha [Investigation the political economy of the peasant workers in China], Zhongguo jingji chubanshe, Beijing

# Colectivo Situaciones

# Die Politisierung der Trauer

*Übersetzt von Birgit Mennel in Zusammenarbeit mit Tom Waibel und Stefan Nowotny, deren zahlreiche Kommentare, Anregungen und Überarbeitungsvorschläge diese Übersetzung möglich und auch lehrreich gemacht haben.*

Mehr als fünf Jahre nach den Aufstandsereignissen in jenem argentinischen Dezember 2001 stellen wir fest, wie sehr sich unsere Interpretationen und seelischen Verfasstheiten durch jenes Ereignis veränderten. Für viele von uns begleitete ein Gefühl der Trauer eine bestimmte Phase dieses verschlungenen Werdens. Dieser Text versucht einen Moment der Aufarbeitung „jener Trauer" zu bergen, und zwar in doppelter Absicht: Einerseits wollen wir zeigen, dass die Berufung auf einen offenen Prozess mit der Überwindung der Vorstellungen von „Sieg und Niederlage" einhergeht, die dem vorhergegangenen Politisierungszyklus angehören, der durch die Übernahme der Staatsmacht als letztem emanzipatorischen Horizont gekennzeichnet ist. Andererseits möchten wir von einer Vorgehensweise berichten, die es uns in einem bestimmten Moment ermöglichte, ein intime Empfindung von Personen und Gruppen „öffentlich zu machen" und dergestalt unseren Einsatz im derzeitigen historischen Prozess wiederzufinden. Die Streuung dieses Textes ist ein wichtiges Moment in der Herstellung einer solchen Öffentlichkeit.

Die Trauer folgte auf das Ereignis: Im Anschluss an das politische Freudenfest – aus Sprachen, Bildern und Bewegungen – stellte sich eine reaktive und zerstreuende Dynamik ein. Damit ging jenes Moment einher, das später als Verringerung der durch das Ereignis ins Spiel gebrachten Fähigkeiten zur Öffnung und Innovation erlebt wurde. Auf die Erfahrung der sozialen Erfindung (die immer auch die Erfindung von Zeit impliziert) folgte ein Moment der Normalisierung. Das „Ende des Fests" wurde ausgerufen und die gelebte „Ausnahme" mit einem Ablaufdatum versehen. Nach Spinoza besteht Trauer in einem Getrenntsein von unseren Mächten, von dem, was wir vermögen. Unter uns nahm die politische Trauer oftmals die Form von Unvermögen und Melancholie an, und zwar angesichts der wachsenden Distanz zwischen jenem sozialen Experiment und der politischen Vorstellungskraft, die zu seiner Entfaltung fähig war.

Als Losung beinhaltet die Politisierung der Trauer einen Versuch von Widerständigkeit: Die erneute Verständigung darüber, was in jenem kollektiven Experiment in einer neuen Dynamik des Öffentlichen aufblitzte, denn, weit davon entfernt, entwichen oder unterbrochen zu sein, liegt der damals offene Prozess den Mustern, die im gegenwärtigen Argentinien anzutreffen sind, als Dilemma zugrunde. In diesem Kontext und unter dieser Losung traf sich daher - immer montags, im Verlauf




von mehreren Wochen Ende des Jahres 2005 - ein vielfältiger Zusammenschluss von Kollektiven, die in den letzten Jahren in Argentinien die gelebte Erfahrung politischer Transversalität miteinander geteilt hatten: Grupo de Arte Callejero (GAC, Gruppe für Straßenkunst), die mit Bildungsfragen beschäftigte Gemeinschaft Creciendo Juntos (Gemeinsam Wachsen), das Movimiento de Trabajadores Desocupados (MTD, Bewegung der Arbeitslosen) der Stadtteile Solano und Guernica, das Kommunikationskollektiv lavaca sowie das Colectivo Situaciones.

Die Neugier unserer compañeros des auf Moskau und Petersburg verteilten Zeitungskollektivs „Chto Delat" (Was tun?) führte dazu, dass wir den Aufzeichnungen dieser vor mehr als einem Jahr stattgefundenen Treffen, erneut begegneten. Wir extrahierten zunächst eine Reihe von Mechanismen zur Verallgemeinerung der Trauer und setzten diese in einen Zusammenhang mit den sie organisierenden Kräften (I. Die politische Trauer); daraufhin untersuchten wir die Eigenschaften einer Neuzusammensetzung, die der Trauer widerstehen kann (II. Die Politisierung der Trauer). Die Niederschrift dieses Textes erzählt das damals Diskutierte unweigerlich aus unserer eigenen Perspektive, was - ebenso unvermeidbar - impliziert, dass die Erzählung in der Hitze einer nach wie vor andauernden Dynamik erfolgt.

### I. Die politische Trauer

1. **Die Logik der SpezialistInnen** gewinnt die Oberhand: „Wenn du Politik machst, mach Politik; wenn du dich der Kunst widmest, sollst du keine Politik machen, denn in der Kunst gehen wir mit Bildsprache und Ästhetik um und können darüber befinden, was Kunst ist und was nicht." Dieselbe Art von Grenze wird seitens der Sozialwissenschaften sowie der Philosophie gezogen: Es muss unterschieden werden, wer zur Begriffsschöpfung und zum legitimen Gebrauch sozialer Forschung befähigt ist und wer sich der „politischen Propaganda" hingibt. Die SpezialistIn arbeitet mit Kategorisierungen, die zur Folge haben, das Produzierte „abzusondern" und zu entkontextualisieren, um es der geschlossenen Sprache eines scheinbar autonomen und besonderen „Feldes" unterzuordnen. Auf diese Weise gelingt den Kategorien der SpezialistInnen, nach einer Zeit der „Unordnung", die Wiederherstellung und Wiedererweckung von Klassifikationen, die sich - und darauf setzen sie - niemals vollständig auflösen. Die SpezialistIn fordert eine Distanzierung von der gelebten Erfahrung, denn gerade in dieser Abwendung kommt ihre eigene „kritische Fähigkeit" zum Vorschein. Die von ihr realisierte Analyse sieht von den politischen Handlungen ab, die den Anstoß zu einem Werk, einer Parole oder einer Bewegung gaben. Der Effekt läuft auf eine Entpolitisierung hinaus.

Weiters gibt es die PolitikexpertInnen, die die Unordnung in einem entgegengesetzten Sinn organisieren: „Hast du keine bestimmte Machtstrategie, dann ist die Politik wohl nicht ‚dein Ding', sondern eher ‚sozialer Aktivismus', Fürsorge, Journalismus, Gegenkultur usw." Auf diese Weise wird die in jeder Schöpfung politischer Figuren vorausgesetzte Hybridisierung absichtlich mit einem Kostümfest verwechselt, nach dem dann die alten klassifizierenden Mächte neuerlich Uniformen verteilen.

Dennoch setzt die Hybridisierung eine gewisse Unumkehrbarkeit voraus: Ein soziales Tun, das eine untergeordnete Eingliederung ins Spiel der neuen Regierungsformen ebenso wenig akzeptiert wie seine Reduktion auf ein bloßes Studienobjekt; eine Art von mikropolitischer Untersuchung, die sich der Umwandlung in eine Doktrin widersetzt; eine Ausdrucksform der Straßen und Gassen, die einen neuen modischen Kanon aufblitzen lässt; oder auch Kommunikationsformen, die sich nicht in Richtung einer erneuerten Knechtschaft in den großen Medien regulieren lassen.

2. **Wiederholung ohne Differenz**. Die Schlüssel der (ausdrucksstarken und organisatorischen) Produktivität, die sich in einem Moment kreativer Erregung (wie jener, den wir im Jahr 2001 kennen lernten) erahnen ließ, macht „Zusammenschlüsse" zwischen Personen und Gruppen ebenso möglich wie Sprachvermischungen, in denen die UrheberInnenschaft dessen, was zutage tritt, weit weniger wichtig ist als die Frage, an welchem Punkt sich die Energien

verfestigen. Selbst wenn diese Effekte tausend und einmal wieder erlebt werden können, halten sie doch ihrer Wiederholung außerhalb der sinnstiftenden Situationen nicht stand, ohne sich in eine Formel zu verwandeln. Die Trauer entspringt der Erkenntnis dieser Entwurzelung, als Politik perfektioniert sie sich aber erst dann, wenn die bloße Wiederholung sich in einer zur Anwendung bereiten Formel verdichtet und behauptet. Was in diesem Automatismus der Formel erstarrt, ist unsere eigene Fähigkeit zur Verzeitlichung des Prozesses. Wenn die Schöpfung der Zeit auf dem Eröffnen von Möglichkeiten beruht, dann verhindert die politische Trauer im Allgemeinen die Verarbeitung des Erlebten als gegenwärtige und zukünftige Möglichkeit. Das lebendige Vergangene erstarrt, da seine Verarbeitung als politische Erinnerung unterbrochen wird. Die Melancholie lähmt uns, weil sie jede virtuose Verbindung zwischen dem erlebten Vergangenen und der Gegenwart als Möglichkeit blockiert. Was in einem bestimmten Moment noch Erfindung war, wird mithin als Modell und Vorschrift entstellt.

3. **Die Dauer als Gültigkeitskriterium**. Die Jahre 2001 bis 2003 wurden von der Frage begleitet, wie sich die Gruppen und Bewegungen miteinander in Beziehung setzten, welche Art von gemeinsamen Aufgaben durch einen Zusammenschluss möglich wurden sowie welche Aufgabenstellungen derartig flexible Bündnisse unterbanden. In jeder Gruppe bzw. in jedem (künstlerischen, politischen oder sozialen) Kollektiv ging die Fragestellung aus den Praxen hervor, die sich jenseits dieser Gruppen bzw. Kollektive, in einem gemeinsamen Außen entfalteten.

Ein zentraler Gedanke zur Ermächtigung dieser Begegnungen bildete die Idee der „dritten Gruppe“: Gruppierungen aufgrund von Aufgabenstellungen, die nicht nur die Differenzen zwischen den Gruppen verringerten, sondern diese zugleich in regelrechten Bild-, Wort- und Organisationslaboratorien miteinander verknüpften. In ihrem Streben nach Vereinfachung kommt die Trauer zu dem Schluss, dass die zeitliche Begrenztheit des Experimentierens ausreicht, um es in seiner Bedeutung herabzuwürdigen und jenes erahnte „gemeinsame Außen“ ebenso verschwinden zu lassen wie die Verfahren, die dazu bestimmt waren, diesem Außen eine Form zu geben. Dies löst zugleich den tieferen Sinn des Prozesses auf.

4. **Geringschätzung der Sozialisierung der Produktion**: „Ein Werk ist nicht das Erbe der ProduzentIn.“ „Jede/r kann Bilder oder Konzepte, Affekte oder Kampfformen, Kommunikationsmittel oder Ausdrucksweisen hervorbringen.“ Diese Aussagen machten Sinn, solange durch eine Art unpersönliche kollektive Produktion Verfahren in Umlauf gebracht und Erfahrungen eines Schaffens sozialisiert werden konnten. Eine Logik der „Ansteckung“ durchdringt in bestimmten Momenten die Kampfformen ebenso wie die Ebene der Bilder und Untersuchungen, da sie die Kontrolle, welche die Unternehmen und ihre Marken im Reich der Zeichen entfalten, in Frage stellt. Die normalisierende Reaktion stellte sich im Anschluss daran ein, um diese virale Ausbreitung über eine Rekodifizierung der zirkulierenden Bedeutungen zu bändigen und dergestalt erneut die Befehlsgewalt über sie zu erlangen.

Der Normalisierung auf dieser Ebene standen verschiedene Prozeduren zur Seite:

Die Sinnentleerung kollektiver Losungen mittels ihrer Literalisierung (gewaltsame Verkürzung ihrer Virtualitäten), wie beispielsweise im Falle des „Que se vayan todos“ (Alle sollen abhauen) vom Dezember 2001;

die Unterstellung eines verborgenen Sinns, Ergebnis der „Manipulation“, als gewohnheitsmäßige Lesart der Phänomene kollektiver Kreativität („Hinter einer jeden autonomen und horizontalen Tendenz verbirgt sich nur eine List der Macht ...“ oder auch: Jede „scheinbar spontane“ Mobilisierung findet ihre „geheime Wahrheit“ in den Machtformen, die sie im Schatten „orchestrieren“);

die gängigsten Vorurteile eines „reaktiven Ökonomismus“, die in tausenden Phrasen dieser Art ihren Ausdruck finden: „Die Piqueteros wollen nur Geld, ohne dafür zu arbeiten“; „die Mittelschicht geht nur dann auf die Straße, wenn ihr in den Geldbeutel gegriffen wird“ sowie all die anderen Formen, das subjektive Spiel auf die Finanzkrise zu reduzieren;

das Unterschätzen der kreativen Hybridisierung, die durchwegs als Mangel an Feldspezifika verstanden wird und nicht als erfindungsreiche Verfasstheit der Figuren und Verfahren;

die mechanische Identifikation der „Mikro-“ Ebene mit dem „Kleinen“, ein apriorisches Urteil, demzufolge die konkreten Formen der Revolte mit einem vorgängigen, lokalen, außerordentlichen Moment gleichgesetzt werden, das abgesondert von einer (größeren) „Makro-“ Wirklichkeit existiert und entsprechend den Richtlinien verwaltet werden muss, die der kapitalistischen Hegemonie und ihren Systemen der Überkodifizierung entspringen.

5. **Die Vereinnahmungsapparate**. Das klassische Dilemma hinsichtlich der Institutionen - sich mit ihnen einlassen oder sich entziehen? - wurde in gewisser Weise zum Zeitpunkt der größten sozialen Tatkraft überwunden. Die Mittel, die die Kollektive und Bewegungen den Institutionen abnötigten, gaben weder den „Sinn" ihrer Verwendung noch ihres Funktionierens vor. Sie wurden sogar im Gegenteil zum Getriebe einer anderen Maschine, die der Art und Weise, sich mit jenen Institutionen in Beziehung zu setzen, einen anderen Sinn verlieh, ohne jedoch einfältig zu sein, und dergestalt praktisch unter Beweis stellte, wie jene Dynamik von einem Kräfteverhältnis abhing. Das Auftauchen all dieser außerinstitutionellen Verfahren, das mit dem Moment der größten Präsenz und Wortgewalt der Bewegungen in der öffentlichen Sphäre zusammenfiel, zielte auf eine radikale Demokratisierung der Beziehung zwischen den kreativen Dynamiken und den Institutionen, dem Sinngehalt und den Mitteln. Die Institutionen, die eine Verständigung über die Bedeutung jener Neuheiten anstrebten, gingen zumeist nicht über eine teilweise Erneuerung hinaus: Nicht, weil sie die von Bewegungen und Kollektiven ins Spiel gebrachten Prozeduren ignorierten, sondern weil sie die umstrukturierenden Folgen der institutionellen Dynamik vergaßen, die derartige Instanzen verursachten; nicht, weil sie danach trachteten, den Absichten der Bewegungen einen entgegengesetzten Sinn zu verleihen, sondern weil sie die den Bewegungen eigene Ebene unterschätzten als den Ort, an dem die mit der Sinnproduktion einhergehenden Probleme aufgeworfen werden.

6. **Die Autonomie als Korsett**. Bis zu einem gewissen Moment war die Autonomie beinahe gleichbedeutend mit der Transversalität zwischen den Kollektiven, Bewegungen und Personen. Diese positive Resonanz bot ein Entwicklungsterrain für einen instituierenden Dialog abseits des Kapitalkonsenses und der alternativen „Herren" der Parteiapparate. Aber wenn die Autonomie zur Doktrin wird, verliert sie ihre Empfindsamkeit gegenüber der Transversalität, aus der sie sich speist und der sie ihre wirkliche Macht schuldet. Wenn sich die Autonomie in eine Moral und/oder eine eingeschränkte politische Linie verwandelt, erstickt sie in einer engen Partikularität und verliert ihre Fähigkeit zur Öffnung und Innovation. Den autonomen Gruppen und Bewegungen erscheint die Trauer als drohende Kooptierung oder als Ende der Suchbewegung. Sie empfinden sie außerdem als Schuldvorwurf wegen dem, was sie nicht taten, wozu sie „nicht fähig waren", oder als genau jenes paradoxe Werden der Normalisierung, das als eine Konsequenz ein bestimmtes Maß an Ressentiment mit sich bringt.

7. **Plötzlich im Rampenlicht**. Die Performanz der Massen, Voraussetzung für jenes Aufblitzen der Gegenmacht in Argentinien Ende 2001, wurde begleitet von einer schonungslosen Veränderung der Landkarte relevanter AkteurInnen aber auch der Parameter für das Verständnis und den Umgang mit diesem neuen sozialen Protagonismus. Die (vielleicht unvermeidbare) Spektakularisierung produziert das Spektakel: Sie instituiert Stars und etabliert anerkannte Stimmen. Das Konsumverhältnis mit den „heißen" Konfliktzonen führte zu einen erbarmungslosen Stimmungswandel, im Zuge dessen die Kollektive und Bewegungen zuerst beobachtet, beklatscht, begleitet und ausgezeichnet wurden, um sodann unerwartet ignoriert, ja sogar verachtet zu werden, was für gewöhnlich mit einer Mischung aus extremer Einsamkeit, Enttäuschung und Schuldbewusstsein erlebt wurde.

## II. Die Politisierung der Trauer

Die Trauer zu politisieren bedeutet, entgegen möglicher anderer Interpretationen, nicht, „von" ihr zu sprechen und sie zu bedenken, sondern von ihrer Realität auszugehen: sich „in" und „gegen" die Trauer zu verhalten. Eine Politik „in" der Trauer darf nicht als traurige Politik verstanden werden. Als genaues Gegenteil einer Politik der falschen Feierlichkeit, die tatsächlich elend und im Wesentlichen melancholisch ist, strebt die Politisierung der Trauer danach, dieser die Freude an der Politisierung entgegenzuhalten: Eine Einübung in die Wiederaneignung und Neuinterpretation des bis dato Erreichten als Prozess und nicht als bloße Faktizität, die sich uns auferlegt. Der Gehalt dieser Suchbewegung lässt sich in einigen Punkten darlegen:

1. E**ine neue Intimität**, die eine Neukombination zwischen spontanerer und unmittelbarerer Handlung ebenso aufrecht zu erhalten vermag wie Projekte, die nach einer größeren Nachhaltigkeit in der Zeit und einem vorsichtigeren Alltag verlangen, in dem ein Hören und Gehört-Werden selbst dann noch möglich sein soll, wenn die Zufälligkeiten der Wahrnehmung noch schwankender werden. Es handelt sich darum, mehr Souveränität über die Dimensionen des täglichen und kollektiven Lebens zu erlangen, um so, in Ruhe, eine Erneuerung im Zusammenwirken zeitlicher und existenzieller Ebenen zu erarbeiten.

2. **Hervorbringung des Ereignisses** angesichts der Erinnerung als Macht. Das mit Vermögen beladene Vergangene ist ein für die verschiedensten Interpretationen offenes Terrain. Es geht nicht darum, sich mit der Vergangenheit zu rühmen und in Erwartung einer buchstäblichen Wiederholung zu

verharren, vielmehr gilt es, das Vergangene als Inspirations- und Wissensquelle auf der stetigen Suche nach neuen Öffnungen zu erarbeiten. Der Prozess läuft nicht auf Niederlagen und Siege hinaus, aber dennoch ist es möglich, dass wir erstarrt und von seiner Dynamik entfernt bleiben. Einstmals erfolgreiche Formen und Formeln widerlegen zu lernen, darf kein Phänomen im Bereich der Reue oder Heuchelei sein. Im Gegenteil: Uns von der Art und Weise „loszumachen", in der wir an der Melancholie festhalten, kann nur im Rahmen einer neuerlichen Hinwendung zum Prozess fruchtbringend sein, der uns auch abverlangt, unsere Empfindsamkeit und Intuition hinsichtlich der Möglichkeiten wachzurufen. Eine bestimmte Form loszulassen, kann demnach nur bedeuten, alle Formen als Möglichkeiten zurückzugewinnen, sich mit einem richtigen politischen Erinnerungsvermögen zu wappnen.

3. **Keine Opferhaltungen**. Sich der Trauer zu stellen, erlaubt Formulierungen, die in der vormaligen „Niederlage" verschlossen blieben: Schloss uns die Niederlage über einen langen Zeitraum (den des „Triumphs der anderen", der KapitalistInnen und UnterdrückerInnen) aus dem Spiel aus, so verweist die - bescheidenere - Trauer nur auf unsere momentane Entkoppelung in einem dynamischen Prozess, der jedoch keineswegs als lang währende, periodisch (durch Krisen der Herrschaft) unterbrochene (Stabilisierungs-) Phase verstanden werden muss, sondern vielmehr als ein kontinuierlicher, immer wieder vom politischen Kampf durchkreuzter und durchkreuzbarer Prozess. Dass Macht traurig macht, liegt auf der Hand! Aber gerade darum verweigert die Politik im Prozess den Gehorsam und kehrt zum eigenen Vermögen zurück (so gering es auch sein mag). Bedeutet die Trauer vor allem eine Unterbrechung des Prozesses, dann genügt eine Opferhaltung nicht, da sie nur eine andere Form ist, sich in der Trauer einzurichten. Die Trauer ist nicht nur eine Politik der Macht, sondern - und vor allem - der Umstand, in dem die Machtpolitiken Macht erlangen.

4. **Die Macht der Enthaltung**. Bestätigt sich die Macht des Tuns in der demokratischen Souveränität, die wir darin aktualisieren können, dann kann die Umsicht der Politisierung der Trauer vielleicht als ein „Sich-Enthalten" verstanden werden, in dem die Ruhe und die scheinbare Passivität ihren aktiven und subjektiven Gehalt radikal bewahren. Ein „Ich möchte lieber nicht", das nicht aufgeht in der bloßen Entsagung rückläufiger Kräfte, die über die Welt hereinzubrechen drohen, sondern - im Gegenteil - als Form der Besonnenheit begriffen werden muss, die darauf beruht, nicht aufzuhören, sich Zeit, Worte und eigene Konturen zu geben. Eine grundsätzliche Bereitschaft, ungeachtet jeder Prophezeiung und jedes „trotz allem". Kein Sich-Seinlassen, sondern das völlige Gegenteil: Eine scheinbare Unveränderlichkeit, die es uns erspart, mitgerissen oder einfach bezwungen zu werden und demzufolge ein aufmerksames und flinkes Denken verlangt.

5. **Neue öffentliche Räume**. Die öffentliche Existenz instituiert sich unausweichlich in der Form, in der wir in Erscheinung treten und ein Erscheinen, das Fragen stellt, ist ein radikal politisches Erscheinen. Und selbst dort, in den Erscheinungen, genügt die Unterscheidung zwischen selbstgefälligen Fragen und jenen anderen, die tatsächlich danach trachten, die Dynamiken der Prozesse zu erfassen. Die Institution öffentlicher Räume, in denen wir, willens auf den Situationsgehalt zu hören, mit unseren wirklichen Fragen in Erscheinung treten, verlangt keine außergewöhnlichen Bedingungen, aber doch eine nichtstaatliche Institution des Kollektiven. Es handelt sich in jedem Fall um das, was die Mujeres Creando (Schöpferische Frauen) „konkrete Politiken" nennen und in deren Dynamiken wir uns im letzten Jahr wiederfinden konnten. Die Schaffung des nichtstaatlichen Öffentlichen, eine Untersuchung der Formen seiner Institution sind konkrete Möglichkeiten, nicht in der Zuweisung von Orten gefangen zu bleiben, die uns die Normalisierung auferlegen möchte.

6. **Die erneute Herstellung des Kollektiven**. Das Kollektive als Prämisse und nicht als Sinn oder Ziel: Das heißt, nicht nur als Fortdauern einer bestimmten Interventionsform, geeignet für einen Zeitraum, sondern auch als jener „Rest", der einer Anstrengung von erneutem Zuhören und Übersetzen entspringt. Das Kollektive nicht nur als Koordinierung von Aktivitäten und Parolen, sondern auch als vorsichtige Voraussetzung zur Entfaltung einer neuen Wahrnehmung, ganz ohne apriorische Schemata hinsichtlich der Formen der Gruppenbildung selbst. Das Kollektive als politische Produktionsebene, als Entwicklung der Kooperation und zugleich als wechselseitiges Geleit in der Erfahrung. Es geht nicht um Gruppenformeln, sondern darum, Schlüsselbegriffe und Fragen zu erarbeiten, in Situationen zu intervenieren und schließlich das Kollektive selbst wieder hervorzubringen. Das Gemeinschaftlich-Kollektive stellt immer eine Herausforderung zur Öffnung auf die Welt dar. Nicht bloß eine Anschauung des „Außen", in den Begriffen der klassischen Topologie von Innen und Außen, die zwischen einem „gemeinschaftlichen Innen" und einem „äußerlichen Außen" unterscheiden würde, sondern vielmehr als KomplizInnenschaft in jenem

Abenteuer, das darin besteht, sich in eine situationsbezogene Zwischenphase in der Welt zu verwandeln. Kollektive nicht nur als Agitationsgruppen (oder ihr Widerpart, als Selbsthilfegruppen), sondern als lebendige Instanzen der Erarbeitung. Das Kollektive ist also auch kein Aktivismus des Sichbewegens, sondern vielmehr eine neue Kraft zur Partizipation im Prozess, und zwar durch mannigfaltige und variable Tonarten.

### III. Die Transformation des Augenblicks und die „Anerkennung" denken

Zum Schluss eine Hypothese: Die aktuelle Dynamik schafft Platz für das, was wir eine „neue Regierbarkeit" nennen könnten (neue Legitimationsmechanismen der Eliten, aber auch Innovationen in der Art und Weise, das Verhältnis zwischen Regierung und Bewegungen, zwischen internationaler Politik und „Innen-" Politik zu verstehen; eine neue Auffassung von regionaler Integration und globalem Multilateralismus). Die Trauer fortzusetzen, kommt einer Isolierung in dieser neuen Phase des Prozesses gleich.

Als „Übersetzung" des Ereignisses gewährt die „neue Regierbarkeit" den instituierenden Dynamiken Anerkennung und eröffnet nicht erträumte Spielräume in der dem reinen und harten Neoliberalismus vorgängigen Phase. Dennoch erweist sich diese Anerkennung als formal und beschränkt; ja, manchmal sogar nur als taktische List, um die alten Strukturen und Konzeptionen zu erhalten. Die Ambivalenz der gegenwärtigen Situation drückt sich darin aus, dass die kollektiven instituierenden Dynamiken zwar anerkannt werden, gleichzeitig jedoch eine Anstrengung zu ihrer Kontrolle und Neuorientierung unternommen wird. Weder bleibt Raum für ein „Erfolgsgefühl" wegen Ersterem, noch für ein Gefühl des „Scheiterns" wegen Zweiterem. Mit der Drift von der politischen Trauer zur Politisierung der Trauer suchen wir nach Möglichkeiten, diese Dilemmas aufzugreifen, die sich uns auftun angesichts des immer gegenwärtigen Risikos, dass wir uns in fixen und daher illusorischen Binaritäten verlieren, die als Sieg/Niederlage, Erfolg/Misserfolg in Erscheinung treten. Paolo Virno fasste das, womit wir heute konfrontiert sind, folgendermaßen zusammen: Jenseits des verderblichen Oszillierens zwischen Kooptierung und Marginalisierung setzt die Möglichkeit einer „neuen Reife" ein.

**Buenos Aires, 13. Februar 2007**

# Alex Demirovic

# Kritik und Wahrheit
# Für einen neuen Modus der Kritik[1]

### 1. Mit der Kritik von vorn beginnen

Das Verhältnis von Kritik und Wahrheit scheint einer langen ideologiekritischen Tradition gemäß sehr einfach zu sein. Die Kritik spricht im Namen einer Wahrheit und weist nach, dass sich eine Erscheinung vor sie schiebt. Die Erscheinung hat zwar noch etwas mit dem Wesen der Dinge zu, deren Erscheinung sie ist; trotzdem ist sie falsch, entweder weil sie nur ein begrenzter Aspekt ist oder aber, weil sie eine Täuschung darstellt. Jene Hinterwelt des Wesentlichen kann als Wahrheit bestimmt werden: Die Menschen sind eigentlich gleich und frei, sie sind wesentlich kommunikativ oder politisch. Die Kritik erscheint selbst bloß als ein negativer Akt des Freilegens, ein Akt, dem als solchem wenig Aufmerksamkeit gezollt werden muss. Das ganze Modell dieser Art von Kritik und Wahrheit erscheint uns heute nicht mehr plausibel: Die Oberfläche des Scheins nehmen wir ernster, an die Hinterwelt einer tieferen Wahrheit glauben wir nicht mehr, denn Wahrheit ist eine kollektive Praxis, die wir vollziehen. Vor allem aber hat die Aktivität der Kritik ihre Selbstverständlichkeit verloren. In einer materialistischen Perspektive nehmen wir heute die Praktik der Kritik selbst in den Blick und fragen uns, was wir tun, wenn wir kritisieren, welche Macht wir ausüben und wohin uns die Kritik führen wird. Diese Wendung im Verhältnis zur Kritik hat offenkundig in den 1960er Jahren stattgefunden.

Wohl zu Recht behauptet dies Michel Foucault in seiner Vorlesung vom 7. Januar 1976. „Seit zehn oder fünfzehn Jahren sind Dinge, Institutionen, Praktiken, Diskurse in einem ungeheuren und ausufernden Maße kritisierbar geworden; die Böden sind irgendwie brüchig geworden, selbst und vielleicht vor allem jene, die uns am vertrautesten und festesten erschienen und uns, unserem Körper, unseren alltäglichen Gesten am allernächsten.“ (Foucault 1977a, 217) In diesem Prozess sei etwas Unvorhergesehenes geschehen. Die Theorien, die die lokal verwendbaren Instrumente der Kritik zur Verfügung gestellt haben, also Marxismus und Psychoanalyse, erweisen sich insofern als hemmend, als sie umfassende, umhüllende Theorien sein wollen. Mit der Entfaltung der lokalen Kritik wurde die diskursive Einheit jener Theorien jedoch zerstört, zerfetzt, zerrissen, verschoben, karikiert, theatralisiert. In einem im selben Jahr geführten Gespräch weist Foucault auf die Folgen hin. Es gebe keine Orientierung mehr, Vorbilder des politischen

6

Handelns seien entwertet durch die im Namen der Theorie ausgeübte Gewalt. „Die Linke, das ganze Denken der europäischen Linken, das revolutionäre europäische Denken, das seine Bezugspunkte in der ganzen Welt hatte und sie auf ganze bestimmte Weise ausarbeitete [...], dieses Denken hat [...] zum ersten Mal die historischen Bezugspunkte verloren, die es bisher in anderen Teilen der Welt fand. [...] Wir müssen wieder ganz von vorn anfangen und uns fragen, worauf wir die Kritik unserer Gesellschaft in einer Situation stützen können, in der die bisherige implizite oder explizite Grundlage unserer Kritik weg gebrochen ist. [...] Es muss möglich sein, von vorn anzufangen. Nochmals von vorn anzufangen mit der Analyse und Kritik.“ (Foucault 1977b, 514)

Foucault bringt mit seinen Überlegungen dreierlei zur Sprache: 1) Die Kritik hat ihre Grundlage verloren, weil sie auf eine bestimmte Weise mit der Geschichte verbunden war - dies wirft die Frage auf, was die Kritik ist. 2) Das Redegenre der Kritik wird nicht aufgegeben, vielmehr gibt es einen Willen zur Kritik, der von uns verlangt, von vorn anzufangen und weiterzumachen. Aber wie ist dieser Wille zu erklären, der mit einer Stimmung, einer Leidenschaft, einem Gefühl, mit einer Moral oder Ethik der Kritik verbunden ist? 3) Wenn die Kritik ihre Stütze in der Wirklichkeit verloren hat, wir aber den Willen und die Leidenschaft zur Kritik verspüren, dann bedarf sie einer neuen Begründung. Diesem letzten Problem will ich mich im folgenden vor allem widmen und zeigen, dass unsere Kritik immer noch einem alten, um nicht zu sagen, bürgerlichen Modell verhaftet geblieben und zu bescheiden ist.

Seit den 1970er Jahren hat es einige anspruchsvollen Ansätze zur Analyse der Kritik und, darauf gestützt, zu ihrer Neubegründung gegeben: Was ist unsere Praxis, wenn wir Kritik äußern, welche objektive Gedankenform nehmen wir damit in Anspruch? Beides, die Analyse ebenso wie die Begründung folgt wiederum disziplinären Spielregeln. PhilosophInnen tendieren dazu, die Kritik in universellen und moralischen Begriffen zu reformulieren und eine letzte Grundlage zu suchen, SoziologInnen dagegen, fragen eher nach typologischen Mustern der Kritik, ihrer Verbreitung sowie ihren Auswirkungen.

## 2. Die philosophische Analyse der Kritik

Eine gewisse Nähe zu Foucaults Forderung nach lokaler Kritik scheinen auf den ersten Blick die Überlegungen von Michael Walzer zu haben. Seine Überlegungen zur Kritik will ich philosophisch nennen, weil sie von vornherein nach der Grundlage der Kritik fragen. Diese Grundlage sieht Walzer in moralischen Normen, und er meint, dass diese moralischen Grundsätze für Gesellschaftskritik in unserer alltäglichen Welt zu finden seien und dass die Kritik einen Grundzug der Alltagsmoral darstelle. Wenn er im Weiteren die Praxis der KritikerIn untersucht, dann handelt es sich um die Analyse der unterschiedlichen Modi der Beziehung zu moralischen Normen. Walzer arbeitet drei Möglichkeiten heraus, die Gesellschaftskritik normativ zu begründen. Die erste Strategie nennt er den Pfad der Entdeckung. In diesem Fall nimmt die KritikerIn für sich in Anspruch, dass er die Moralgesetze, die Prinzipien der Kritik, entdeckt habe. Das kann eine Offenbarung oder Lehre der wahren und falschen Bedürfnisse, natürlichen Rechte der Menschen oder der allgemeinen Vernunftprinzipien sein. Jedenfalls sind die moralischen Prinzipien eine objektive Wahrheit, die die EntdeckerIn nur verkünden muss. Die moralische Welt erscheint wie ein neuer Kontinent, und die EntdeckerIn ist die FührerIn. Es liegt auf der Hand, dass die EntdeckerIn für sich das Privileg der Führung und der Durchsetzung des einmal Erkannten beanspruchen wird. Wird aber die neue moralische Welt einmal von vielen besiedelt sein, werden die moralischen Prinzipien ihre Fähigkeit zur Kritik einbüßen. Es bleibt nur, die einmal entdeckte moralische, aber mittlerweile verlorene und korrumpierte Lehre wieder zu entdecken. Die Entdeckung will also wiederholt werden, aber sie lässt sich nicht wiederholen. Deswegen kommt es zum Streit um die richtigen moralischen Prinzipien und um die richtige Führung.

Auf dem zweiten Pfad der Gesellschaftskritik werden die Moralprinzipien erfunden. Es handelt sich um das Werk von Männern und Frauen, die uns repräsentieren und die eine Methode erfinden, nach der wir alle am Verfahren beteiligt sind, das uns zu einem Konsens gelangen lässt. Die Autorität liegt nicht in der objektiven Welt, sondern im Verfahren. Gleich einer gesetzgebenden Körperschaft wollen die ErfinderInnen eine moralische Welt erschaffen, in der alle repräsentiert sind und in der Gerechtigkeit, politische Tugend und gutes Leben verwirklicht wären. Sie erschaffen das, was Gott erschaffen hätte, wenn es ihn gäbe. Die Menschen müssten sich von jedem Partikularismus reinigen, die moralischen Prinzipien, nach denen sie alle leben, wären Elemente einer Minimalmoral, die Gleichheit und Schutz gewährt. Aber es handelte sich nicht um eine dichte moralische Kultur, in der die Menschen das Gefühl der Zugehörigkeit entwikkeln könnten.

Diese beiden angeführten Arten der Kritik haben die Tendenz, autoritär zu werden. In beiden Fällen beruft sich die Kritik auf allgemeine Prinzipien, die von den konkreten Individuen und ihrem Alltagsleben absehen. Es handelt sich um Prinzipien, die zunächst einmal den PhilosophInnen zugänglich sind und die sie den anderen insinuieren

müssen. Aber das, was erreicht werden soll, das moralische Leben, wird schon unterstellt, wenn die Individuen nur als universalistisch motivierte in den Blick kommen. Die Prinzipien der Kritik kommen von außen. Anders verhält es sich im Fall des dritten Pfades, der von Walzer selbst favorisiert wird, der Pfad der Interpretation oder Rechtsprechung. Das moralische Argumentieren nimmt die der lokalen Gemeinschaft schon seit Langem zur Verfügung stehenden moralischen Prinzipien in Anspruch. Es ist unser Moralverständnis, das wir nicht erst entdecken oder erfinden müssen, sondern auf das wir uns im Alltag ohnehin beziehen, das wir im Lichte besonderer Probleme interpretieren und über das wir mit den anderen Mitgliedern der Gemeinschaft sprechen. Die Kritik des Bestehenden beginnt mit Grundsätzen, die dem Bestehenden innewohnen, weil es unsere Gemeinschaft ist - und deswegen kann die Kritik Autorität gewinnen, denn sie verpflichtet allein wegen des Vorhandenseins der von ihr in Anspruch genommenen Moral.

Die Nähe Walzers zu Marx‘ Konzeption von Kritik, den Verhältnissen ihre eigene Musik vorzuspielen, ist offenkundig. Doch möchte ich gegen Walzers Überlegung Vorbehalte anmelden (vgl. auch Demirović 1993, 505f). Erstens wäre einzuwenden, dass Walzers Argument unterstellt, was zu beweisen und zu begründen wäre: dass es nämlich die kritische Aktivität gibt. Walzer entnimmt vor allem dem, christlich gesprochen, Alten Testament, dass es eine jahrtausendelange Praxis der Kritik gibt. Er gewinnt daraus den Eindruck, dass es sich immer nur um die immanente Kritik im Kontext einer jeweiligen Gemeinschaft und ihrer moralischen Tradition gehandelt habe. Diese Lektüre nimmt die jüdisch-christliche Kontinuität als gegeben. Damit wird aber das Spezifische übergangen, das mit der Kritik im zweifachen Sinn verbunden ist: Der Wille zur Kritik ist selbst etwas historisch Neues; und die Kritik fordert nicht nur die Verwirklichung von in der Vergangenheit bekundeten Absichten und festgelegten Prinzipien, sondern sie befragt die Vergangenheit und öffnet die Bahn für eine neue Zukunft. Sie zielt auf alltägliche Verbesserungen und grundlegende Veränderungen der Lebensverhältnisse der Vielen. Dafür kann sie sich aber nicht auf die Vergangenheit berufen; ihre Aufgabe besteht gerade darin, den Anstoß für neue Maßstäbe zu geben. Marx hat das früh erkannt. Die radikale Kritik schlägt um von einer bloß immanenten in eine transzendente Kritik: „Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier kniee nieder! Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien.“ (Marx 1843, 345) Indem abgelehnt wird, dass die Kritik immer auch von sich zu einem externen Maßstab treibt, um Distanz zum Kritisierten zu finden, wird die dialektische Bewegung zwischen Innen und Außen abgewehrt. „In der Tat darf die dialektische Wendung der Kulturkritik nicht die Maßstäbe der Kultur hypostasieren. Sie hält sich dieser gegenüber beweglich, indem sie ihre Stellung im Ganzen einsieht. Ohne solche Freiheit, ohne Hinausgehen des Bewusstseins über die Immanenz der Kultur wäre immanente Kritik selbst nicht denkbar: der Selbstbewegung des Objekts vermag nur zu folgen, wer dieser nicht durchaus angehört.“ (Adorno 1951, 23)

Das zweite Argument richtet sich gegen den lokalen Charakter der Kritik. Es mag sein, dass man innerhalb einer Gemeinschaft die moralischen Prinzipien der Kritik findet, aber es sind die Prinzipien eben dieser begrenzten Gemeinschaft. Was aber wäre, wenn diese Gemeinschaft sich durch eine religiöse Identität oder durch eine biologische Affiliation von anderen abschließen und damit auch gegen Kritik immunisieren würde? Was wäre, wenn Kritik nur von den Dazugehörigen geäußert werden dürfte und allen anderen KritikerInnen vorgeworfen würde, dass sie sich nur vorurteilsvoll und feindselig gegenüber der kritisierten Gemeinschaft verhalten wollten. Da in diesem Punkt eine gewisse Nähe zwischen Walzer und Foucault zu bestehen scheint, ist interessant, festzustellen, dass Foucault selbst die Schwäche der lokalen Kritik sieht. Wenn er über die lokale Kritik der spezifischen Intellektuellen spricht, betont er, dass diese sich der Gefahr aussetzen, „sich auf umständebedingte Kämpfe, auf sektorbezogene Forderungen zu beschränken. Dem Risiko, sich von politischen Parteien oder gewerkschaftlichen Apparaten bei der Führung dieser lokalen Kämpfe manipulieren zu lassen. Vor allem dem Risiko, mangels einer globalen Strategie und äußerer Stützen diese Kämpfe nicht weiterentwickeln zu können.“ (Foucault 1977c, 209) Soweit lässt sich ein erstes Fazit ziehen. Kritik ist in doppelter Weise riskant: Nicht nur setzt sich der Kritiker mit seiner Aktivität der Kritik Risiken aus, die Kritik kann




weiter gehts auf Seite

auch ihrerseits usurpatorisch und autoritär werden. Die Kritik kann eine solche Distanz zum Kritisierten einnehmen, dass sie ihre Verbindlichkeit verliert, oder sie kann zu nahe am Gegenstand bleiben. Daraus folgt, dass Kritik in sich beweglich sein muss, sie muss gleichzeitig lokal und global sein, sie muss immanent und transzendent sein.

### 3. Zur Soziologie der Kritik

Es gibt soziologische Versuche, die soziale Praxis der Kritik zu untersuchen und die Art und Weise zu bestimmen, wie kritisiert wird und welche Auswirkungen die jeweiligen Modi der Kritik haben. Umfangreich wurde dies von Boltanski und Chiapello getan. Sie vertreten die Ansicht, daß die antikapitalistische Kritik so alt ist wie der Kapitalismus und vier Aspekte Anlass zur Empörung geben: a) Der Kapitalismus wird als Quelle fehlender Authentizität von Dingen, Menschen und Gefühlen verstanden. b) Der Kapitalismus wird als Quelle der Unterdrückung, Kontrolle und Disziplin betrachtet, er beeinträchtige Freiheit, Autonomie und Kreativität. c) Der Kapitalismus gelte als die Quelle von Armut und Ungleichheit. d) Insofern er den Egoismus fördere, zerstöre er Solidarität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Boltanski und Chiapello meinen, dass sich diese verschiedenen Empörungsmotive nicht in einen kohärenten Rahmen integrieren ließen und gruppieren sie zu zwei Arten der Kritik: die KünstlerInnen- und die Sozialkritik. Die KünstlerInnenkritik beanstandet den Sinnverlust, die Standardisierung der Warengesellschaft, die Entfremdung der Menschen, sie richtet sich gegen Planung, rationale Organisation oder Arbeitsteilung. Die Sozialkritik wendet sich gegen egoistischen Partikularismus, Gleichgültigkeit und Verarmung. Beide Arten der Kritik können zusammengehen, sich aber auch feindlich gegenüberstehen. Die sozialen Proteste von '68 werden als Resultat einer Verbindung beider Arten von Kritik verstanden. Die eher kulturelle Kritik an fehlender Authentizität und Entfremdung, an Sinnlosigkeit, Disziplin und Kontrolle ging einher mit der sozialen Kritik an Ausbeutung und Ungleichheit. Aus der Artikulation dieser Kritiken gewannen die Proteste ihre Stärke, in der Folge resultierte aber auch daraus ihre Schwäche. Denn KünstlerInnen- und Sozialkritik konnten durch gezielte Gegenstrategien von der Seite der Kritisierten, also des UnternehmerInnenlagers und der Regierung, wieder auf gespalten werden. Beide Formen der Kritik wurden absorbiert. Die Sozialkritik an Arbeitsroutine, Disziplinarformen, Hierarchie, Leistungsvorgaben wurde in eine Reihe von ökonomischen Kompromisslösungen umgewandelt: lohnpolitische Zugeständnisse wie Mindestlohn, geringere Einkommensunterschiede, Gewinnbeteiligung oder längere bezahlte Urlaubszeiten, Beschäftigungssicherheit, Weiterbildung. Durch solche Maßnahmen kam es zu einer Reihe von sozialen Verbesserungen, die allerdings an den zentralen Unzufriedenheitsmotiven vorbeigingen. Die KünstlerInnenkritik, die in der Revolte gegen die herrschenden Arbeitsbedingungen ihren Niederschlag fand, wurde aufgenommen in der Weise, dass die Unternehmen den individuellen Bedürfnissen der Beschäftigten mehr Aufmerksamkeit schenkten, ihnen im Rahmen von Qualitätszirkeln, halbautonomen Fertigungsgruppen oder Meinungsgruppen mehr Verantwortung übertrugen und ihre Autonomie und Mitspracherechte stärkten. Boltanski und Chiapello resümieren, dass das wichtigste Ziel der ArbeitgeberInnen, nämlich die Herrschaft in den Unternehmen wieder an sich zu reißen, nicht dadurch erreicht wurde, dass die klassischen Instrumente der Kontrolle ausgebaut wurden, sondern Forderungen nach Autonomie und Eigenverantwortung in der Form von Selbstkontrolle endogenisiert wurden.

Im Vergleich zu Walzer lässt sich zweierlei festhalten. Erstens: Es kommt unter kapitalistischen Bedingungen immer wieder zur Formierung von radikaler und externer Kritik, die ihre Grundlage offenkundig in der Kontingenz des kapitalistischen Reproduktionsmusters hat. Es stellt sich immer als ein Doppeltes dar: einerseits naturhaft und andererseits gesellschaftlich hergestellt und damit auch völlig anders denkbar. Zweitens: Diese Kritik, die von außen kommt und umfassend ist, hat Wirkungen. Allerdings hat sie bislang nicht den naturhaften Zusammenhang kapitalistischer Gesellschaft aufgelöst, sondern zu einem höheren Niveau von Ausbeutung und Unterdrückung geführt, die es den überkommenden Formen der Kritik schwer machen, weil sie sie entwerten. Damit wurde nicht gerechnet. Horkheimer und Adorno hatten erwartet, dass angesichts der Tendenz zur verwalteten Welt Gesellschaftskritik in eine zunehmend exzentrische sowie marginalisierte Position ohne weitere Auswirkung rutschen würde, konnten dann aber doch eine spezifische Wirkungsweise der Kritik feststellen. Die kritische Gesellschaftstheorie und die Protestbewegung hätten die Entwicklung hin zur totalen Integration zwar nicht abgebrochen, aber doch unterbrochen. Die Kritik konnte die Funktion des Aufhaltens übernehmen, intermittierend Ungleichzeitigkeit stiften, den Rhythmus der Entwicklung verändern und damit Zeit schaffen, Reste eines gesellschaftlichen Lebens bewahren, das zum Ausgangspunkt neuer Kritik werden könnte. Dafür gibt es Beispiele an den Universitäten oder in den Gewerkschaften. Boltanski und Chiapello gehen weiter und argumentieren gramscianisch. Die Kritik hat zu einer passiven Revolution des fordistischen Kapitalismus geführt. Die mächtigen AkteurInnen haben sowohl die Sozial- als auch die

KünstlerInnenkritik aufgenommen und mittels dieser Kritik die sozialen Verhältnisse strategisch derart reorganisiert, dass das Resultat in der langfristigen Tendenz eine neue Form kapitalistischer Vergesellschaftung ist, von der wir mit der Praxis des Neoliberalismus in den vergangenen zwanzig Jahren die korporatistische Phase mitbekommen haben (vgl. Demirović 2008). Boltanski und Chiapello beobachten an diesem Punkt die Erneuerung beider Formen von Kritik. Es entstehen neue Formen der Ungleichheit durch Ausbeutung, die nun mit Ausgrenzung aus den Netzwerken von Mobilität und Kommunikation verbunden ist; und es entstehen neue Formen von Konsumismus, Entfremdung und Sinnlosigkeit.

Die Analyse von Boltanski und Chiapello gibt Anlass zu zwei kritischen Überlegungen. Erstens müssen die Bedeutungselemente der Kritik in ihrer Streuung, ihrer Artikulation und in ihrer hegemonialen Verdichtung genauer in den Blick genommen werden. Wenn, wie Boltanski und Chiapello es vorschlagen, die Artikulation der Kritiken allein in zwei Signifikantenketten und die Bildung von zwei leeren Signifikanten, das Soziale und das Ästhetische, in den Blick genommen wird, dann wird die Vielfalt der Kritiken reduziert. Ebenso problematisch ist, dass Boltanski und Chiapello ein Verständnis von Kritik vertreten, wonach die Empörungs- und Unzufriedenheitsmotive a priori die beiden Formen von Sozial- und KünstlerInnenkritik annehmen müssen und legen damit selbst eine gleichsam objektiv bestehende Distanz zwischen beiden nahe. Es wird damit die kulturelle Bedeutung der Sozialkritik ebenso ignoriert wie die soziale Dimension der KünstlerInnenkritik. Zudem bleibt außer Betracht, dass es unterschiedliche soziale Kräfte gibt, die mit diesen Kritiken verbunden sind. Die intellektuellen Auseinandersetzungen und die Prozesse der Verallgemeinerung, in denen Kritiken ausgearbeitet und durchgesetzt werden, bleiben außer Betracht. Richtig ist die Schlussfolgerung, dass sich verschiedene Formen der Kritik zu einer Einheit verbinden müssen, soll eine soziale Bewegung entstehen können und erfolgreich sein. Doch werden der Artikulationsprozess und die Dynamik hegemonialer Verdichtung unnötigerweise beschnitten. Problematisch ist auch die Schlussfolgerung, dass eine Desartikulation der Kritikmomente nur entlang der einen Spaltungslinie zwischen Sozial- und KünstlerInnenkritik vorkommen könnte.

Zweitens muss die Kritik ihre zukünftige Absorption und Funktion in einer passiven Revolution mit bedenken. Kapitalistische Gesellschaften sind durch interne und externe Kritik gekennzeichnet. Es verhält sich nicht so, dass die kapitalistische Gesellschaft sich zunehmend zu einem System schließt und Kritik unmöglich macht; es kommt aber demgegenüber auch nicht zu immer größerer Öffnung und Möglichkeit der Kritik. Vielmehr handelt es sich bei der bürgerlichen Gesellschaftsformation um einen sich selbst ständig revolutionierenden und transformierenden Organismus. Es ist das konstitutive Merkmal der Modernität der bürgerlichen Gesellschaft, dass sie sich in widersprüchlichen Prozessen ununterbrochen selbst überholt. Diese auf Dauer gestellte Revolution nimmt verschiedene Formen an, neben der Wissenschaft und der permanenten Falsifikation von Erkenntnissen oder der Kunst und ihren Prozessen ständiger Selbstradikalisierung der Avantgarden vor allem die politische Form der Demokratie.

### 4. Die politische Theorie der Kritik

An diesem Punkt können wir zum dritten disziplinären Bereich, dem der politischen Theorie übergehen und dem Gedankengang von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe folgen. Ihnen zufolge konstituieren Freiheit und Gleichheit einen symbolischen Raum der Demokratie. In diesem Raum bewegen sich die Individuen und sozialen Gruppen, sie nehmen die Normen von Freiheit und Gleichheit zum Bezugspunkt für ihre Kritik, sie befragen die Verhältnisse, unter denen sie leben, darauf, ob sie gleich und frei leben, und sie nehmen in Anspruch, diese Freiheit und Gleichheit zu verwirklichen. Freiheit und Gleichheit werden zur Matrix des sozialen Imaginären, das die Individuen antreibt und sie immer wieder einen Antagonismus zwischen den demokratischen Kämpfen und der Herrschaft konstruieren lässt. Konstruktion eines Antagonismus bedeutet: Die Bedeutungselemente in einem Diskurs zu artikulieren, so dass wenigstens temporär eine Bedeutung fixiert wird. In diesem Fall erscheint die Bedeutung als logisch notwendig und gleichsam natürlich, so dass ein Verhältnis oder ein Gegenstand gerade nur diese eine und keine andere Bedeutung zu haben scheint - was für diesen besonderen Diskurs, in dem das diskursive Element eine Bedeutung annimmt, auch tatsächlich der Fall ist. Doch bei dieser Artikulation in einem hegemonialen Diskurs bleibt es nicht. Die Vielfalt der Bedeutungen überbordet jeweils die Äquivalenzbildung innerhalb eines Diskurses. In immer neuen Aspekten des alltäglichen Lebens werden Ungleichheit und Unfreiheit aufgespürt und zum Ausgangspunkt des Antagonismus gegenüber denjenigen genommen, die im Prozess der Äquivalenzbildung als AntagonistInnen und als diejenigen gelten, die die Freiheit und Gleichheit verhindern. Es handelt sich nicht um den einen und grundlegenden Gegensatz, die demokratischen Kämpfe bestehen gerade darin, dass in hegemonialen Prozessen immer neue Antagonismen konstruiert werden, sich immer neue Subjekte bilden, die Freiheit und

Gleichheit in immer neuen Facetten verwirklichen wollen. Denn jeder hegemoniale Erfolg bei der Durchsetzung von Freiheit und Gleichheit wird notwendigerweise neue Formen des Ausschlusses, der Ungleichheit und Unfreiheit schaffen und damit zur Bildung von Identitäten beitragen, die vorher unbekannt waren. Es kommt mithin zu einer Vervielfältigung der Kritik und der Konfliktualität, die Kritik treibt die Gesellschaft gleichsam vor sich her, löst vorhandene Interessenlagen, Institutionen und Identitäten auf und trägt zur Bildung neuer bei. Dieser Prozess lässt sich als Institutionalisierung der demokratischen Revolution begreifen. Der Kritik kommt in diesem Zusammenhang die Funktion zu, unter Berufung auf Freiheit und Gleichheit geronnene, verdinglichte, naturalisierte Verhältnisse zu verflüssigen, das Moment der Dynamik zur Geltung zu bringen.

Doch das Bild wäre unvollständig, wenn nicht noch zusätzlich folgender Gesichtspunkt bedacht würde, der die Performanz der Analyse selbst betrifft. Man kann sagen, dass den Kritiken im Vollzug eine noch wesentlichere Kritik übergeordnet ist, die als Demokratietheorie gilt: Die Theorien von Habermas, Walzer oder Mouffe sollten weniger als eine objektive Aussage über das verstanden werden, was Demokratie ist oder sein soll, als vielmehr als Redeereignisse, als eine spezifische Äußerungspraxis. Sie bewacht und reguliert die Dynamik der Kritik, indem sie sich um deren Ökonomie und Einsatz kümmert, indem sie die Warnung ausspricht: Keine Forderung nach Gleichheit und Freiheit darf sich absolut setzen. Das heißt, es muss durch Hegemonie zu einer Äquivalenz kommen, die eine Vielzahl von Signifikanten zu einem Diskurs vereinheitlicht. Doch diese hegemonial gewordene Identität, diese einmal konstituierte Gesellschaft darf sich nicht totalitär abschließen gegenüber dem Spiel der Differenzen, die in der Kritik zur Geltung gebracht werden, den Ausschluss, die Ungleichheit oder die Unfreiheit skandalisieren und auf eine neue Artikulation der Signifikanten, eine neue Hegemonie drängen.

Es kommt zu einem Spiel von Dynamik und Statik, und das Spiel selbst wird bewacht - es wird von der Demokratietheorie darüber gewacht, dass es gespielt und richtig gespielt wird, dass alle es mit der richtigen Einstellung spielen: Auflösung des Gewordenen, erneute Herstellung einer hegemonialen Bedeutungskette und Fixierung der Bedeutungen, schließlich erneut die Verflüssigung des Sinns.

Nur um den Preis, sich niemals zu verwirklichen, werden Freiheit und Gleichheit als Ziele verfolgt. Die Kritik wird darauf beschränkt, das, was zur Naturalisierung, zur Verdinglichung tendiert, wieder aufzulösen.

**5. Der neue Modus der Kritik: zur Kritik der demokratischen Revolution**

Wir können hier einen Schritt zurücktreten, um den Begriff der Kritik noch weiter radikalisieren zu können. Adorno hat darauf hingewiesen, dass in jenen von der Kritik immer von neuem bewirkten Veränderungen selbst etwas Statisches liegt. Über die permanenten kritischen Anstöße und Veränderungen kann man mit Leidenschaft und Begeisterung sprechen - und viele Autoren haben das getan, um das Totalitäre, Traditionale, Fundamentalistische sich festsetzender, sich jeder Befragung verweigernder gesellschaftlicher Verhältnisse zurückzuweisen und die Gesellschaft und ihre Mitglieder in Bewegung zu setzen. Doch haftet dieser Dynamik selbst etwas blind Naturwüchsiges an Das Antagonistische der antagonistisch fortschreitenden Gesellschaft sei ihr Statisches, das, woran sich seit der Vorgeschichte nichts geändert habe. „Statisch invariant war bislang der Drang, sich auszubreiten, immer neue Sektoren zu verschlukken, immer weniger auszulassen. Damit reproduziert sich erweitert das Verhängnis. [...] Das war ihre Ewigkeit. Fortschritt, der die Vorgeschichte beendete, wäre das Ende solcher Dynamik. [...] Eine richtige Gesellschaft höbe beides auf. Sie hielte weder bloß Seiendes, die Menschen Fesselndes um einer Ordnung willen fest [...], noch besorgte sie weiter die blinde Bewegung, den Widerpart des ewigen Friedens, des Kantischen Ziels der Geschichte.“ (Adorno 1961, 232) Die Kritik operiert als Katalysator in diesem Spiel von Statik und Dynamik, die Kritik wird absorbiert, durch die Kritik hindurch erneuert sich die kapitalistische Gesellschaftsformation und setzt die Kritik von neuem frei, um die Verhältnisse aufzustören. Sie trägt auf ihre Weise dazu bei, diese Verhältnisse auf einem immer höheren Niveau zu reproduzieren. Die Individuen wiederum werden durch die Kritik subjektiviert. Denn wenn Freiheit und Gleichheit mit der bürgerlichen Gesellschaft und der Französischen Revolution das soziale Imaginäre werden, dann bedeutet dies, dass die Individuen immerzu diesem Ziel einer Freiheit und Gleichheit nachlaufen, das sie niemals erreichen können. Doch indem sie dieses Ziel zu erreichen suchen, subjektivieren sie sich als freie und gleiche Individuen, die sich auf der Suche befinden. Das Subjekt kann demnach auf die Ideen der Freiheit und Gleichheit und das Ziel ihrer Verwirklichung nicht verzichten, weil es selbst durch den Anspruch auf deren Verwirklichung konstituiert ist - ein Subjekt zu sein, das nicht frei und gleich sein wollte, wäre undenkbar.

Kant hat dem Prinzip nach diese sich immer verfehlende Dynamik der Freiheit ausgearbeitet (vgl. Kant 1788, 48f). In psychologisch-empirischer Hinsicht

ist selbstverständlich, dass Menschen nicht frei, sondern kausal bestimmt sind; demgegenüber erscheint der Begriff der Freiheit in transzendentaler Hinsicht ebenso unentbehrlich wie unbegreiflich und erweist sich als ein regulativer Begriff der Vernunft: Wir benötigen den Begriff der Freiheit, um in der empirischen Welt eine frei handelnde Ursache, eine selbst bestimmende Kausalität denken zu können, obwohl es doch gerade eine solche nicht gibt und alles physisch bedingt ist. Von Ursache zu Ursache fortschreitend, kann die Vernunft kein außerkausal handelndes Wesen denken und sichert einen entsprechenden Platz in der intelligiblen Welt durch den Begriff einer ans moralische Gesetz gebundenen Freiheit. Wir müssen uns also selbst als in moralischer Hinsicht Freie und darum für unser Handeln Verantwortliche denken und dieser Freiheit nachstreben, nicht weil wir sie erreichen könnten, sondern weil wir sie als Subjekte sind. Marx hat sich an diesem Punkt deutlich von Kant abgesetzt: „Andrerseits zeigt sich ebensosehr die Albernheit der Sozialisten (namentlich der französischen, die den Sozialismus als Realisation der von der französischen Revolution ausgesprochnen Ideen der bürgerlichen Gesellschaft nachweisen wollen), die demonstrieren [...] dass die Geschichte bisher noch verfehlte Versuche gemacht, Freiheit und Gleichheit in der ihrer Wahrheit entsprechenden Weise durchzuführen, und sie nun, wie Proudhon, z.B. den wahren Jakob entdeckt haben, wodurch die echte Geschichte dieser Verhältnisse an der Stelle ihrer falschen geliefert werden soll. Ihnen ist zu antworten: daß der Tauschwert oder näher das Geldsystem in der Tat das System der Gleichheit und Freiheit ist.“ (Marx 1857/58, 174) Um es etwas paradox zu sagen: Das Streben nach Freiheit durch Kritik führt nicht zur Freiheit, sondern ist ein Adjustierungsmechanismus, der zu den notwendigen Normalisierungsprozessen in der kapitalistischen Gesellschaft beiträgt, in einer endlich freien Gesellschaft müsste niemand mehr der Freiheit nachstreben. Freiheit im absoluten Sinne gedacht geht einher mit Sklaverei, denn es bedeutet, dass die einen nur deswegen absolut Freie sind, weil alle anderen für sie zu arbeiten. Freiheit lässt sich deswegen nur als eine Befreiung von ... und als eine Freiheit zu ... begreifen, Kritik hat gerade hier ihre lokale, vorwärts treibende Bedeutung. Das ist nicht wenig, aber mehr ist es eben auch nicht. Kritik, die auf das Neue zielt, kann ihre Maßstäbe nicht einfach aus den bisherigen Begriffen gewinnen. Denn das könnte sich selbst als fatal erweisen. „Der Sozialismus einer bestimmten Epoche, nämlich am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, behauptete, dass der Mensch in den kapitalistischen Gesellschaften nicht alle Möglichkeiten der Entwicklung und der Verwirklichung erhielt; dass die Natur des Menschen im System des Kapitalismus tatsächlich entfremdet sei. Und er träumte von einer menschlichen Natur, die schließlich frei sein sollte. Welches Modell benutzte er, um sich diese Natur des Menschen vorzustellen, zu entwerfen, zu verwirklichen? In Wahrheit war es das bürgerliche Modell. [...] Die Universalisierung des bürgerlichen Modells war die Utopie, die die Verfassung der sowjetischen Gesellschaft und die der Volksdemokratien inspiriert hat.“ (Foucault 1974, 619) Foucault weist somit darauf hin, dass sich das autoritäre und totalitäre Moment in der Tradition der Linken gerade daraus ergeben hat, dass sie die bürgerlichen Normen der Freiheit, der Selbstentwicklung und Selbstverwirklichung verwirklichen wollte. Das müsste der Gegenstand der Kritik sein. Die Überlegenheit des Bürgertums besteht, so könnte man hegemonietheoretisch weiter spekulieren, nicht zuletzt darin, dass es klug genug ist, diesen Anspruch auf Verwirklichung seiner Normen gar nicht zu beabsichtigen und ihn seinen GegnerInnen zu überlassen, die auf diese Weise immer vor dem folgenden Trilemma stehen: Entweder sie können den Anspruch nicht verwirklichen, aber versuchen immerzu von neuem, den Stein den Berg hinauf zu rollen - entsprechen also dem Kantischen Programm der regulativen Idee; oder sie verwirklichen die Normen der Gleichheit und Freiheit und werden sich als totalitär erweisen; oder sie gewinnen die Einsicht in die totalitäre Tendenz und ziehen die Konsequenz, nämlich die Normen nur in dem idealen Sinn zu begreifen, dass sie zwar angestrebt, aber niemals wirklich verwirklicht und deswegen von innen her begrenzt werden sollten. Eine solche Bescheidenheit diskreditiert die Linke und begrenzt ihre Ziele.

Will die Kritik dieser Logik etwas entgegenstellen, dann muss sie radikal sein, sie muss nicht nur alle Verhältnisse kritisieren, unter denen die Menschen geknechtet, verlassen und verächtlich sind. Sie muss die Maßstäbe der Kritik, die Kritik selbst auf ihre praktische Funktionsweise und ihre Folgen hin analysieren und dekonstruieren. Das Ziel einer solchen metakritischen Kritik ist es, materialistisch und radikal die Dialektik dieser Begriffe und Normen zu denken, auf die die Kritik sich bezieht, schließlich auch den Begriff der Kritik selbst. Es geht nicht darum, die Begriffe abstrakt zu verwerfen, sondern sie bis an ihre Grenze zu denken, um die mit ihnen verbundenen Praktiken zu begreifen und sie bestimmt zu negieren; von dort aus wird deutlich, dass es so nicht mehr weiter geht und das Neue des Zusammenlebens sich auch nur in neuen Begriffen denken und vollziehen lässt. Marx hat darauf hingewiesen: „Vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen.“ (Marx 1894, 784) Diese Überlegung gilt auch für Freiheit

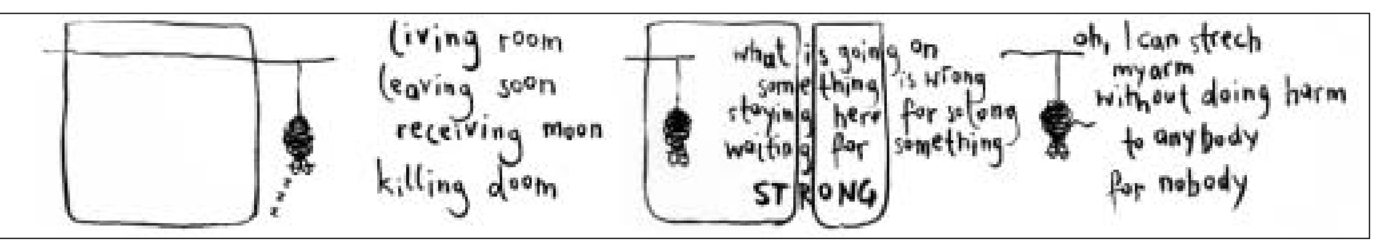
und Gleichheit insofern, als diese die Festigkeit eines Volksvorurteils, eben objektive Gedankenformen, geworden sein müssen, wenn sich der regelmäßige Tausch von Waren gegen Geld vollziehen können soll (vgl. Marx 1867, 74). Dort, wo die Begriffe der Freiheit und Gleichheit umschlagen und sich selbst aufheben, kommt es - Adorno zufolge - schließlich zu einem Zustand, in dem Individuen nicht mehr an einem Äquivalenzkriterium gemessen würden, die Versöhnung bestünde in maßstabsloser Differenz (vgl. Demirović 2004).

### 6. Kritik als Regierungstechnologie

Freiheit, Gleichheit und Kritik können aufgrund der Subjektivierungsfunktion und der zahlreichen Fallen, in die sie führen, im Sinne Foucaults als eine Regierungstechnologie begriffen werden, die seit dem 16. Jahrhundert erdacht, ausprobiert, verfeinert wurde. Foucault hat sich in einem Vortrag der Frage zugewendet, was Kritik sei. Dieser im Mai 1978 gehaltene Vortrag steht in einem unverkennbaren Zusammenhang mit den zwischen Januar und März gehaltenen Vorlesungen zur Gouvernementalität. In ihnen legt er dar, wie es in diesem Zeitraum zur Herausbildung einer neuen und sich vervielfältigenden Kunst der Menschenregierung gekommen sei. Dieser Kunst geht es um die Regierung des eigenen Körpers, der Kinder, der Familie, des Hauses, der Städte, des Staates, der Gesellschaft und allgemeiner um die Frage, wie man regiert. In diesem Kontext entstehend, wendet sich die Kritik gegen die Regierung. In seiner Analyse der Kritik setzt Foucault, im Vergleich zu Walzer, deutlich drei andere Akzente: Erstens hat die Kritik zwar historisch betrachtet einen theologischen Hintergrund. In den Konflikten um das Lehramt kehrte die Kritik zur Heiligen Schrift zurück und fragte nach dem authentischen Wort Gottes. Aber die Kritik gehört spezifisch den modernen Gesellschaften an (vgl. auch Demirović 1993, 504f). Zweitens ist die Kritik in einer juridischen Tradition verankert. Gegenüber der Regierung beruft sie sich auf die universalen Rechte der Menschen. Dennoch besteht sie nicht aus einer juridischen Praxis der Interpretation und Anwendung der vorhandenen allgemeinen Normen auf den besonderen Fall, vielmehr versteht Foucault unter Kritik eine Tugend, eine kritische Haltung, die in der Zeit seit dem 15. Jahrhundert mit der neuen Machttechnologie der Regierung und gegen sie entstanden ist. Drittens schließlich stellt die Kritik infrage, was eine Autorität als das Wahre behauptet, sie nimmt sich heraus, die Wahrheit auf ihre Machteffekte hin zu befragen. So wie die Kritik sich historisch als Haltung entwickelt, stellt sie sich der Regierung nicht direkt mit der Forderung entgegen, nicht regiert werden zu wollen. Vielmehr handelt es sich um eine Weise, den Regierungskünsten zu misstrauen, sie zu begrenzen und sie auf ihr Maß zurückzuführen: Die Kritik ist eine politische und moralische Haltung, eine Denkungsart, eine Kunst, nicht auf diese Weise, nicht um diesen Preis, nicht dafür und nicht von denen da regiert zu werden (vgl. Foucault 1978, 11f). Die Kritik ist die Kunst der reflektierten Unfügsamkeit, die Kritik hat die Funktion der Entunterwerfung (ebd., 15). Was Foucault an Kant sehr vorsichtig kritisiert, ist, dass dieser die Kritik im Verhältnis zur Aufklärung und ihrer Aufforderung zum *sapere aude* verschoben hat. Anstatt nach der Macht des Wissens zu fragen, wird bei ihm die Kritik auf eine juridische Bestimmung der Grenzen der Erkenntnis verkürzt; die Kritik soll zu einer richtigen Idee der Erkenntnis von sich selbst beitragen, doch die transzendentale Reflexion trägt zur Verflüchtigung der Zwangswirkungen der Verbindung von Macht, Wissen, Institutionen und Subjektivierung bei (ebd., 40f). Foucault wirft Kant also eine Trennung des Projekts der Aufklärung und der Kritik vor, eine Trennung des Ziels der Entunterwerfung und der Frage nach der Macht der Erkenntnis. Damit kommen wir zu einem letzten und entscheidenden Merkmal der Kritik.

### 7. Die Kritik als Existenzialurteil

Seit Marx betrifft die Kritik ebenso den Gegenstand wie die Kategorien, in denen die handelnden Menschen ihre gesellschaftliche und natürliche Welt gestalten. Die Kategorien sind ein Aspekt der gegenständlichen Welt, die kritisiert wird. Marx versteht seine Arbeit nicht als Kritik einzelner Theorien, sondern der ökonomischen Kategorien, die objektive Gedankenformen sind, in denen die Akteure ihre Handlungen denken, ausarbeiten, vollziehen. Deswegen kann die Kritik zugleich Darstellung des Systems der bürgerlichen Ökonomie und „durch die Darstellung Kritik desselben" sein (Marx an Lasalle, 22.2.1858). Das ist ein Theorieprogramm, das nicht nur auf die bürgerliche Ökonomie beschränkt bleiben kann, sondern




weiter gehts auf Seite 48

gleichermaßen auch für die Kategorien des Politischen und des Kulturellen gilt. Neben die Kritik der politischen Ökonomie tritt eine Kritik der Politik und der politischen Rationalität, der Ökologie, des Rechts, der Moral, der Ästhetik, der Philosophie, der Wissenschaften oder des Subjekts. Zu allen diesen Bereichen hat es in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Beiträge gegeben. Doch ist dieses Forschungsprogramm an keinem Punkt so weit gediehen wie im Bereich der Kritik der politischen Ökonomie. Obwohl es in einzelnen Bereichen wie dem der Ästhetik, dem der politischen Form oder dem der Subjektivität große Fortschritte gegeben hat, fanden viele Fragestellungen und Diskussionen keine oder nur eine schwache Fortsetzung. Die Ausdünnung der Forschungskontinuität hat nicht zuletzt die Folge, dass viele Problemkontexte, Fragestellungen, Einsichten aus dem Gedächtnis verschwanden und die Theorie selbst auf primitive, ökonomistische oder herrschaftssoziologische Formen schrumpfte. Max Horkheimer zufolge hat das von Marx inaugurierte Theorieverständnis, nämlich Darstellung der Kategorien eines gesellschaftlichen Bereichs mit, und deren Kritik zu, einer Einheit zu verbinden, weit reichende Folgen. Die Theorie bleibt den Gegenständen gegenüber nicht in einer distanzierten Beobachterhaltung, sie stellt nicht fest, was der Fall ist, sie gehört nicht zu einer Regierungstechnologie, die Spiele bewacht und kommentiert; sie ist nicht der Versuch, einen logisch sauberen Zusammenhang zwischen Begriffen im Sinne eines schlüssigen Systems herzustellen, dem dann, wenn man will, eine Kritik und eine moralphilosophisch begründete Norm zur Seite gestellt wird. Der Kritik geht es also nicht allein um Beanstandung, um Einklagen, darum, dass das, was ist, besser funktioniert, sondern darum zu begreifen, warum es dazu kommt, dass der gesellschaftliche Reproduktionszusammenhang immer wieder krisenhaft ist und endlich einmal darüber hinaus zu gelangen. Die Theorie begreift die Kategorien als Erfahrungen der Individuen, als Praktiken. Kritisch ist sie, weil sie, wie Max Horkheimer darlegt, ein „einziges entfaltetes Existenzialurteil“ ist (vgl. Horkheimer 1937, 201). Die theoretische Analyse schließt auch die Aussage ein, dass es bestimmte Verhältnisse und Praktiken nicht geben sollte. Die kritische Theorie begreift sich als Teil der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, also als ein Moment in einem Prozess, der die materielle Welt in ihrer Gesamtheit von Gegenständen, sinnlichen Erfahrungen und Kategorien umfasst und gestaltet. Das Zusammenwirken der Menschen in der Gesellschaft, so Horkheimer (ebd., 177), ist die Existenzweise der Vernunft. Die kritische Theorie beurteilt also die Verhältnisse nicht von außen, denn sie ist arbeitsteilig in sie verwoben. Als Theorie, mit der begrifflichen Arbeit, greift sie in diese Arbeitsteilung ein, indem sie aus der Ordnung der Dinge heraustritt und sie zum Gegenstand der Analyse macht. Ihre Praxis besteht darin, die Wahrheit über das Ganze der gesellschaftlichen Verhältnisse mit Blick auf eine mögliche und neue Form der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu sagen. Dieses Wahr-Sagen bleibt den Sprechenden nicht äußerlich, es ist ein zukunftsorientiertes Denken, das seine Träger miteinbezieht. Die Kritik ist ein Verhalten, das die Kategorien, die Sinne, die Leidenschaften umfasst. Kritik ist keine Leidenschaft des Kopfes, sondern der Kopf der Leidenschaft (vgl. Marx 1844, 380). Diese Leidenschaft der Kritik, diese Bereitschaft, für die Wahrheit einzustehen, hat Foucault vor Augen, wenn er am Hypermarxismus der ’68er während des Pariser Mai dessen Kälte und Dogmatismus beklagt. Demgegenüber beobachtete er bei den Studierenden in Tunis Intensität und Elan, Spiritualität und Mythos, bei ihnen sei der Marxismus nicht nur eine bessere Weise gewesen, die Realität zu analysieren, sondern zugleich eine Quelle moralischer Energie, das Bekenntnis zu ihm ein existentieller Akt. Worum geht es der Kritik als Verhalten, als Tugend: Man will überhaupt nicht mehr regiert werden - im weiten Sinne des Wortes Regierung (vgl. Foucault 1980, 102)

**E-Mail: demirovic@em.uni-frankfurt.de**

**Anmerkung:**

1 Wir danken Alex Demirović, für die Erlaubnis diesen Text ab zudrucken. Er ist ein Vorabdruck aus: Alex Demirović (Hg.): *Kritik und Materialität*, Münster 2009 (in der Reihe der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung); für eine gekürzte Version dieses Textes vgl: http://transform.eipcp.net

**Literatur:**


**Adorno, Theodor W.** (1961): *Über Statik und Dynamik als soziologische Kategorien*, in: ders.: Ges. Schriften, Bd. 8, Frankfurt am Main 1972

**Adorno, Theodor W.** (1951): *Kulturkritik und Gesellschaft*, in: ders.: Ges. Schriften, Bd. 10.1, Frankfurt am Main 1977

**Boltanski, Luc, Chiapello, Eve** (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz

**Demirović, Alex** (1993): *Intellektuelle und Gesellschaftskritik heute*, in: Prokla 92, 23. Jg., September 1993

**Demirović, Alex** (2004): „Freiheit und Menschheit", in: Jens Becker/Heinz Brakemeier (Hrsg.): *Vereinigung freier Individuen. Kritik der Tauschgesellschaft und gesellschaftliches Gesamtsubjekt bei Theodor W. Adorno*, Hamburg

**Demirović, Alex** (2008): „Neoliberalismus und Hegemonie", in: Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak (Hrsg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden

**Foucault, Michel** (1974): *Über die Natur des Menschen: Gerechtigkeit versus Macht*, in: ders.: Schriften, Bd. 2, Frankfurt am Main 2002

**Foucault, Michel** (1977a): *Vorlesung vom 7. Januar 1976*, in: ders.: Schriften, Bd. 3, Frankfurt am Main 2003

**Foucault, Michel** (1977b): *Folter ist Vernunft*, in: ders.: Schriften, Bd. 3, Frankfurt am Main 2003

**Foucault, Michel** (1977c): *Gespräch mit Michel Foucault*, in: ders.: Schriften, Bd. 3, Frankfurt am Main 2003

**Foucault, Michel** (1978): *Was ist Kritik?*, Berlin 1992

**Foucault, Michel** (1980): *Gespräch mit Ducio Trombadori*, in: ders.: Schriften, Bd. 4, Frankfurt am Main 2005

**Horkheimer, Max** (1937): *Traditionelle und kritische Theorie*, in: ders.: Ges. Schriften, Bd. 4, Frankfurt am Main 1988

**Kant, Immanuel** (1788): *Kritik der praktischen Vernunft*, in: ders.: Werke. Akademie-Textausgabe, Bd. V, Berlin 1968

**Laclau, Ernesto, Mouffe, Chantal** (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie*, Wien

**Marx, Karl** (1843): *Briefe aus den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern"*, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 1, Berlin 1972

**Marx, Karl** (1844): *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie.* Einleitung, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 1, Berlin 1972

**Marx, Karl** (1857/58): *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 42, Berlin 1983

**Marx, Karl** (1867): *Das Kapital*, Bd. 1, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 25, Berlin 1969

**Marx, Karl** (1894): *Das Kapital*, Bd. 3, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 25, Berlin 1969

**Walzer, Michael** (1990): *Kritik und Gemeinsinn*, Berlin






# Benjamin Opratko

# Von der Harmlosigkeit radikaler Demokratie

Martin Nonhoff (Hg.), *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe,* Bielefeld: transcript, 2007.

Als einen der „einflussreichsten Beiträge zur politischen Theorie der Gegenwart“ bezeichnet Martin Nonhoff in seiner Einleitung den Ansatz von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Als Herausgeber eines Sammelbandes zu deren „politischem Denken“ tut er gut daran, dies zu betonen – ganz von der Hand zu weisen ist es jedoch nicht. 1984 erschien *Hegemony and Socialist Strategy*[1] und wirbelte mit seinem selbstbewussten „Postmarxism without Apologies“ die akademische Linke auf (vgl. etwa den Schlagabtausch zwischen den AutorInnen und Norman Geras in der *New Left Review* 163, 166, 169). Ihr Einsatzpunkt war die Dekonstruktion von „Subjekt“, „Gesellschaft“ und aller „Essentialismen“, die sie in der marxistischen (Theorie-)Tradition zu finden glaubten – auch und insbesondere dort, wo am Begriff der (ArbeiterInnen-)Klasse als in irgendeiner Weise privilegierter Akteurin festgehalten wurde. Ausgehend von Saussures Theorie der Struktur als Differenzsystem und deren poststrukturalistischen Weiterentwicklungen schlugen sie vor, statt von „Gesellschaft“ zu sprechen, „das Soziale“ als diskursiven Raum zu begreifen, der als unüberschaubare Vielzahl von Elementen und deren Beziehungen konstitutiv offen ist. Was sich uns als „Gesellschaft“, d. h. als gegebene, abgeschlossene, „genähte“ Struktur präsentiert, ist tatsächlich die stets prekäre, widerrufliche und unvollständige Formierung dieser Elemente zu bestimmten Diskursen. Herzstück dieser theoretischen Intervention war eine Umdeutung – oder Neuformulierung – des Hegemoniebegriffs, der nunmehr eine Praxis bezeichnen sollte, in der bestimmte Diskursformationen etabliert werden. Dies geschieht dadurch, dass einzelne Elemente zueinander äquivalent gesetzt werden, und zwar um einen „leeren Signifikanten“ sowie in Bezug auf eine ebenso äquivalent gesetzte Kette des „Anderen“. Durch dieses Spiel von Äquivalenz und Differenz werden Knotenpunkte geschaffen, um die sich Diskurse formieren: nicht a priori festlegbare soziale Kräfte (wie „Kapital“ und „Arbeit“) stehen einander mit entgegen gesetzten Interessen ausgestattet im Kampf gegenüber, sondern diese Kräfte entstehen

als politische Identitäten erst in der Auseinandersetzung selbst. Ein Antagonismus, so die These, bezeichnet somit ein Verhältnis von gegnerischen Identitäten, die selbst keinerlei positiven Inhalt besitzen, sondern sich allein negativ, im Gegensatz zu dem als anders konstruierten konstituieren – zugleich werden sie von diesem anderen jedoch davon abgehalten, eine „volle“, eindeutige Identität auszubilden.

Diese reichlich abstrakt anmutenden Überlegungen, die an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden können, müssen in ihrem politisch-historischen Kontext verstanden werden. Laclaus und Mouffes Einsatz war, angesichts der sich zu Beginn der 1980er Jahre bereits etablierten „neuen sozialen Bewegungen“, gegen bestimmte Versuche gerichtet, deren Kämpfe gegenüber jenen der ArbeiterInnenbewegung abzuwerten. Laclau hatte bereits zuvor die lateinamerikanischen Kämpfe der 1960er und 70er Jahre und insbesondere die Entwicklungen in Argentinien unter Peron analysiert und eine Perspektive „national-popularer“ Anrufungen für die Linke favorisiert.[2] Die theoretische Reflexion dieser Erfahrungen, beeinflusst insbesondere von den Schriften Louis Althussers und Nicos Poulantzas', führten Ernesto Laclau und Chantal Mouffe schließlich zu Positionen, die im Kontext von sich in Auflösung befindlichen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung sowie der Pluralisierung identitätspolitischer Auseinandersetzungen eine gewisse Plausibilität vorzuweisen hatten. Eine privilegierte Position des Proletariats im antikapitalistischen Kampf anzunehmen, so lautete die Losung, ist nichts weiter als ein essentialistischer Kurzschluss, Erbe einer historischen Irrtümern aufsitzenden Tradition von Marx bis Gramsci. Einer „postmarxistischen“ Linken müsste es vielmehr darum gehen, die potentiell unendliche Menge möglicher Antagonismen so zu organisieren, dass eine breite Allianz „popularer“ AkteurInnen sich um einen Knotenpunkt, einen „leeren Signifikanten“ konstituiert. Hegemonie und radikale Demokratie war somit nicht nur eine theoretische Provokation auf hohem Abstraktionsniveau, sondern auch eine strategische Intervention in real existierende soziale Bewegungen, und besonders an mit diesen verbundene Intellektuelle gerichtet.

Seither haben Laclau und Mouffe in regelmäßigen Abständen publizistisch nachgelegt, das eigene Theoriengerüst weiterentwickelt und im Zuge dessen mit der Essex School gar eine eigene theoretische Schule begründet. Auch im deutschsprachigen Raum, wo das immer noch als zentraler Referenzpunkt dienende Hauptwerk unter dem Titel *Hegemonie und radikale Demokratie* bereits 1991 im Passagen Verlag erschien, ist die Debatte nicht abgeebbt. Davon zeugt dieses Buch, das der zweite größere Sammelband zu diesem Thema in deutscher Sprache ist.[3] Wovon er allerdings auch zeugt, ist dass die Schulbildung und Integration in den Mainstream politischer Theorie und Philosophie dem kritischen Impetus eines Ansatzes zumeist nicht allzu gut tun. Es lässt sich darüber streiten, ob dies bereits in den Ausgangsthesen von Laclau und Mouffe angelegt war, oder ob erst die ideologische Waschstraße des internationalen Hochschulbusiness die postmarxistische Diskurstheorie von ihren zumeist politisch-progressiven Einsprengseln gesäubert hat. Tatsache ist, dass im hier diskutierten Buch Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie die Bezüge zu politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen nur mehr in Spurenelementen vorhanden sind.

Womit wir bei einem der Probleme des Sammelbands angekommen sind. Dieser stellt nach Angaben des Herausgebers den Anspruch, einen Überblick zu der an Laclau und Mouffe anschließenden Forschung im deutschsprachigen Raum zu bieten, verzichtet aber (mit Ausnahme eines Textes) weitgehend darauf, jene Positionen einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, die die theoretische Grundlage der versammelten Beiträge bilden. Den Anfang machen Laclau und Mouffe selbst, mit zwei sehr unterschiedlichen Aufsätzen. Laclau stellt in seinem vor zwei Jahren im englischen Original erschienenen Artikel die Grundzüge seiner eigenen theoretischen Entwicklung dar, was in dreierlei Hinsicht spannend ist: Erstens stellt er eine recht konzise Zusammenfassung dar, die auch für Nichteingeweihte Zusammenhänge seines Denkens nachvollziehbar macht. Zweitens können jene, die *Hegemonie und radikale Demokratie* gelesen habe, aber seither auf ein Laclau-Abonnement auf ihren Leselisten verzichtet haben, die seither vollzogene Anreicherung und teilweise Veränderung der Theorie nachlesen – dies betrifft etwa die Integration rhetorischer Konzepte (der sich Andreas Hetzel in seinem Beitrag genauer widmet) oder den verstärkten Bezug auf die Lacansche Psychoanalyse. Drittens schließlich – und dies schränkt den ersten Vorzug wiederum etwas ein – ist für mit seinem Werk Vertraute überaus aufschlussreich, wie Laclau retrospektiv Argumente aus *Hegemonie und radikale Demokratie* präsentiert, welche betont und welche eher unter den Tisch fallen gelassen werden. Ein nützlicher Text also, der den Rhythmus des Buches vorgibt und zentrale Kategorien einführt.

Chantal Mouffes Text – ebenfalls eine Übersetzung eines bereits erschienenen Aufsatzes – ist im Gegensatz dazu kein Rückblick, sondern ein Ausblick, und zwar in eine „gute Gesellschaft“ (S. 41). Als solcher steht er repräsentativ für ihre politisch-theoretische Weiterentwicklung (oder

Wende?) in Richtung eines stark normativen, „radikaldemokratischen“ Republikanismus. Um eine wahrhaft demokratische Politik zu schaffen, so ihr Argument, bedürfe es der Überführung antagonistischer Verhältnisse, in denen Identitäten durch die Konstitution von „uns“ und „den anderen“ entwikkelt werden, in einen „agonistischen Pluralismus“. In diesem werden politische Auseinandersetzungen nicht zwischen Feinden geführt, die auf ihre gegenseitige Auslöschung aus sind, sondern zwischen Gegnern, deren Feindseligkeit „domestiziert“ und im Rahmen „demokratischer Institutionen und Prozesse“ ausgetragen wird. Post-sozialdemokratische Politik nennt sie das – und das klingt nicht nur gruselig. Eine „gute Gesellschaft“ im Sinne von Chantal Mouffe scheint hier nur eines zukünftigen, neuen Gesellschaftsvertrags zu bedürfen, in dem man (wer eigentlich?) sich auf „einen Pluralismus, der Diversität und Dissens aufwertet“ (S. 48), einigt – aber bitte in Grenzen. Interessant ist der Text als Dokument der politischen Harmlosigkeit von Chantal Mouffes jüngeren Texten. Interessant ist auch, wie sie darin hinter zentrale theoretische Einsichten aus *Hegemonie und radikale Demokratie* zurückfällt. So scheint es, als wäre die dort so wichtige Kritik des Begriffs „Gesellschaft“ nie geschrieben worden; oder man stellt verwundert fest, dass über zwanzig Jahre, nachdem Laclau und Mouffe so vehement jede Objektivierung von „Interessen“, oder gar „Klasse“ bekämpft haben, plötzlich „Interessen des Kapitals“ auftauchen, die im Prozess der Globalisierung eine wesentliche strategische Rolle spielen sollen (S. 50). Für alle, die sich von einer guten Gesellschaft mehr erwarten als einen „Föderalismus, der Solidarität und Wettbewerb miteinander verbindet“ (S. 52), dürfte der Beitrag jedenfalls wenig überzeugend sein.

Auf diese beiden einleitenden Texte folgt der wohl interessanteste Beitrag des Buches und der einzige explizit kritische in Bezug auf Laclau und Mouffe. Alex Demirović nimmt sich deren theoretischer Grundüberlegungen an und kritisiert scharf, ohne je polemisch zu werden. Drei wichtige Einwände sollen hier herausgegriffen werden: Erstens ist auffällig, dass trotz aller Beteuerungen von Laclau und Mouffe, dass außerdiskursive Realitäten für die Erklärung des Politischen bedeutungslos wären, auf gerade solche doch immer wieder rekurriert wird. So wird an mehreren Stellen konstatiert, dass die moderne Logik von Diskurs und Hegemonie erst mit der Etablierung der Industriegesellschaft und durch „technologische Veränderungen“ sich durchsetzen konnte. Diese versteckte modernisierungstheoretische Argumentation, so Demirović, „verträgt sich nicht mit ihrem Ansatz, der die Analyse objektiver Gegebenheiten durch eine Analyse von diskursiv erzeugten Antagonismen ersetzen will“ – mit dem Effekt, dass „die ausgegrenzte vordiskursive Wirklichkeit (...) auf eher krude Weise in den Erklärungszusammenhang [wiederkehrt], während gerade das, was kritisierte Autoren wie Marx, Gramsci oder Foucault interessiert hat, der Zusammenhang zwischen objektiven sozialen Prozessen und Diskursen, nicht näher untersucht wird“ (S. 67). Ironischerweise, könnte man ergänzen, reproduzieren Laclau und Mouffe damit genau das, was sie „dem Marxismus“ vorwerfen, nämlich einen objektivistischen Begriff „der Ökonomie“. Sie verkennen dabei, dass es Marx stets darum ging, „die Ökonomie“ als gesellschaftliches Verhältnis zu begreifen, nicht als von Naturgesetzen bestimmten „Bereich“ – und fallen selbst hinter diese Erkenntnis zurück.

Die zweite Kritik betrifft den Begriff des „leeren Signifikanten“. Dieser soll laut Laclau und Mouffe als Knotenpunkt unterschiedlicher Forderungen prinzipiell offen sein. Gleichzeitig ist jedoch offensichtlich, dass nicht jeder Signifikant gleich geeignet ist, eine solch universalisierende Rolle zu spielen. Davon zeugt auch Laclaus und Mouffes Insistieren auf ein „demokratisches Imaginäres“, das durch Gleichheit und Freiheit bestimmt, den Horizont linker Kämpfe bilden sollte. Dieser Maßstab wird dadurch zu genau jenem „stabilen Knotenpunkt“, den man bereits theoretisch ausgeschlossen hat und den die Kämpfe, deren Kontingenz man so zu betonen trachtet, gar nicht mehr berühren.

Dies führt zu einem dritten Punkt: Indem der Antagonismusbildung ein konstitutiver Status für das Politische schlechthin zugestanden wird, kann nicht mehr erklärt werden, weshalb bestimmte Äquivalenzketten erstrebenswert sein sollten – und andere eben nicht. Indem immer von einem Ausgeschlossenen ausgegangen wird, erhält etwa, in einem von Laclau und Mouffe angeführten Beispiel, die Rolle des Großgrundbesitzers, der Bauern und Bäuerinnen vom Land vertreibt, eine gewisse positive Plausibilität (S. 74). Diese und viele weitere Einwände sind auch dann nachvollziehbar, wenn man Demirovićs stark an Adorno orientierter Gegenkonzeption nicht in allen Punkten zustimmen mag. Seine Feststellung, dass „zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, des Sexismus, des Rassismus (...) Laclau und Mouffe keinerlei Konzepte außer dem vage bleibenden Begriff der Demokratie [anbieten]“ (S. 77), wird jedenfalls kenntnisreich unterlegt.

Wer hofft, in den nun folgenden immerhin noch rund 150 Seiten käme es zu einer Auseinandersetzung mit dieser scharfen, die Eckpfeiler des politischen Denkens von Laclau und Mouffe in Frage stellenden Kritik, wird enttäuscht. Insgesamt leidet der Sammelband darunter, dass die einzelnen Beiträge in keinen Diskussionszusammenhang ge-

stellt werden, sondern der „autistischen" Logik akademischer Symposien folgen.[4] Dadurch erinnert das Unterfangen zuweilen an eine Messe für politische Theorien, in der verschiedene AutorInnen zeigen, was sie gerade an Arbeiten zu oder mit den Theorien Laclaus und Mouffes zu präsentieren haben. Dementsprechend geht es im Buch weiter, als hätte Demirović nie etwas gesagt: mit einem Beitrag von Andreas Hetzel zur Bedeutsamkeit der Rhetorik bei Laclau und Paul de Man. An die jüngeren Arbeiten Ernesto Laclaus anknüpfend, zieht Hetzel Parallelen in der negativistischen Sprachtheorie, die auch das Werk des belgischen Literaturtheoretikers de Man formiert habe. Beiden gehe es darum, Sprache als „in sich selbst gründende Performanz" zu begreifen (S. 88), die sich auf keine vorgängigie Ordnung beziehe. Auf die diskursive Logik des Politischen gewandt führt dies zur Aussage: „Menschliche Praxis bezieht sich nicht von außen auf ihr vorgängige Elemente, sondern schafft sich ihre Praxis performativ, im eigenen Vollzug" (S. 95). Nicht selbstgewählte, unmittelbar vorgefundene, gegebene und überlieferte Umstände menschlichen Geschichte-Machens (Marx) werden von Hetzel mit bestechender Logik und abgeleitet aus sprachphilosophischen Axiomen einfach hinfort geschrieben. Dies scheint der Preis zu sein, der theoretisch zu zahlen ist, versucht man die soziale Welt vollständig in sprachtheoretischen Begriffen (Diskurs, Signifikat, Signifikant, Metapher, Metonymie, Synekdoche, Katachrese u.v.m.) zu erfassen. Zwar betonen Laclau und Mouffe immer wieder, dass das Diskursive keinesfalls bloß mit Sprachlichem oder Textuellem gleichzusetzen sei, sondern die gesamte Vielfalt der sozialen Praxen umfasse; letztlich wird dies aber nirgendwo eingelöst, was insbesondere durch eben jenen „rhetorischen Turn" Laclaus illustriert wird. Problematisiert wird dies in Hetzels Beitrag jedoch nicht.

Auch in drei weiteren Beiträgen wird versucht, bestimmte Aspekte Laclaus Denkens in Bezug zu Autoren zu setzen, die von diesem rezipiert wurden. Oliver Marchart schreibt über die Bedeutung der Heideggerschen Unterscheidung zwischen „ontisch" und „ontologisch" für Laclau. Die Überlegungen sind dabei durchaus hilfreich zum besseren Verständnis von einigen Laclauschen Schlüsselbegriffen, bleiben jedoch dem Thema entsprechend „streng philosophisch".

Urs Stäheli geht es um die Diskussion der Massenpsychologie (Gustave le Bon, Gabriel Tarde) in Laclaus jüngstem größeren Werk *On Populist Reason*[5]. Diese würde dort etwas zu voreilig als präpsychoanalytisch auf die hinteren Plätze des postmarxistischen Theorie-Pantheons verwiesen. Stähelis Einwand: Dadurch verbaue sich Laclau die Möglichkeit, soziale Bewegungen anders als in Identifikationsmodellen zu denken. Nicht nur der zentrale Knotenpunkt des „leeren Signifikanten" könne einen Antagonismus konstituieren, sondern auch direktere Formen sozialer Affektivität. „Nachahmungsketten", die kollektive Bewegungen konstituieren, beruhen auf „gegenseitiger Affizierbarkeit" und benötigen „keine vorrangige Identifikation mit einer zentralen Identifikationsfigur" (S. 132), wie das bei Laclaus psychoanalytisch angeleiteter Version der Fall sei.

Johannes Angermüller schließlich kritisiert an Laclau, dass dieser „Forderungen" als kleinste diskursive Einheiten festlege, ohne zu bedenken, dass in der empirischen Analyse stets vieldeutig bleibt, was eine Forderung eigentlich fordert. Er bringt als Alternative dazu die französische Äußerungstheorie in Anschlag, deren Konzentration auf formal identifizierbare „Sprachspuren", marqueurs, eine genauere Methodologie erlaube. Tatsächlich, so scheint es nach Lektüre des Textes, erlaubt sie vor allem eine weitere Reduktion der sozialen Welt auf Sprache und führt geradewegs in staubtrockene „Diskursanalysen", die sich jedes kritischen Anspruchs längst entledigt haben.

In fünf weiteren Texten steht eine stärker empirisch orientierte „Anwendungsperspektive" der Theorien Laclaus und Mouffes im Mittelpunkt. Hervorzuheben ist hier Stefanie Wöhls Artikel, der sich des Themas Geschlechterverhältnisse annimmt und als einziger einen Bezug zu aktuellen sozialen Bewegungen herstellt. Ihre Antwort auf die Frage, ob und wie sich Chantal Mouffes Kritik des Essentialismus mit feministischer Theorie und Praxis verbinden lässt, fällt ambivalent aus. Anhand von Gender-Mainstreaming-Politiken zeigt sie, dass ein „radikaldemokratischer" Blick im Sinne Laclaus und Mouffes wichtige Hinweise darauf liefern kann, wie Subjektpositionen – etwa (heterosexuelle/r) „Mann" und „Frau" – beständig diskursiv produziert werden. Gleichzeitig jedoch weist sie auf die Grenzen der Diskurstheorie hin, die verfestigte Strukturen und auf Dauer gestellte Institutionen in ihrer Wirkmacht nicht angemessen berücksichtigt.

Weitere Anwendungsbeispiele sind die „Erfindung" der Sozialen Marktwirtschaft in der BRD (Martin Nonhoff), Untersuchungen zur (Nicht-)Existenz einer EU-europäischen Identität (Cornelia Bruell) sowie die „Nation" als leerer Signifikant im politischen Diskurs Frankreichs seit Beginn des 19. Jahrhunderts (Daniel Schulz). Sie alle liefern durchwegs interessante Einblicke, wobei mal mehr, mal weniger klar ist, ob das hochkomplexe Theoriegebäude des Postmarxismus tatsächlich für die konkrete Forschungsarbeit notwendig gewesen wäre. Auffällig ist jedenfalls, dass der Blick auf „das Politische" bei allen den Blick auf „die Politik"

bedeutet. Während etwa an Antonio Gramsci angelehnte Hegemonietheorien stets aufgefordert sind, die Ebenen des „Alltagsverstands“, der Alltagspraxen, der Selbst- und Weltverständnisse individueller und kollektiver AkteurInnen in die Analyse mit einzubeziehen, gerät in den an Laclau und Mouffe anschließenden Varianten genau das – zumindest hier – kaum in den Blick.

Insgesamt bleibt die Lektüre des Buches unbefriedigend. Zwar wird ein Überblick zur gegenwärtigen postmarxistischen Forschungsarbeit geboten, doch wird dabei der Anschein erweckt, als würden all diese WissenschafterInnen einsam in kleinen Studierzimmern sitzen, ohne je mit KollegInnen sprechen zu dürfen, die sich der gleichen theoretischen Strömung zurechnen. Denn von einer Debatte im Sinne eines kritisch-produktiven Austausches, in dem um gemeinsame Begriffe gestritten und auf Einwände von Anderen eingegangen wird, kann hier keine Rede sein. Dies fällt insbesondere bei Alex Demirović auf, dessen schlaue Kritik neugierig macht, wie darauf von diskurstheoretischer Seite reagiert würde – wenn es diese Reaktion denn gäbe. Das soll nicht heißen, dass eine theoretisch informierte Linke nichts von einer Auseinandersetzung mit Laclau und Mouffe zu gewinnen hätte. Diese muss schließlich die Frage beschäftigen, wie partikulare Forderungen subalterner AkteurInnen sich zumindest potentiell so verallgemeinern können, dass der bürgerliche Staat sich nicht mehr auf die aktive oder passive Zustimmung breiter Mehrheiten verlassen kann und die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise an alltäglicher Selbstverständlichkeit verliert. Zur Feinanalyse dieser Prozesse, die auf politischer Ebene zwischen den Polen von Partikularität und Allgemeinem sich vollziehen, tragen die von Laclau und Mouffe formulierten Begriffe einiges bei. Indem sie aber Klassen auf durch Identitätslogik formierte Kollektivakteure und das in der Praxis der Produktion angelegte Ausbeutungsverhältnis auf einen diskursiv artikulierten Antagonismus reduzieren, wird ihre Welt zur flachen Scheibe, auf der politische Praxen unbehelligt von „vordiskursiven“ Realitäten (wie Produktionsverhältnissen oder gesellschaftlicher Arbeitsteilung) und in aller Kontingenz wuselnd für Komplexität sorgen. Um ihre Diskurstheorie für linke Theorie und Praxis fruchtbar zu machen, müsste sie in Bezug zur Leitfrage Antonio Gramscis – in dessen Tradition der Postmarxismus sich gerne sieht – gestellt werden: „Will man, daß es immer Regierte und Regierende gibt, oder will man die Bedingungen schaffen, unter denen die Notwendigkeit der Existenz dieser Teilung verschwindet?“[6] Hier fehlt nicht nur die Antwort, viel schlimmer noch: Nach Lektüre der meisten in diesem Band versammelten Beiträge würde eine solche Frage wohl niemandem einfallen.

**E-Mail: benjamin.opratko@gmx.at**

**Anmerkungen:**

1 Vgl. E. Laclau/C. Mouffe, Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics, London: Routledge, 1984; dt. Übersetzung: dies., Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus, übers. von M. Hintz/ G. Vorwallner, Wien: Passagen, 1991.
2 Vgl. das erste von Laclau publizierte Buch, ders., Politics and Ideology in Marxist Theory. Capitalism, Fascism, Populism, London: New Left Books, 1977. Laclau selbst war in den 1960er und 1970er Jahren als studentischer Aktivist in Buenos Aires und später als führendes Mitglied der linksnationalistischen Partido de la Izquierda Nacional in Argentinien aktiv.
3 O. Marchart (Hg.), Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus, Wien: Turia + Kant, 1998. Das inzwischen vergriffene Buch, in dem im Gegensatz zum hier besprochenen vor allem internationale Beiträge versammelt sind, ist erfreulicherweise vom Verlag online gestellt worden: http://www.turia.at/downloads/laclau.pdf.
4 Das Buch, so erfahren wir im Vorwort, „ist Ergebnis des Workshops Discourse, Democracy, Hegemony: Resumé and Future Prospects of the Political Theory of Ernesto Laclau and Chantal Mouffe, der am 9. und 10. Dezember 2005 am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen stattgefunden hat“.
5 E. Laclau, On Populist Reason, London: Verso, 2005.
6 A. Gramsci, Gefängnishefte, Bd. 7, Hamburg: Argument, 1991ff., 1713-4.

*Ursprünglich erschienen in: „Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft" Nr. 10/75, Trikont-Verlag, München 1975, sowie in Bergmann/Jansen/Klein (Hrsg.), „Autonomie im Klassenkampf. Beiträge zum Kampf gegen die Fabrikgesellschaft" Verlag Association, Hamburg, Trikont-Verlag, München, 1978. Die alte deutsche Rechtschreibung wurde beibehalten; die vier mit der Anmerkung „entfällt" versehenen Fußnoten sind ebenfalls aus dem Original übernommen.*

Angelika Ebbinghaus

# Taylor in Russland

### Vorbemerkung

Der vorliegende Aufsatz ist im Rahmen einer noch nicht abgeschlossenen Dissertation mit dem Arbeitstitel „Eine historisch-kritische Darstellung der Arbeits- und Betriebspsychologie" entstanden. So setzt dieser Aufsatz zum Teil Inhalte und Begriffe, die im Gesamttext vorher beschrieben und entwickelt werden, als bekannt voraus. Damit der Leser versteht, in welchem Kontext diese Teilstudie geschrieben wurde, will ich die zentralen Fragestellungen der gesamten Arbeit zumindest kurz benennen.

Ausgangspunkt ist die Untersuchung der „Wissenschaftlichen Betriebsführung", so wie sie zum ersten Mal zusammenhängend von F. W. Taylor formuliert und in verschiedenen amerikanischen Stahlfabriken im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts auch praktiziert wurde. Auf dem Hintergrund der Arbeiterkämpfe dieser historischen Periode, aber auch des chronischen Mangels an Facharbeitern in den USA, wird der Taylorismus vor allem als Versuch gewertet, nun auch das Kommando des Kapitals reell auf die subjektiven Produktionsbedingungen (also den Menschen in der Produktion) auszudehnen. Die „wissenschaftliche Analyse" des konkreten Arbeitsablaufs (Bewegungs- und Zeitstudien) dient letztlich nur dem Ziel, den „Störfaktor Mensch" in der Produktion soweit als möglich auszuschalten, indem sein Aufgabenbereich radikal eingeschränkt und jede konkrete Tätigkeit bis ins Detail vorgeschrieben wird. Im Mittelpunkt steht die These, daß der Taylorismus in erster Linie einen unmittelbaren Angriff auf die traditionelle Stellung der Facharbeiter in der Fabrik darstellt. Und indem er die materielle Basis der Facharbeit aufzulösen beginnt, entzieht der Taylorismus auch der traditionellen Arbeiterbewegung einen wichtigen Teil ihrer politischen Kampfinhalte und -forderungen.

In einem zweiten Abschnitt wird dann untersucht, wie und unter welchen Modifikationen sich die Arbeitswissenschaften in Deutschland herausbilden und erstmalig während des I. Weltkrieges und auf breiter Ebene dann in den 20er Jahren in den Fabriken zur Anwendung kommen. Der Taylorismus wird, da er den „Faktor Mensch in der Produktion" ungenügend berücksichtigt, als Ingenieurismus kritisiert und die Einbeziehung psychologischer und arbeitsphysiologischer Erkenntnisse gefordert. So hat sich zwar an den prinzipiellen Zielen der „Wissenschaftlichen

Betriebsführung“ nichts geändert, außer daß sie unter Einbeziehung psychologischer und arbeitsphysiologischer Methoden effektiver wurde und mit geringerem Widerstand auf Seiten der Arbeiter in den Fabriken eingeführt werden konnte.

In diesem Kontext und einer eindeutigen Bestimmung des Taylorismus als weiteren Schritt hin zu einer Verallgemeinerung kapitalistischer Produktionsmethoden ist dann auch die politische Bedeutung der „Wissenschaftlichen Arbeitsorganisation“ (WAO) in der UdSSR unmißverständlich.

Meiner Meinung nach muß die Diskussion um die Einschätzung des sowjetischen Wegs zum Sozialismus in den Anfängen der 20er Jahre gerade auch darüber geführt werden, wie die Bolschewiki sich eine sozialistische Produktion eben auch bezogen auf die konkreten Formen der Arbeitsorganisation vorstellten bzw. realisierten. Das heißt natürlich auch die Frage stellen, inwieweit die Übernahme der fortgeschrittensten Ausbeutungsmethoden alles andere als einen Weg zu sozialistischen Produktionsmethoden ermöglichte oder doch zumindest freilegte. In diesem Zusammenhang sollte man miteinbeziehen, daß die Faszination der Bolschewiki für den Taylorismus sich nicht auf die Fabriken beschränkte, sondern diese Organisationsvorstellungen auch in weiten Bereichen des Alltags mit viel Aufwand propagiert wurden, so z. B. der Konstruktivismus in der Kunst oder Bestrebungen, die auf eine Mechanisierung der Sprache abziehen.

Abschließend sei nur noch auf die Bewegung der „Zeitliga“ hingewiesen, die es sich unter der Leitung von Gastev zum Ziel gesetzt hatte, den sowjetischen Alltag in tayloristischer Manier zu ökonomisieren. Für die Abwegigkeit dieses ganzen Unterfangens spricht ein Aufruf dieser Bewegung Bände:

„Vor allem mache die Mechanik der Zeit ausfindig, dann erst reformiere! Die Zeit berechnen, heißt länger leben. Die Zeittabelle ist: ein Schlüssel für die Ökonomie der Zeit, ein Schlüssel für eine planmäßige Arbeit, ein Schlüssel für ein gesundes Regime, ein Schlüssel für eine geistige Hygiene, ein Schlüssel für einen unerschütterlichen Willen.

Wenn du den Schlüssel für die Zeit hast, dann bis du bewaffnet, bist der Ingenieur deines Lebens, bist der Monteur auch der Zeit der Anderen, der Fabrik, der Institution. Halte Dir eine Zeitrechnungstabelle und Du wirst eine Revolution der Zeit hervorrufen.“

(Zit. nach R. Fülop-Miller, „Geist und Gesicht des Bolschewismus“, Zürich-Leipzig-Wien 1926, S. 276).

**Die „Wissenschaftliche Betriebsführung“ vor der Oktoberrevolution**

Bei den Unternehmern und Ingenieuren Vorkriegsrußlands hat die Auseinandersetzung mit den westeuropäischen und nordamerikanischen Initiativen zur „Wissenschaftlichen Betriebsführung“ eine überraschend große Rolle gespielt. Dieser Sachverhalt kann nur vor dem Hintergrund der besonderen Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung in Rußland richtig beurteilt werden.

Bis in die 90er Jahre des 19. Jahrhunderts war die volkswirtschaftliche Struktur Rußlands – nicht zuletzt wegen des Scheiterns der Aufstände des Adels und der Intelligenz gegen die Autokratie und wegen des Steckenbleibens der Agrarreform von 1861 – im Stadium einer vorkapitalistisch-agrarischen Gemeinwirtschaft stehengeblieben.[1] Die industrielle Revolution hatte nur einzelne Branchen erobert, aber diese vereinzelten modernisierten Wirtschaftsinseln[2] hatten keinerlei Einfluß auf die sie umgebende „obstschina“ (dörfliche Gemeinwirtschaft) gehabt. Die halbherzige Bauernbefreiung von 1861 hatte diesen Zustand nicht aufgebrochen, sondern weiter zementiert. „Aus der agraren Revolution von 1861 erwuchs nichts Neues, keine neue arbeitende Klasse, kein kapitalkräftiges Bürgertum, und (...) so konnte es mit der Industrie im Innern des Reiches nicht recht vorwärts gehen.“[3] Nicht nur für die revolutionäre Intelligenz sollte der fehlende innere Markt zum Zentralproblem werden.[4]

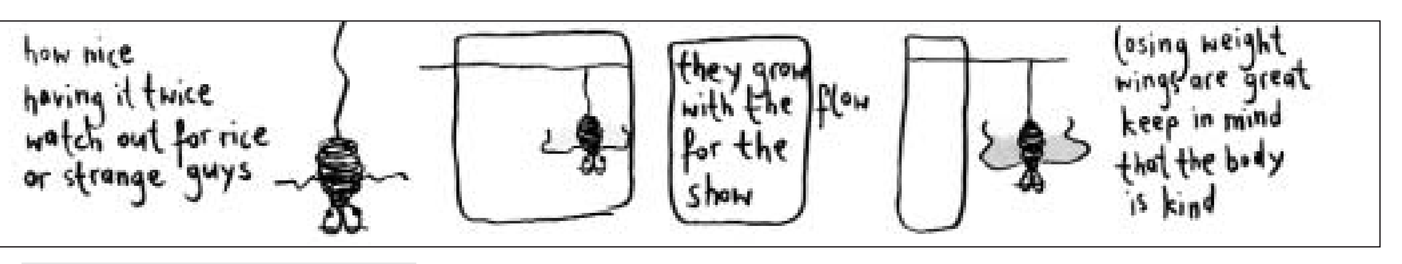
Erst 1892 konstituierte sich über die Staatsregierung ein innerer Markt[5] Indes war es von Anfang an ein gespaltener Markt, den Finanzminister Vitte schuf. Die Intervention der staatlichen Autokratie zugunsten einer forcierten wirtschaftlichen Entwicklung diente nur der Vorbereitung imperialistischer Expansion.[6] Vittes Konzept unterwarf sich ganz diesen Bedingungen: oberste Priorität hatte der staatlich finanzierte Ausbau des Eisenbahnsystems, unmittelbar danach rangierte die Expansion der Schwerindustrie, während Pläne für eine umfassende Industrialisierung Rußlands, die allein den Lebensstandard der Bevölkerung hätte heben können, völlig fehlten.[7] Aufgrund dessen vertiefte sich die Kluft zwischen ein paar wenigen Industrialisierungsinseln und der vorkapitalistischen Subsistenzwirtschaft. Letztlich bezahlte die „obstschina“ über ein entsprechendes Steuersystem den Eisenbahnbau und die Schwerindustrie. Dieser Tribut verhinderte zugleich jede auch nur minimale technologische Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsstruktur.

Verschärfte Bauernunruhen und ein ausgeprägter Radikalismus seitens der knapp zwei Millionen

Bauern-Proletarier, der jede für einen ungestörten Produktionsablauf notwendige Arbeitsdisziplin immer wieder untergrub, sorgten dafür, daß die Ansätze zur Teilindustrialisierung à la Vitte um die Jahrhundertwende zum Stillstand kamen. Den Höhepunkt des Massenwiderstands im Jahr 1905 hat die zaristische Autokratie zwar noch einmal überlebt. Und dem russischen Wirtschaftssystem war sogar eine bescheidene zweite Prosperitätsperiode beschieden, nachdem der Staat sich weitgehend aus der Wirtschaft zurückgezogen, das Feld den Banken und dem Auslandskapital überlassen hatte und die Stolypin'schen Reformen erstmals die Strukturen der „obstschina" aufzubrechen und aufzulösen begannen.[8] Gleichwohl ist auch bis zum ersten Weltkrieg eine wirklich entscheidende Verbreitung der Kapitalakkumulation unterblieben. In den zentralen russischen Industrieregionen entstanden riesige Großunternehmen[9], die über eine drei Millionen – verglichen mit der Anzahl der Bauern – kleine Arbeiterklasse herrschten. Diese Arbeiter hatten sich keineswegs schon von der dörflichen Gemeinschaft völlig losgelöst: sie fluktuierten zwischen Stadt und Land, entzogen sich jeder längerfristigen Fabrikdisziplin und erfuhren nirgends eine den europäischen Facharbeitern entsprechende Qualifikation.[10] Ihre Lebensbedingungen waren weit unter dem inzwischen erreichten westeuropäischen Niveau. Die sektorale Beschränkung der industriellen Revolution ließ denn auch Versuche, die Arbeiter durch massive Lohnsteigerungen und sozialpolitische Maßnahmen an die Produktion zu binden, nicht zu. Die russischen Unternehmer zogen es vor, eine solche Arbeiterklasse, „as was available was uneducated, restless and fitful in its habits, often trying to submerge the sense of frustration and loneliness in alcoholic excesses with consequent absenteeism, low productivity, and rebellion against the rules of factory discipline"[11], durch den Import der modernsten nordamerikanischen und westeuropäischen Technik zu ersetzen. Natürlich waren die russischen Unternehmer dabei in ihren Möglichkeiten begrenzt. Das Ergebnis war, daß sie selbst innerhalb der wachstumsintensiven Zweige Eisen- und Stahlindustrie sowie Maschinenbau gezwungen waren, die ehrwürdige petrinische Manufaktur mit den modernsten Maschinen zu kombinieren. Auf viele ausländische Besucher haben in der Vorkriegsperiode die russischen Großbetriebe deshalb wie Industriemuseen gewirkt. Wenn „increasingly the eyes of engeneers and factory managers turned toward the United States"[12], geschah dies nicht aus abstrakter Technik-Begeisterung, sondern unter dem Druck der revoltierenden und undisziplinierten russischen Arbeiter. Die Geschichte der industriellen Revolution in den europäischen Ländern und in den USA hatte zur Genüge gezeigt, daß die mechanisierte Produktion, indem die Maschine den Arbeitsgang und Arbeitstakt vorschreibt, durchaus ein Mittel ist, die Arbeiter in die nötige Fabrikdisziplin zu zwingen.

Es liegt nahe, daß jene russischen Manager, die modernste Investitionskapitalien aus Deutschland und den USA importierten, zugleich mit den neuesten Methoden der Betriebsführung und -organisation bekannt wurden. Die Schriften der Taylor-Schule waren in Rußland wahrscheinlich früher bekannt als in Westeuropa, sie waren lang vor dem ersten Weltkrieg „familiar to a group within that country".[13] Die erste mir bekannt gewordene Erörterung des Taylorsystems stammt aus dem Jahr 1904, und zwar von B. R. Poljakow;[14] durch sie wurde eine ausführliche Diskussion der Taylor'schen Prinzipien im „Bulletin der Polytechnischen Gesellschaft" provoziert, welche sich auch durch die Revolutionsereignisse des Jahres 1905 nicht irritieren ließ.[15] Bis zum Kriegsausbruch hatte sich der Ingenieur Löwenstjern als bekanntester Taylor-Adept profiliert. Löwenstjern propagierte vor allem Taylors Differentiallohn; seine Vorrede zu Taylors Schrift „Ein vervollkommnetes Akkordlohnsystem"[16] hat offensichtlich erheblich zur Entwicklung des Akkord- und Prämienlohnsystems in der russischen Großindustrie beigetragen; wie Ermanski mitteilt, hat sich Löwenstjern auch nach 1918 als einer der bekanntesten Tayloristen profiliert.[17]

Auch die westeuropäische Arbeitsphysiologie bzw. Psychophysiologie wurde in Rußland schon vor dem ersten Weltkrieg diskutiert und teilweise sogar weiterentwickelt. Die Arbeiten Büchers[18] und Mossos – Mossos „Die Ermüdung" war schon 1893 in Petersburg in russischer Übersetzung erschienen[19] – wurden vor allem von solchen Verwaltungsbeamten und Ingenieuren ins Feld geführt, die seit 1912 gegen die Einführung von Taylors und




weiter gehts auf Seite 55

Gilbreths Prinzipien im Eisenbahnwesen polemisierten. Nach dem bislang zur Verfügung stehenden Material zu urteilen, hat sich bei der frühen russischen Kontroverse zwischen Tayloristen und Arbeitsphysiologien die nordamerikanische Richtung durchgesetzt. Die wichtigsten Schriften von Taylor, Gantt und Gilbreth waren bis 1913 ausnahmslos in russischer Sprache veröffentlicht.[20]

Welche reale Rolle spielte die „Wissenschaftliche Betriebsführung“ bei den Auseinandersetzungen zwischen russischen Unternehmern und Arbeitern? Der Versuch, die „Wissenschaftliche Betriebsführung“ in einigen Eisenbahnwerkstätten einzuführen[21], scheiterte offensichtlich am geschlossenen Widerstand der Eisenbahner.[22] Auch der Versuch, den „taylorisierten Arbeitsprozeß“ in der Munitionsindustrie durchzusetzen[23], wurde angesichts der seit 1916 verstärkt opponierenden Arbeitern zurückgenommen. Die Herstellung der Verbindung von modernster mechanisierter Produktion und Arbeitsorganisation, wie sie von der „Wissenschaftlichen Betriebsführung“ programmatisch vertreten wird, war in dieser Phase nicht gelungen. Die mechanisierte Produktion, mit ihren sozialen Auswirkungen auf die Arbeitenden, hatte sich in Rußland noch nicht etablieren und den sozialen Kontext der Bauern-Proletarier zerstören können. Die „Wissenschaftliche Betriebsführung“ blieb vorerst in den Köpfen des russischen industriellen Managements und wurde in den unterschiedlichsten intellektuellen Zirkeln diskutiert und gewissermaßen konserviert: erstens in der technischen Intelligenz, die sich im Krieg in den „Komitees der Kriegsindustrie“ eine gewisse Machtposition erobert hatte und seit März/April 1918 sich in den Planungszentralen des bolschewistischen Systems endgültig etablierte;[24] zweitens in der intellektuellen Linken, bis hin zur bolschewistischen Strömung. Daß der „linke“ Bolschewik und Organisationsphilosoph A. N. Bogdanov auch an W. Ostwald und vor allem K. Büchers „Arbeit und Rhythmus“ anknüpfte und damit einiges von der naturphilosophischen Basis der deutschen Arbeitsphysiologie in sein „energetisches Weltprinzip“ übernahm, ist noch viel zu wenig bekannt.[25] Zu verweisen ist nicht zuletzt auch auf Lenin, der sich 1914 die Startlöcher für die Propagierung eines auf deutscher Kriegswirtschaft und Taylor fußenden „Staatskapitalismus“ gegraben hat; schreibt er doch im März 1914, in einem doppelbändigen Zeitungsartikel, das Taylorsystem bereite „ohne Wissen und gegen den Willen seiner Erfinder die Zeit vor, wo das Proletariat die ganze gesellschaftliche Produktion in seine Hände nehmen und eigene Arbeiterkommissionen einsetzen wird, um die gesamte gesellschaftliche Arbeit richtig zu verteilen und regeln“[26] – als ob das Taylorsystem nicht in seinem ganzen Inhalt gegen jede Selbstbestimmung und Emanzipation der Arbeiter gerichtet wäre.

### Das vorübergehende Desaster der „Wissenschaftlichen Betriebsführung“ im russischen Oktober und deren Wiederentdeckung durch die Bolschewiki im Frühjahr 1918

Die arbeitswissenschaftliche Bewegung ging jedoch zunächst einmal im revolutionären Prozeß, der zwischen Februar und November 1917 von den russischen Bauern und Arbeitern initiiert wurde, zusammen mit der alten wirtschaftlichen und politischen Ordnung unter. Die Meuterei der Armee, die Bauernunruhen und die Radikalisierung der Industriearbeiter griffen derart intensiv ineinander, daß bis Anfang 1918 alle institutionellen Versuche zur Stabilisierung der Verhältnisse von oben, kaum begonnen, schon untergraben wurden. Selbst die Bolschewiki, denen es am 6. November 1917 gelungen war, durch den Petersburger Aufstand die provisorische Regierung Kerenskis abzulösen, wurden nach ihrer Machtergreifung vorübergehend von den Massen weit über ihre der II. Internationale und der deutschen Sozialdemokratie verpflichteten Doktrinen hinausgetrieben.[27] Mit ihrer fast zwanzigjährigen bolschewistischen Parteigeschichte hatte der durch die Lenin'schen Aprilthesen sanktionierte Kurswechsel bis zum Februar/März 1918 nur noch wenig zu tun.[28] Natürlich war dieser durch den Radikalismus der Bauern, Soldaten und Arbeiter erzwungene vorübergehende Bruch nur unvollständig; aus dem Lenin'schen Pamphlet „Staat und Revolution“ etwa ist trotz der Forderung nach Lohngleichheit die Bindung an die II. Internationale, welche den Sozialismus mit einer beschleunigten staatlich-zentralistischen Wirtschaftsentwicklung gleichsetzte, deutlich herauszulesen.[29] Gleichwohl blieb der bolschewistische „Rat der Volkskommissare“ vorerst Gefangener der bis Ende 1917 an Stoßkraft zunehmenden Massenkämpfe. Um die tatsächliche Entwicklung der russischen Revolution zu verstehen, ist es wichtig, zumindest die reale Alternative, die in diesen Monaten möglich oder denkbar war, zu nennen. Die Möglichkeit nämlich, auf der Basis der von den Fabrikkomitees betriebenen Aneignungsaktionen und der gigantisch angewachsenen „schwarzen Umverteilung“ seitens der Bauern eine zentrale Wirtschaftsadministration aufzubauen, die jenseits des alten Vitte'schen Dilemmas und der späteren bolschewistischen Wirtschaftspolitik mit ihrem „Kriegskommunismus“, der „NEP“ (Neue ökonomische Politik) und der Zwangskollektivierung der Bauern gelegen hätte. Die erste Allrussische Gewerkschaftskonferenz, im Januar 1918 abgehalten[30] [31], stand noch ganz im Einfluß zweier unumstößlicher Grundsätze: der unter proletarischer Leitung zu entwickelnden Über-

gangswirtschaft im Sinn des den Vorstellungen der nordamerikanischen IWW sehr nahe kommenden Industrieverbandsprinzips[32] und der notwendigen internationalen Stabilisierung der russischen Revolution.

Zwischen Januar und März 1918 setzte auf Initiative des bolschewistischen Machtzentrums um Trotzki und Lenin die große Wende ein: die Verwirklichung der sich unter schweren Konflikten abzeichnenden revolutionären Übergangsstrategie sei aufgrund des volkswirtschaftlichen Zusammenbruchs im Innern und der drohenden Offensive der deutschen Obersten Heeresleitung von außen unmöglich geworden.[33] [34] Was die äußere Konstellation betrifft, lag dieser Hypothese eine krasse Fehleinschätzung der von den Bolschewiki schon immer maßlos überschätzten deutschen Kriegs- und Rüstungsmaschinerie[35] zugrunde, und hinsichtlich der inneren Konstellation wurde von den linken Sozialrevolutionären und den späteren „linken" Bolschewiki darauf hingewiesen, daß der innere Zusammenbruch allenfalls dann bevorstehe, wenn der revolutionäre Elan der Arbeiter, Bauern und Soldaten angegriffen werde: „Würde die russische Revolution von der bürgerlichen Konterrevolution gewaltsam niedergeworfen, so würde sie sich wie ein Phönix wieder erheben; verlöre sie jedoch ihren sozialistischen Charakter und enttäuschte dadurch die arbeitenden Massen, dann hätte dieser Schlag für die Zukunft der russischen und der internationalen Revolution zehnmal schrecklichere Folgen ... Wenn die Regierung der russischen Revolution im Interesse einer Atempause zurückweicht ... Wenn sie vor den Forderungen des ausländischen Kapitals zurückweicht, dann wird sie gezwungen sein, das schon begonnene Werk wieder einzureißen."[36]

Ungeachtet solcher und ähnlicher Warnungen wurden in wenigen hektischen Wochen, deren Ablauf wir hier nicht zu rekonstruieren haben[37] die radikalisierten Arbeiter, Bauern und Soldaten aus der Selbstgestaltung ihrer Geschichte wieder ausgeschaltet. Die bolschewistische Zentralregierung stabilisierte ihre Machtposition auf der Grundlage eines Annexionsfriedens mit der deutschen Obersten Heeresleitung. Helphand, der geheime Mittelsmann der Bolschewiki zur deutschen Generalität, hatte aufgrund seines Wissens von der Prägung des russischen Marxismus durch die deutsche Sozialdemokratie recht behalten: „Wenn sie (die Bolschewiki, A. E.) das Abenteuerliche ihrer Pläne abgelegt haben werden, müssen sie ihren Anschluß an die deutsche Sozialdemokratie und an die deutsche Kultur wiederfinden."[38] Der Wiederanschluß eines Trotzki und Lenin an die deutsche Sozialdemokratie lag frappierend nah an der von Wissell und Legien propagierten Nachkriegslinie: Lenin verhehlte seit März 1918 in seinen Broschüren nicht, daß die Rekonstruktion Rußlands mit einer Mischung von deutscher staatskapitalistischer Rüstungswirtschaft, Taylor und Elektrifizierung identisch sei.[39]

Wie die Entwicklung seit März 1918 zeigt, besteht aller Anlaß, diese Phrase ernst zu nehmen. Den Anfang machte Trotzki, der als frischgebackener Kriegskommissar die demokratische Umwälzung in der Armee schlagartig rückgängig machte.[40] Unmittelbar darauf wurde der proletarische Verwaltungsapparat der Eisenbahn ausgeschaltet – und berüchtigtes Beispiel der inzwischen rigoros vom entstehenden bolschewistischen Staatsapparat gegen die Selbstorganisation ins Feld geführten diktatorialen „Einmannleitung".[41] [42] Der dritte Schlag wurde auf mehreren Ebenen gleichzeitig gegen die Industriearbeiter geführt. Hinter dem Wust der leninschen und trotzkischen Parolen zur Reorganisation der Arbeitsdisziplin in einem mit der deutschen Rüstungswirtschaft gleichgesetzten „staatskapitalistischen" Wirtschaftsprogramm verbarg sich eine klare politische Linie gegenüber den Arbeitern. Im Zentrum stand die Entscheidung, die aus der vorrevolutionären Zeit gewonnenen Ansätze zur Lohndifferenzierung zu übernehmen und als Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität weiter auszubauen.

Diese Entscheidung, endgültig anläßlich des ersten allrussischen Kongresses der Volkswirtschaftsräte im Mai 1918 durchgesetzt, hatte Konsequenzen von ungeheurer Tragweite.[43] Es ist nicht so, daß der russische Oktober bis zum Frühjahr 1918 schon massive Schritte zur Vereinheitlichung des Lohnsystems unternommen hätte; im Februar 1918 lagen beispielsweise die Löhne der Petersburger Eisen- und Stahlarbeiter zwischen 225 und 600 Rubel monatlich.[44] Der entscheidende Bruch liegt vielmehr darin, daß sich das bolschewistische Machtzentrum in aller Deutlichkeit von den seit dem Sommer 1917 auch von ihm selbst in Umlauf gebrachten Parolen von der Lohngleichheit distanzierte.[45] Mit diesem Schritt waren die radikalen und nichtprofessionellen Arbeiter, die zusammen mit den Bauern den russischen Oktober getragen hatten, wieder ausgeschaltet.

Am Ende sollte ein neu hierarchisierter Arbeitsprozeß stehen, bei dem der vor jedem Anflug von Arbeiterinitiative geschützte „spezy" (technischer Leiter und Manager) über Lohndifferenzierung, Zerlegung der Arbeitsoperationen und Arbeitsteilung bestimmte. Die erste Verordnung zur Stärkung der Positionen des technischen Managements gegenüber den Arbeiterkollektiven wurde vom inzwischen „gesäuberten" obersten Volkswirtschaftsrat genau am Tag des Brester Friedensschlusses herausgebracht.[46] [47]

Die Kampagne des bolschewistischen Zentrums, die sich im Verlauf des Jahres 1918 mit ihren Parolen zur Arbeitsdisziplin, zum scharfen Durchgreifen zugunsten der Arbeitsproduktivität, buchstäblich überschlug[48] und gleichzeitig von einer fatalen Unterdrückung der Bauernbewegung begleitet war, zeitigte frappierende Resultate. Schon vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs im Sommer 1918 kam es zu einem eklatanten Rückgang der Arbeitsproduktivität; und vom Sommer 1918 bis zum Herbst 1920 sollten sich die verheerenden äußeren Umstände des Bürgerkriegs mit einer nicht weniger verheerenden Industrie- und Landwirtschaftspolitik kombinieren. Tatsächlich wird mit der Phrase „Kriegskommunismus" die entscheidende innere Ursache für den buchstäblichen Verfall der russischen Volkswirtschaft bis 1920/21, die radikale Ausschaltung der Arbeiterinitiative und die zusätzliche Ausplünderung der Bauern durch die Übertragung eines reifen kapitalistischen Management-Konzepts auf ein Entwicklungsland, mehr als beschönigt. Je mehr Elemente der „Wissenschaftlichen Betriebsführung" eingeführt wurden, desto rascher sank die Arbeitsproduktivität und desto mehr zogen sich die Arbeiter auf jene Widerstandsformen zurück, mit denen sie schon das Vitte'sche Entwicklungsmodell zu Fall gebracht hatten: sie sabotierten die Produktion, arbeiteten schlechter denn je, oder zogen sich kurzerhand in die außerordentlich stark reaktivierte „obstschina" zurück.[49] Dabei wirkte sich das Sinken der Arbeitsproduktivität des Durchschnittsarbeiters viel stärker als der quantitative Rückgang der Industriearbeiter aus.[50] Das Ergebnis war, daß in einem Wirtschaftssystem, das konsequenter noch als im entwickelten Westen den technischen Manager in der Industrieverwaltung etablierte und gegenüber den Arbeitern eine rücksichtslose militärische Disziplin anwandte, 1920 die Gesamtproduktion auf etwa 13 Prozent des Vergleichsjahrs 1913 zurükkgefallen war.[51]

Erst der Petersburger Massenstreik, umfangreiche Bauernrevolten und der Kronstädter Aufstand im Frühjahr 1921 machten den Kurswechsel von März 1918 zugunsten einer privatwirtschaftlichen Atempause rückgängig.

### Der Aufschwung der „Wissenschaftlichen Betriebsführung" in der Etappe der „Neuen ökonomischen Politik"

Es schien, als wäre der „Neuen ökonomischen Politik" von seiten der Bolschewiki die Funktion zugedacht, nun endlich die grobschlächtige Trias von Taylor, deutscher Kriegswirtschaft und technischen Fortschritt zu realisieren.[52] Auf jeden Fall sollte die jetzt gewonnene Atempause genutzt werden, um die disziplinlosen und aufsässigen russischen Arbeiter in einen auf Produktivität um jeden Preis bedachten Arbeitsprozeß zu binden. Die Schaffung eines Arbeitsprozesses, der die manuellen Arbeiter von jeglicher technisch-intellektuellen Gestaltung ausschloß und eine zugespitzte Arbeitsteilung mit einem entsprechend differenzierten Belohnungssystem für gute Arbeitsmoral koppelte – der also den Arbeiter zum ohnmächtigen Anhängsel des Maschinensystems degradierte – blieb oberstes Ziel des ersten „Arbeiterstaates" der Weltgeschichte.



Die ersten tastenden Versuche zur Etablierung der „Wissenschaftlichen Betriebsführung" wurden von den führenden Köpfen des bolschewistischen Zentrums persönlich eingeleitet. Niemand anders als Trotzki kann sich rühmen, aus Sorge um die Verbesserung des Leistungsniveaus im russischen Eisenbahnwesen den ersten internationalen arbeitswissenschaftlichen Kongreß inauguriert zu haben.[53] Die erste „allrussische Konferenz für Initiativen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation und Betriebsführung" fand vom 20. bis 27. Januar 1921 in Moskau statt. Sie kristallisierte sich um die Frage, „welche Stimuli muß man anwenden, welche Interessen muß man in dem russischen Arbeiter wecken, um aus ihm in der sozialistischen Gesellschaft die maximale Arbeitsleistung bei der größten Arbeitsfreude herauszuholen" – klarer ging es nicht, und unter diesem Motto stand nicht nur das Einleitungsreferat eines Repräsentanten des Obersten Volkswirtschaftsrats.[54] Als erster Hauptredner folgte der schon erwähnte altbolschewistische Theoretiker A. N. Bogdanov, er sprach über den Zusammenhang zwischen Organisationswissenschaft und wirtschaftlichem Plan.

Er vertrat die These, daß die jetzigen sozialen „ungeordneten" Zustände der russischen Verhältnisse für eine technisch revolutionäre Umwälzung besonders günstig seien.[55] Anschließend an Bogdanov kam mit dem Physiologen W. M. Bechterev (Thema: „Über die rationelle Ausnutzung der menschlichen Kraft in der Arbeit") ein Repräsentant der arbeitsphysiologischen Schule zu Wort, der den aktuellen Stand der Forschung über Ermüdung, Arbeitsrhythmik, Arbeitstraining, Ernährungsphysiologie usw. zusammenfaßte; seine Ausführungen gipfelten in der Forderung, bei der Entwicklung der Arbeitsorganisation all diese Faktoren miteinander in Übereinstimmung zu bringen.[56] Indes wurde der Verlauf der Konferenz weder von Bogdanov noch von Bechterev bestimmt. In gewissem Sinn waren beide eklektizistische Exponenten der westeuropäischen Ansätze zur Verwissenschaftlichung des Arbeitsprozesses und die Kongreßteilnehmer fanden erst in J. Ermanski, einem

der späteren Redner, einen universalen orientierten Verfechter der westeuropäischen arbeitswissenschaftlichen Bewegung. Ermanski sprach „über die positiven und negativen Seiten des Taylorismus", wobei er die Verbesserung der Arbeitsorganisation, den qualitativen Sprung in der Arbeitsteilung usw. zur positiven, alle mit dem Namen Taylor verknüpften Ansätze zur Arbeitsintensivierung zur abzulehnenden Seite zählte.[57]

In Übereinstimmung mit der psychophysischen Arbeitsbewegung Westeuropas forderte er die Bestimmung des jeweiligen „Arbeitsoptimums", welches auf die Ergebnisse der Ermüdungs- und Rhythmenforschung sowie Bewegungsstudien begründet werden und alle Ansätze zum volkswirtschaftlich ineffektiven „Arbeitsmaximum" à la Taylor, Gantt und Gilbreth strikt ausschalten müsse. Ermanski wurde unter verschiedenen Aspekten angegriffen[58], es steht jedoch fest, daß die Attacken vor allem der Polemik gegen die Lohnanreizmethoden der Taylor'schen Richtung gegolten haben. Auf jeden Fall fehlte es nicht an Referenten, die unter großem Applaus das Taylorsystem begeistert gefeiert und die „organische Verschmelzung" der Propaganda des Taylorismus mit der Propaganda des Sozialismus gefordert haben.[59]

Somit waren drei Jahre nach dem russischen Oktober die arbeitswissenschaftlichen Vorkriegsströmungen Rußlands wieder voll vertreten. Wie vor 1914 dominierte die Taylorbegeisterung bei den Funktionären des neuen staatskapitalistischen Wirtschaftsapparats, wenn auch in einer Kongreßresolution von einer „Identifizierung der Begriffe „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation" und „Taylorismus" Abstand genommen wurde".[60] Nur fungierten die arbeitswissenschaftlichen Schulen jetzt als staatlich sanktionierte Hebel zur Wiederankurbelung der Produktion – auch gegen den Widerstand der um die Ergebnisse der Revolution betrogenen Arbeiter. Eine Minderheit – allerdings ohne praktischen Einfluß – kritisierte die bedenkenlose Übernahme dieser produktivitätssteigernden Herrschaftsstrategien des reifen kapitalistischen Westens und schlug eine Wirtschaftspolitik vor, die in etwa dem von den Chinesen seit Mitte der 50er Jahre eingeschlagenen Weg entsprach.[61]

Wie der Kongreß zeigte, war demgegenüber das bolschewistische Machtzentrum entschlossen, die Prinzipien der „Wissenschaftlichen Betriebsführung" in der Produktion auch gegen jeden Widerstand der Arbeiter einzuführen. Innerhalb dieser strategischen Entscheidung waren zunächst alle Schulen und Richtungen der internationalen Bewegung zur Verwissenschaftlichung der Arbeitsorganisation anerkannt.[62]

**Die Taylorbewegung**

Der Hauptstützpunkt der Taylorbewegung während der NEP war das vom Zentralrat der Gewerkschaften im August 1920 gegründete Zentrale Arbeitsinstitut in Moskau.[63] Es wurde von einer Gruppe um A. K. Gastev praktisch aus dem Nichts geschaffen. Der „soziale Ingenieurismus", der hier entstand, versuchte, die Taylor'sche Lehre mit der stark von A. N. Bogdanov inspirierten „volksenergetischen" Grundeinstellung in eine Doktrin umzuwandeln, die das ganze soziale Leben in einem mechanisierten Produktions- und Verwaltungsapparat zusammenfaßte. Unumgänglich war dabei, „daß wir mit den Menschen umgehen wollen, wie mit einer Schraube, einer Schraubenmutter, einer Maschine".[64] Ausgangspunkt für die Mechanisierung waren aus der Sicht dieses Instituts zwei elementare Arbeitsbewegungen, nämlich Schlag und Druck.[65] Diese galt es in arbeitstechnischer, physiologischer und psychologischer Hinsicht zu erforschen.

Das Resultat war eine systematisch erarbeitete „Biomechanik von Schlag und Druck". Diese „universelle Methode", da sie in jedem Arbeitsprozeß immer wieder vorkam, sollte die Funktion eines verbindlichen Anlernverfahrens übernehmen. Denn wie Gastev schrieb, „man kann nicht fordern, daß ein Mensch unbedingt ein Handwerk erlerne, aber man muß unbedingt fordern, daß jeder Bürger die zwei Grunderscheinungen der Arbeit – den Schlag und Druck – ganz genau meistern soll". Denn „die fortdauernde Disqualifikation der Arbeitermassen, das völlige Fehlen lebendigen Schaffens (...) erheischt eine schnelle, rationelle Methode der Arbeitserlernung, das heißt der grundlegenden praktischen Arbeitsbewegungen (...) Das Objekt der Forschungen und Untersuchungsarbeiten müssen die elementarsten und gleichzeitig die am meisten typischen und in den Betrieben verbreiteten Arbeitsoperationen sein".[66]

In diesen Auffassungen wurde das Moskauer Zentralinstitut bis Ende der 20er Jahre von den Gewerkschaften und vom Obersten Volkswirtschaftsrat weitgehend unterstützt.[67] Das Institut versuchte u. a., Lehrlinge in Dreimonatskursen zu gelernten Schlossern auszubilden, ist dabei aber offensichtlich an der technisch noch nicht auf westeuropäischem Niveau stehenden Arbeitsteilung gescheitert.[68] In der Folgezeit mußte es in einer Auseinandersetzung mit Kritikern zugeben, daß unmittelbar praktische Leistungen vorläufig nur auf der Ebene der Betriebsleitung möglich seien. Deshalb sei auch besonderer Wert auf Taylor zu legen, was mit einer komplexen Entwicklung der „Wissenschaftlichen Arbeitsorganisation" jedoch

nicht unvereinbar sei: „Die Arbeiten Taylors auf dem Gebiete des Metallschneidens bilden die technisch zu bearbeitende Seite, seine nicht zu Ende geführte Theorie der Betriebsorganisation wird jetzt zu einer besonderen Wissenschaft ausgebildet, die Rationalisierung der Bewegung wurde Gegenstand der Biomechanik, die Gesetze der Ermüdung, die Taylor gestreift hat, wurden Gegenstand der Psychophysiologie. Es ist klar, daß das Wort „Taylor" jetzt nur als odioser terminus und nicht als Exponent des ganzen Komplexes der Probleme angesehen wird, die Taylor berührt hat".[69]

### Die psychotechnische Bewegung

Offensichtlich wurde die psychotechnische Bewegung längere Zeit durch die intensive Propagandatätigkeit des Zentralinstituts der Gewerkschaften an die Wand gedrückt. Noch auf dem zweiten arbeitswissenschaftlichen Kongreß, der 1924 stattfand, mußte sie ihre Existenzberechtigung verteidigen. Bis Sommer 1922 verfügte sie auch noch nicht über ein wissenschaftliches Zentrum, das die Unterstützung höchster Verwaltungsstellen genoß. Die heterogensten Ansätze zur Eignungspsychologie, Lehrlingsselektion und zur psychotechnischen Anpassung der Arbeiter an bestimmte berufliche Anforderungsbilder wurden allenfalls durch die ziemlich breite Parallelbewegung der Arbeitsphysiologen, durch den bekanntesten Gastev-Kritiker Ermanski und durch die Kommunistische Jugendorganisation Komsomol unterstützt.[70] Ein bescheidener Aufschwung setzte erst ein, als unter J. Spielrein vom „Volkskommissariat für Arbeit" ein „Laboratorium für industrielle Psychotechnik" gegründet wurde.[71] Im Zentrum der Tätigkeit stand die „Untersuchung der Berufe vom psychologischen Standpunkt und die Berufspsychographie". Die genaue Analyse der verschiedenen Tätigkeitsmerkmale der unterschiedlichsten Berufe, die von diesem Institut auf breiter Ebene durchgeführt wurden, diente der Entwicklung einer beruflichen Eignungsdiagnostik.[72]

Allmählich wurden die hier entwickelten psychotechnischen Methoden in die übrigen Bestrebungen der „Wissenschaftlichen Arbeits-Organisation" (WAO) – Arbeitsphysiologie, Ermüdungs- und Bewegungsstudien, Zeitstudien und Lohnanreizsysteme – vollständig integriert.[73]

Im Sog der ersten praktischen Erfolge des Spielrein-Instituts nahm die psychotechnische Bewegung schließlich seit etwa 1926/27 einen enormen Aufschwung.[74] Ähnlich orientierte regionale arbeitswissenschaftliche Zentren wie beispielsweise das Allukrainische Arbeitsinstitut in Charkow[75], das Zentrallaboratorium für Arbeitsforschung am Petersburger Institut für Gehirnforschung[76], die Fakultät für Sozialtechnik am Petrograder Technologischen Institut[77] und das Büro für wissenschaftliche Arbeitsorganisation des tatarischen Gewerkschaftsrats in Kazan[78] expandierten und entwickelten eine umfassende publizistische Tätigkeit, welche die der vergleichbaren westeuropäischen Institutionen bei weitem übertraf.

### Die „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation" als Massenbewegung

F. Baumgarten weist in ihrer für uns grundlegenden Untersuchung darauf hin, daß im Gegensatz zum entwickelten kapitalistischen Ausland die russische „WAO-Bewegung" bald über ihre wissenschaftlichen Zentren (1925 gab es etwa 60 WAO-Institute)[79] hinauswucherte und sich zu einer breiten gesellschaftlichen Strömung auswuchs. Lenin sorgte noch 1923 mit der auf ihn zurückgehenden Gründung des „Volkskommissariats für Arbeiter- und Bauerninspektion" dafür, daß in der Vielzahl der Tendenzen die technisch-administrativen Kader gegenüber den Arbeitern und Bauern die Oberhand behielten. Die Effektivierung des staatlichen Herrschaftsapparats war dafür unerläßliche Voraussetzung.[80] Eine weitere Zentralorganisation, der „Rat für wissenschaftliche Organisation" (Sownot), machte sich gleichzeitig daran, die speziellen arbeitswissenschaftlichen Institutionen zu koordinieren und überall in den Fabriken und Planungsinstitutionen „Zellen" für wissenschaftliche Arbeitsorganisation entstehen zu lassen.[81] Gegen Ende der NEP wurden weitere Vereinigungen gegründet, die sich wie etwa die „Zeitliga"[82] die Disziplinierung der Arbeiter an der Produktionsbasis zur Hauptaufgabe machten.

### Untergang und Restauration der „Wissenschaftlichen Betriebsführung" in der stalinistischen Rationalisierung

Alles in allem war die „WAO-Bewegung" in der Periode der „Neuen ökonomischen Politik" die bislang breiteste und initiativreichste. Sie ist trotzdem kläglich gescheitert. Der Widerspruch zwischen den aus dem reifen kapitalistischen Westen adaptierten Methoden der „Wissenschaftlichen Betriebsführung" und den unmittelbaren Erfordernissen einer primären Disziplinierung der Arbeiter für eine erst noch zu durchlaufende industrielle Revolution war zu groß. Die ökonomischen Rückschläge des Brester Friedens, der Bürgerkrieg und das Desaster des „Kriegskommunismus" hatten die russische Volkswirtschaft auf ein Niveau zurückgeworfen, das etwa dem des europäischen Kapitalismus um die Mitte des 19. Jahrhunderts vergleichbar war. Es war vielleicht möglich, einige Anreizelemente des

Taylorsystems zu übernehmen, aber alle Versuche, das gesamte System der „Wissenschaftlichen Betriebsführung“, wie es für eine bereits weitgehend mechanisierte Produktion entwickelt wurde und aus ihr entstanden war, bedingungslos auf die rückständige sowjetische Wirtschaft zu übertragen, mußten scheitern.

In den westeuropäischen Ländern und in den USA hatten die Facharbeiter nach einem defensiven Kampf gegen die Einführung der „Wirtschaftlichen Betriebsführung“ sich spätestens im ersten Weltkrieg mit ihr versöhnt. Es waren die Schichten der Arbeiter, die aufgrund ihrer Qualifikation sich eine reelle Chance erhoffen konnten, in das Heer des Arbeitsbüros aufrücken zu können. Sie willigten unter dem Anreiz der kurzfristigen Lohnerhöhung und dem Zugeständnis des Rechts auf gewerkschaftliche Organisierung ihrer – langfristig gesehen – eigenen gesellschaftlichen Dequalifizierung zu. In der UdSSR fehlte diese Facharbeiterschicht weitgehend und die ablehnende Haltung aller Arbeiter gegen die neuen Formen der Arbeitsorganisation bot keine Ansatzpunkte, diese auf breiter Basis in die Fabriken einzuführen.

Die Arbeiter hatten ihre Erfahrungen, die sie mit den Methoden der „Wissenschaftlichen Betriebsführung“ vor dem Oktober gemacht hatten, noch nicht vergessen. In ihrer feindlichen Haltung gegenüber den Methoden der „verwissenschaftlichten“ Produktion waren sie nicht einfach maschinenstürmerisch wie etwa die Manufakturarbeiter in der industriellen Revolution des Westens zu nennen. In den sozialen Kämpfen dieser Jahre waren sie bewußt geworden und hatten durchaus Vorstellungen wie beispielsweise die Putilov-Arbeiter und die Moskauer Maschinenarbeiter entwickelt, wie der Gebrauch der Maschinerie nicht zu ihrer eigenen sozialen und psychischen Verkrüppelung führen mußte.

Weder die Arbeitsmilitarisierung im Kriegskommunismus noch die Vorstöße der „Wissenschaftlichen Arbeitsorganisations-Bewegung“ in den Fabriken während der NEP-Periode hatten die Arbeiter soweit diszipliniert, daß sie sich in einen ungestörten Arbeitsablauf einfügten.[83]

Gegen Ende der NEP wurde von einer Gruppierung, die sich als „linke Opposition“ gegen die privatkapitalistische Atempause der NEP verstand, ein „neuer“ Weg der „ursprünglichen sozialistischen Akkumulation“ propagiert. „Ursprüngliche Akkumulation“ heißt: vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie auf Kosten der Landwirtschaft und somit Zementierung der sozialen Kluft zwischen Industriearbeitern und Bauern[84] sowie die endgültige Durchsetzung der mechanisierten Produktion. Das war auch der Inhalt der dann realisierten Wirtschafts- und Sozialpolitik der Stalin’schen Ära.

Seit 1929/30 wurde die „Wissenschaftliche Betriebsführung“-Bewegung der NEP-Ära Zug um Zug ausgeschaltet, genauer: ihre spekulativ-pluralistische Realitätsferne wurde beseitigt. Interessant bleiben für das Stalin’sche Programm nur jene Elemente, welche im Kontext mit der beschleunigten Mechanisierung der Produktion eine „maximale Arbeitsleistung“ zu stimulieren versprachen.[85] Es blieb dem Psychotechniker J. Spielrein vorbehalten, die alte Kontroverse zwischen Gastev und Ermanski für beendet zu erklären und aus den feingliedrigen Strömungen der „Wissenschaftlichen Betriebsführung“ die groben Instrumente für eine brutal und offen gehandhabte Antreiberei herauszuschälen.[86] Selbst in einem internationalen arbeitswissenschaftlichen Jahrbuch, also gegenüber dem ausländischen Leser, gab Spielrein bedenkenlos preis, wie sich der neue Unternehmerstaat in der Phase der beschleunigten Industrialisierung eine „maximale Arbeitsleistung“ anzueignen dachte: sie „wird einerseits erreicht durch die für die russischen Verhältnisse unerhörte Mechanisierung der Produktion, die Einführung schnellschneidender Stanzen und anderer Maschinen, die um das Vielfache die menschliche Arbeitsleistung übertreffen und die Zahl der für die Ausführung einer bestimmten Produktionsaufgabe nötigen Arbeitskräfte sehr stark herabsetzen. Andererseits wird gleichzeitig mit der Mechanisierung in der Sowjet-Union dank den Bemühungen der Arbeitermasse selbst eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, die eine Intensivierung der Arbeit herbeigeführt haben“.[87] Was die „Bemühungen der Arbeitermasse“ betrifft, log Spielrein angesichts unseres heutigen Wissens über die Kontinuität des Arbeiterwiderstands auch während der Stalin-Ära[88] hemmungslos. Es gelang in dieser Zeit allenfalls, durch ein im Stachanovismus schließlich auf die Spitze getriebenes Akkord-Prämiensystem kleine Arbeiterminderheiten („Stoßtrupps“, „soziale Schlepper“ und schließlich „Stachanov-Leute“) Breschen in die Mauer der Ablehnung seitens der Arbeiter schlagen zu lassen.[89] Aber Spielrein nahm schon in seinem 1930 veröffentlichten Artikel Erfolge vorweg, wie sie später in den düstersten Episoden real nicht gezeitigt wurden: „So wurde z. B. durch einen rücksichtslos von den Werktätigen geführten Kampf gegen die ohne triftigen Grund im Betrieb nicht erschienenen Arbeiter erreicht, daß deren Zahl in den Hauptbetrieben verschwindend gering geworden ist, und daß diese früher sehr häufige Erscheinung zu einer Seltenheit geworden ist. Solche schlechten Arbeiterelemente stören in einem gut arbeitenden

Betrieb, sowie bei der Fließbandarbeit den ganzen Arbeitsgang. Das Fernbleiben vom Dienst wirkt sich auf die Arbeit der gesamten Gruppe aus, die ein geschlossenes Ganzes bildet und in der jedem ein bestimmter Platz zukommt. Somit schaffen schon die elementarsten Formen eines Arbeiterkollektivs (das Fließband) eine solidarische Haftung, das Gefühl der Verantwortung eines jeden einzelnen für die Arbeitsleistung seiner Gruppe. In einem noch stärkeren Maße finden wir das Gefühl der Verantwortung bei den sog. Stoßtrupps, dem Zusammenschluß von Arbeitswilligen, die bestrebt sind, die Leistungsfähigkeit zu heben, und die dann das von ihnen erreichte Maximum der Arbeitsleistung bekannt geben. Durch die Fortentwicklung dieses Gedankens gelangen wir zum „sozialistischen Wettbewerb". (Er bezweckt) die Gegenüberstellung der Arbeitsleistung von zwei oder mehreren Kollektiven, woraus sich die Möglichkeit ergibt, die herrschenden Mängel festzustellen, sowie „den Zurückgebliebenen Hilfe durch die Leistungsfähigeren zu erweisen" (Stalin). Als die höchste Form des sozialistischen Wettbewerbs ist endlich der sog. „Soziale Schlepper" anzuführen; in leistungsfähigen Betrieben werden (...) Arbeiter- und Spezialistengruppen gebildet, die den schwächeren Betrieben zu Hilfe eilen und es diesen ermöglichen, ihre zurükkgebliebenen Produktionszweige zu fördern. Diese sozialistischen Arbeitsformen: die Stoßtrupps, der sozialistische Wettbewerb, der soziale Schlepper, haben eine starke Verbreitung gefunden (...) Die Stoßtruppbewegung greift immer mehr um sich, und es nimmt daher nicht wunder, daß die Stoßtrupps den Versuch machten (...), den bereits für sie festgesetzten 7- oder 8-Stunden-Arbeitstag noch zu verlängern und die Feiertage für eine bestimmte oder sogar unbestimmte Zeit aufzuheben."[90]

In dieser Situation reduzierte sich die „WAO" darauf, das propagandistische Kunststück zu vollbringen, die exzessive Stimulation der Ausbeutung von Arbeitskraft als Endziel des Sozialismus hinzustellen: gerade dadurch, heißt es dann nicht nur bei Spielrein oder Stalin zynisch, sei der sozialistische Arbeitsprozeß vom kapitalistischen unterschieden. Parallel dazu wurde mit nicht geringerem Zynismus die sozialistische Produktion als jene bezeichnet, die im Gegensatz zum Kapitalismus zur universellen Einführung der Fließbandproduktion als der historisch höchsten und reifsten Produktionsweise befähigt sei: es sei „einleuchtend", daß die Fließfertigung am ehesten den von Marx beschriebenen Merkmalen der fortschrittlichen Gestaltung des Produktionsprozesses entspricht.[91]

Zweifellos ist die „WAO" nach dem russischen Oktober nie an die Flexibilität und die Dynamik herangekommen, mit der sie im Westen als Instrument der Integrierung der Arbeiter in der Einkommensrevolution des keynes'schen Systems wirksam geworden ist. Aber sie war immerhin fähig, die Perversion des Marx'schen Systems gegenüber den Arbeitern auf die Spitze zu treiben.[92]





**Anmerkungen**:

1 Vgl. dazu vor allem A. Gerschenkron, Russia: Patterns and Problems of Economic Development, 1861-1958, in ders., Economic Backwardness in Historical Perspective, Cambridge/Mass. 1962, S. 119 ff.; R. Portal, Das Problem einer industriellen Revolution in Rußland im 19. Jahrhundert, in: Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte, Bd. 1, S. 203 ff.; K. Schmiedel, Zum Problem der industriellen Revolution in Rußland, in: Jahrbuch für Geschichte der deutsch-slavischen Beziehungen und Geschichte Ost- und Mitteleuropas. Jg. 1958, S. 273 ff.

2 Vor allem die Schwer- und Textilindustrie im Donezgebiet, St. Petersburg und Moskau sowie die Hüttenindustrie der Ukraine und des Ural. Vgl. A. Nove, An Economic History of the U.S.S.R., Hammondsworth 1972, S. 16.

3 E. von der Brüggen, Das heutige Rußland, Leipzig 1902, S. 55.

4 Bei den Diskussionen der russischen linken Intellektuellen war die Bejahung oder Verneinung der Entwicklungsmöglichkeiten des inneren Markts identisch mit dem Urteil über die Entwicklungsmöglichkeiten der industriellen Revolution in Rußland. Weder die ‚Volkstümler' noch die Marxisten hatten alternative Entwicklungsstrategien, welche auf einer Untersuchung der realen Verhältnisse basierten. Im Zusammenhang dieser Arbeit kann darauf nicht näher eingegangen werden. Gleichwohl hat die Tatsache, daß sich die revolutionäre Intelligenz in eine Bewegung zur Erneuerung der Obstschina und zur staatskapitalistischen Beschleunigung des Vitte'schen Wegs spaltete, für die Entwicklung der „Wissenschaftlichen Betriebsführung" im vor- und nachrevolutionären Rußland erhebliche Konsequenzen. Zur Einführung in die linksintellektuellen Debatten jener Zeit ist vor allem E. J. Simmons (ed.), Continuity and Change in Russian and Soviet Thought, Cambridge/Mass. 1955, lesenswert.

5 Dazu Th. H. von Laue, Sergei Witte and the Industrialization of Russia, New York – London 1963, S. 262 ff.

6 Vgl. dazu K. Lorenz, Einleitung zu L. Trotzki, Ergebnisse und Perspektiven, Die permanente Revolution, Frankfurt 1971, S. 13 f.

7 Vgl. A. Gerschenkron, Economic Backwardness in Historical Perspective, im Sammelband desselben Titels, op. cit., S. 16 ff.

8 Vgl. A. Gerschenkron, Russia: Patterns and Problems of Economic Development, 1861-1958, op. cit., S. 133 ff.

9 Vgl. die Angaben bei L. Trotzki, Die russische Revolution 1905, Berlin 1923, S. 26.

10 Zum Verhalten der russischen Bauern-Proletarier während der deformierten industriellen Revolution vgl. vor allem C. E. Black (ed.) The Transformation of Russian Society, Cambridge/Mass. 1960.

11 A. Gerschenkron, Russia: Patterns of Economic Development, op. cit., S. 126 f.

12 Ebd., S. 128.

13 G. Filipetti, Industrial Management in Transition, Homewood/III. 1952, S. 191.

14 R. Poljakov, Die gegenwärtige Lage der Frage der Anwendung des Taylorsystems, Moskau 1904 (russ.).

15 Vgl. beispielsweise ders., Die Maschinenwerkzeuge als Faktor des sozialen Fortschritts, in: Bulletin der Polytechnischen Gesellschaft, 1908, Nr. 4; sowie aus der Umgebung der „Polytechnischen Gesellschaft" die Arbeit von N. W. Pankin, Die wissenschaftliche Arbeitsorganisation, Petersburg 1905 (russ.).

16 F. W. Taylor, Ein vervollkommnetes Akkordlohnsystem, Vorrede Ing. Löwenstjern, St. Petersburg 1914 (russ.).

17 Und zwar weist Ermanski darauf hin, daß mehrere Zeitschriftenaufsätze, die Löwenstjern zwischen 1918 und 1919 veröffentlichte, weitgehend mit der Vorrede aus dem Jahr 1914 übereinstimmen. Vgl. J. Ermanski, Theorie und Praxis der Rationalisierung, Berlin 1928, S. 184 f

18 Vgl. K. Bücher, Arbeit und Rhythmus, russ. Übersetzung St. Petersburg 1899.

19 N. Mosso, Die Ermüdung, St. Petersburg 1893 (russ.).

20 So F. Baumgarten, in ihrem Handbuchartikel Rußland – Arbeiterwissenschaft, in: F. Giese (Hrsg.), Handbuch der Arbeitswissenschaft, Halle a. S. 1930, Sp. 3794.

21 Dazu A. Baumgarten, ebenda: „Allmählich entbrannte in den folgenden Jahren auch eine Polemik über den Wert des Taylorismus, nämlich als versucht wurde, den Taylorismus in einigen Eisenbahnwerkstätten einzuführen."

22 Baumgarten, ebd.: Von seiten der Arbeiterschaft wurde in einer von den Eisenbahnangestellten und den Arbeitern herausgegebenen Zeitschrift „Semaphor" oft über das System gespottet und gegen dasselbe Stellung genommen. Ähnlich auch J. Ermanski in seiner Schrift: Wissenschaftliche Betriebsorganisation und Taylor-System, dt. Ausgabe Berlin 1925, S. 23: „An Verkündern dieses Systems hat es niemals gefehlt. Vor dem Kriege wurden bei uns sogar praktische Schritte zur Einführung dieses Systems unternommen, besonders in den Eisenbahnwerkstätten. Nicht umsonst konnte man in der Zeitschrift „Semaphor" (...) fast in jedem Aufsatz – in Prosa sowohl als auch in Versen – den Namen Taylor antreffen, dem allerdings dabei nichts Gutes nachgerühmt wurde."

23 Nach F. Baumgarten, op. cit., Sp. 3794.

24 Zur Rolle der „Technokraten" vor und nach dem russischen Oktober vgl. die vorzügliche Studie von S. V. Utechin, Bolsheviks and their Allies after 1917: the Ideological Pattern, in: Soviet Studies, Vol. X, 1958, No. 2, S. 126 ff.: Technocratism.

25 Darauf weist als erster Dietrich Grille hin. Vgl. D. Grille, Lenins Rivale, Bogdanov und seine Philosophie, Köln 1966, S. 98 ff., 108 ff., 143 ff.

26 W. I. Lenin, Das Taylorsystem – Die Versklavung des Menschen durch die Maschine, in: Werke, Bd. 20, Berlin 1971. S. 147.

27 Vgl. dazu vor allem R. Lorenz, Die Sowjetunion (1917-1941). in: Rußland, Fischer Weltgeschichte, Bd. 31, Frankfurt/M. 1972, S. 276 ff.; M. Dobb, Soviet Economic Development Since 1917, London 1949, S. 82 ff.; A. Nove, An Economic History of the U.S.S.R., op. cit.., S. 48 ff.

28 Vgl. dazu ausführlich E. H. Carr, The Bolshevik Revolution 1917-1923, Vol. 1, Hammondsworth 1971, S. 81 ff., 115 ff.

29 Vgl. W. I. Lenin, Staat und Revolution, in: Werke, Bd. 25, 2. Auflage Berlin 1970, S. 393 ff., bes. S. 470 ff, Vgl. im übrigen auch P. Mattick, Der Leninismus und die Arbeiterbewegung des Westens, in: Lenin - Revolution und Politik, Frankft./M. 1970, S. 28 f.

30 Entfällt

31 Über ihren Ablauf berichten ausführlich Carr, op. cit., Vol. 2, S. 109 ff.; I. Deutscher, Die Sowjetischen Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1966, S. 43 ff.

32 Zur Strategie der IWW vgl. die Hinweise im USA-Abschnitt; nach dem Kurswechsel vom Februar/März 1918 wurde diese Position nur noch von den „linken Kommunisten" um Bucharin und Ossinski vertreten, die bis dahin den Obersten Volkswirtschaftsrat kontrollierten. Vgl. dazu vor allem R. V. Daniels, Das Gewissen der Revolution, Kommunistische Opposition in Sowjetrußland, Köln-Berlin 1962 ,bes. S. 93 ff., 118 ff., F. Kool, E. Oberländer (Hrsg.), Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Olten und Freiburg/Brg. 1967, S. 83 ff.

33 Entfällt

34 Zur Entwicklung dieser Hypothese vgl. vor allem W. I. Lenin, Werke Bd. 26 und 27, 2. Auflage Berlin 1970; ders., Briefe, Bd. V, Berlin 1968, bes. S. 45 ff.; sowie von den Darstellungen E. H. Carr, op. cit., Vol. 3, S. 15 ff., 69 ff.; R. V. Daniels op. cit., S. 93 ff.; I. Deutscher, Trotzki, Bd. I: Der bewaffnete Prophet 1879-1921, S. 329 ff. L. Trotzki, Mein Leben, op. cit., S. 333 ff.

35 Vgl. dazu die Bemerkungen bei R. Lorenz, Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik, Köln 1965, S. 110 f., 142 ff.; A. Nove, op. cit., S. 43.

36 K. Radek, Nach fünf Monaten, in: Kommunist, Nr. 1, April 1918, S. 3 f. (russ.), zit. nach Daniels, op. cit., S. 105 f.

37 Vgl. E. H. Carr. op. cit., Vol. 1, S. 115 ff.; Vol. 2, S. 90, 114 ff.; Vol. 3, S. 15 ff.; I. Deutscher, Trotzki, op. dt. S. 329 ff E. V. Daniels, op. cit., S. 93 ff.; K. Lorenz, Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik, op. cit., S. 141 ff .; A. Nove, op. cit., S. 56 ff.

38 So Parvus in einer Denkschrift vom 16. 11. 1917 an das deutsche Auswärtige Amt. Zit. nach W. B. Scharlau. Z. A. Zeman, Freibeuter

der Revolution - Parvus Helphand. Eine politische Biographie, Köln 1964, S. 284.

39 Vgl.: Vor allem Lenins Schriften vom März bis Mai 1918: Die Hauptaufgaben unserer Tage (11. 3. 1918); Referat über die Ratifizierung des Friedensvertrags auf dem Außerordentlichen IV. Gesamtrussischen Sowjetkongreß (14. 3. 1918); Ursprünglicher Entwurf des Artikels ‚Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, (23.-28. 3. 1918); Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht (13.-26. 4. 1918); Referat über die nächsten Aufgaben der Sowjetunion auf der Tagung des gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees (29. 4. 1918). Sechs Thesen über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht (zwischen 29. 4. und 3. 5. 1918); über „linke“ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, (5. 5. 1918) alle abgedruckt in: Werke, Bd. 27, 2. Aufl. Berlin 1970.

40 Trotzki rechtfertigte sich ausführlich in einer Rede, die er anläßlich der Städte-Konferenz der Russischen Kommunistischen Partei am 28. März 1918 in Moskau hielt: Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjet-Republik retten, erste dt. Übersetzung, Berlin 1919.

41 Entfällt

42 Zur Position Lenins und Trotzkis in dieser Frage vgl. Fußnote 39 und 40. Die Kontroverse um die Entfernung der Arbeiter aus ihren Machtpositionen ist im übrigen dargestellt bei Carr, Vol. 12, S. 90 ff., 114 ff.; Daniels, S. 135 ff; R. Lorenz, Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik, S. 141 ff. Die Darstellung bei 0. Anweiler, Die Rätebewegung in Rußland 1905-1921. Leiden 1958, S. 285 ff.; L. Larin und L. Kritzmann, Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrußland 1917-1920, Hamburg 1921.

43 Am klarsten formuliert dies E. H. Carr, op. cit. Vol. 2, S. 115 ff., der auch über die anläßlich des Kongresses voll ausgebrochene Taylor-Kontroverse und die endgültige Niederlage der Linken berichtet (S. 119). Wie klar sich die „linken Kommunisten“ über die Sanktionierung des Akkordsystems waren, zeigt ein Zitat von Osinski: „Um den Arbeitseifer der Arbeiter anzuspornen, wird der Akkordlohn, wird die Chronometrage (Messung der Arbeitsleistung nach Stunden – das Taylor-System) eingeführt. Wir sprachen schon oben vom Einfluß dieser Lohnformen auf die Klasseneinigkeit und das Bewußtsein der Arbeiter. Sie wurden vom Kapital geschaffen, um die proletarische Solidarität zu zerschlagen. Sie führen zu Konkurrenz und Spaltung unter den Arbeitern. Sie schaffen ein Übergewicht der persönlichen, egoistischen Interessen über die gemeinsamen, die Klasseninteressen (...) Wohin man blickt trübe Aussichten; Spaltung des Proletariats, Abspaltung der gegenüber der Politik gleichgültigen Arbeiteraristokraten und der sie beneidenden Pechvögel sowie allgemeine Passivität. Unter solchen Umständen verheißt die Heranziehung der Kapitalisten zur Organisation der Produktion wenig Gutes.“ N. Osinski, Über den Aufbau des Sozialismus, in: Kommunist, Nr. 1 und 2, Moskau 1918, zit. nach F. Kool und E. Oberländer, Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, op. cit., S. 104 f.

44 Vgl. Marcusson, Die Arbeitslöhne in den Moskauer Fabriken von 1913 bis 1920, Statistisches Arbeitsmaterial, Nr. 10, Hrsg. ILO, Genf 1921; sowie E. H. Carr, Vol. 2, S. 118. Interessant ist auch die Weiterentwicklung der Lohndifferenzierung bis 1920, sie wird in der vom Internationalen Arbeitsamt in Genf im Juli 1922 veröffentlichten Studie: Die Organisation der Industrie und die Arbeitsbedingungen in Sowjet-Rußland, näher untersucht.

45 Dazu Carr, ebd., S. 119: „Whatever arguments a few party theorists might propound, the new regime had never seriously challenged the practice of differential wages. What now evoced criticism was the proposal to use and intensify such differentiations conciously and deliberately as an incentive to increased production.“

46 Entfällt

47 Vgl. Carr, Vol. 2, S. 92.

48 Vgl. die Jahresübersicht 1918 in der von der „Group Solidarity“ hrsg. Schrift: Räte in Rußland, dt. Ausg. Berlin 1971, S. 36 ff. (neu hrg. im Verlag ASSOCIATION: Maurice Brinton, Die Bolschewiki und die Arbeiterkontrolle)

49 Dieser Rückgang der Arbeiter aus der industriellen Produktion ging so weit, daß Bucharin auf dem 7. Parteikongreß im März 1918 von einer „Desintegration des Proletariats“ sprach!

50 So Carr, Vol. 2., S. 198.

51 Genauere Zahlen liefert Carr, ebd., S. 197 f.

52 Zur Bedeutung der NEP vgl. vor allem R. di Leo, Die Arbeiter und das sowjetische System. Die Entwicklung von Klassenstrukturen und Klassenherrschaft in der UdSSR, München 1973, S. 8 ff.

53 Vgl. F. Baumgarten, Arbeitswissenschaft und Psychotechnik in Rußland, München und Berlin 1924. S. 47. Die folgende Darstellung stützt sich im wesentlichen hinsichtlich des Kongreßablaufs auf diese Veröffentlichung.

54 Der Redner des Obersten Volkswirtschaftsrates war Prof. Bogdanov (nicht zu verwechseln mit dem altbolschewistischen Theoretiker A. N. Bogdanov).

55 Damit folgte Bogdanov auch bei dieser Konferenz jenen Vorstellungen, die er in seinem Werk „Tektologija“ noch vor Ausbruch des ersten Weltkrieges systematisiert hatte. Vgl. die deutsche Ausgabe des ersten Bandes: Allgemeine Organisationslehre (Tektologie) Band 1, Berlin 1926.

56 Bechterev faßte seine Ergebnisse in 18 abschließenden Thesen zusammen. Sie sind bei F. Baumgarten, op. cit., S. 51 ff; abgedruckt.

57 Ermanski hielt sich also an seine Auffassung, die er in seinen beiden auch in deutscher Sprache erschienenen Veröffentlichungen niedergelegt hatte. Vgl. J. E. Ermanski, Wissenschaftliche Betriebsorganisation und Taylor-System, Berlin 1925; ders., Theorie und Praxis der Rationalisierung, Berlin 1928.

58 U. a. wurde Ermanski beschuldigt, bei der Kritik der vom berühmten Taylor'schen Ladearbeiter Schmidt gebrauchten Arbeitsquanta bewußt falsche Angaben gemacht zu haben. Daraufhin wurde eine eigene Kommission gebildet, um diesen Vorwurf zu überprüfen. Die Untersuchung blieb praktisch ohne Ergebnis.

59 Hauptexponent dieser Richtung war Prof. Gredeskul, der ein Referat über „Taylorismus und Sozialismus“ hielt.

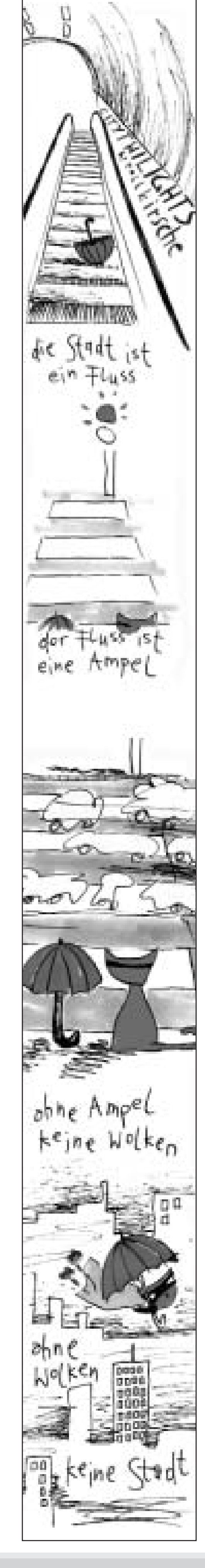
60 Die Resolution ist abgedruckt in F. Baumgarten, op. cit., S. 55-56. Die Autorin zitiert aus dem Protokoll der Konferenz, Bd. I, der mir bislang noch nicht zugänglich gewesen ist.

61 Vgl. Ch. Bettelheim, China und Sowjetunion/ Zwei „Modelle“ der Industrialisierung, München 1970; N. Spulber hat auf diesen Tatbestand hingewiesen. Vgl. N. Spulber, Contrasting Economic Patterns: Chinese and Soviet Development Strategies, in: Soviet Studies, Vol. XV, 1963, No. 1.

62 Vgl. dazu F. Baumgarten, Rußland-Arbeitswissenschaft, in: F. Giese (Hrsg.), Handbuch der Arbeitswissenschaft, Halle a. S. 1930.

63 Dazu ausführlich F. Baumgarten, Arbeitswissenschaft und Psychotechnik in Rußland, S. 12 ff.

64 Zit. nach ebd., S. 16.



65 Vgl. dazu vor allem A. K. Gastev, Wie soll man arbeiten? Moskau 1922; ders., Die Arbeitseinstellungen, Moskau 1924; (beide russ.) zit. nach P. Baumgarten, op. cit.
66 Zit. nach F. Baumgarten, op. cit., S. 35 f.
67 S o I. Spielrein, Die Psychotechnik in der Sowjetunion, in: Analysen der Betriebswirtschaft und Arbeitsforschung, IV. Bd. 1930/31, S. 344.
68 Nach I. Spielrein, ebd.
69 Zit. nach F. Baumgarten, op. cit., S. 35.
70 Vgl. Spielrein, op. cit., S. 344. Die Komsomol kritisierte an Gastev vor allem, daß sein Anlernprogramm nicht ausreiche, um den im revidierten Parteiprogramm geforderten Typ des Massenarbeiters, der in jedem Industriezweig einsetzbar sei, zustandezubringen.
71 Vgl. Baumgarten, op. cit., S. 67.
72 Zur Publizistik des Spielrein-Instituts vgl. die Bibliographie in F. Giese (Hrsg.), Handbuch der Arbeitswissenschaft, Sp. 3807.
73 Vgl. F. Baumgarten in Giese, op. cit., Sp. 3806, wo betont wird, daß die in Westeuropa strikt durchgeführte Trennung zwischen Psychotechnik und Arbeitswissenschaft in den Veröffentlichungen der russischen Psychotechniker nicht zu finden sei.
74 So fand im Januar 1927 eine „Erste Konferenz der Moskauer Psychotechniker" statt, im Mai 1927 wurde sogar eine „Erste allrussische psychotechnische Konferenz" abgehalten. Im Herbst desselben Jahres kam es schließlich zur offiziellen Gründung einer „Russischen Psychotechnischen Gesellschaft", die seither eine eigene Verbandszeitschrift „Psychophysiologie der Arbeit und Psychotechnik" herausgab.
75 Vgl. F. Baumgarten, Arbeitswissenschaft und Psychotechnik in Rußland, S. 98 ff.
76 Ebd., S. 71 ff.
77 Ebd., S. 76 ff.
78 Ebd., S. 85 ff.
79 Teilweise namentlich aufgeführt ebd., S. 9-11.
80 Vgl. W. I. Lenin, Lieber weniger aber besser, in: Werke Bd. 33, 4. Aufl. Berlin 1971, S. 474 ff. Noch gegen Ende seines Lebens wurde Lenin dabei von „westeuropäischen Vorbildern" gequält: „Wir sind bisher so wenig dazu gekommen, über die Qualität unseres Staatsapparates nachzudenken und uns um sie zu kümmern, daß es wohl berechtigt ist, sich besonders ernsthaft damit zu befassen und in der Arbeiter- und Bauerninspektion ein Menschenmaterial von wirklich moderner, d. h. den besten europäischen Vorbildern nicht nachstehender Qualität zu konzentrieren." (S. 474) Zur Rationalisierungsbewegung im Staatsapparat der SU vgl. H. Bork, Verwaltungstechnische Rationalisierung in Rußland (U.d.S.S.R.), in: Annalen der Betriebswirtschaft, 2. Bd. 1928/29. S. 494 ff.
81 Schon 1921 gegründet, wurde der Sownot seit 1923 zur Trägerorganisation der jungen Techniker und Studenten, die offensichtlich stark von den „organisationswissenschaftlichen" Prinzipien Bogdanovs durchdrungen war. Vgl. F. Baumgarten op. cit., S. 106 ff.
82 Dazu Baumgarten, S. 110 f.: „Die Arbeit der Zeitliga, die sich in wenigen Monaten zu einer machtvollen Landesorganisation entfaltete und die das Protektorat der herrschenden Stellen gefunden hatte, entwickelte sich in Rußland in Formen, die einem jeden Westeuropäer ganz befremdend erscheinen müssen. Die Zeitliga fing an, in erster Linie die persönliche Trainierung zur richtigen Zeiteinteilung zu propagieren. Pflicht eines jeden Mitglieds der Zeitliga ist, eine Zeitkarte zu führen, in welcher seine Tagesbeschäftigung eingetragen ist."
83 Vgl. dazu vor allem di Leo, op. cit., S. 13 ff.: Die Ablehnung der NEP, sowie B. Bezza, Pianificazione e rapporti sociali durante la NEP, in: Aut, Jg. 1972, Nr. 128.
84 Der Hauptexponent dieser Richtung war E. Preobashenski, dessen Arbeit „Die neue Ökonomik" 1971 in deutscher Sprache in Westberlin erschienen ist. Bezüglich der Feinheiten dieser Strategie sei vor allem verwiesen auf A. Ehrlich, Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924-1928, Frankfurt/M. und Wien 1971; sowie N. Spulber, Foundations of Soviet Strategie for Economic Growth, 1964; zum russischen Industrialisierungsprozeß vgl. A. Baykov, The Economic Development of Russia, in: Economic History Review, VII. Jg. 1954; C. E. Black, The Transformation of Russian Society, 1960; A. Gerschenkron, Economic Backwardness in Historical Perspective, Cambridge/Mass, 1962; A. Nove, Was Stalin Really Neccessary? London 1964.
85 So wurde beispielsweise Ermanski wegen seiner Kritik des tayloristischen Maximum-Prinzips kaltgestellt.
86 Vgl. I. Spielrein, Die Psychotechnik in der Sowjetunion, in: Annalen der Betriebswirtschaft und Arbeitsforschung, IV. Bd. 1930/31, S. 342 ff.
87 Spielrein, ebd., S. 345.
88 Hinsichtlich der Geschichte des Arbeiterwiderstands in der Stalin-Ära sei auf folgende Arbeiten verwiesen: E. C. Brown, Soviet Trade Unions and Labour Relations, Cambridge/Mass. 1966, S. 230 ff.; R. E. Fikiolas, Work Attendance in Soviet Industry, in: Soviet Studies, Vol. XIV, 1962-63, S. 365 ff.; S. M. Schwarz, Arbeiterklasse und Arbeitspolitik in der Sowjet-Union, Hamburg 1953, S. 98 ff.; J. K. Zawodny, Grievances ,and Sources of Tension During Stalin's Regime as Reported by Soviet Industrial Workers, in: Soviet Studies, ebd., S. 158 ff.
89 U. a. wurden viele Stachanov-Leute von den Arbeitern ermordet. Zur Stachanov-Bewegung vgl. vor allem I. Deutscher, Die sowjetischen Gewerkschaften, op. cit., S. 130 ff., R. di Leo, op. S. 106 ff.; A. Leontjew, Meister hoher Produktivität, in: Unter dem Banner des Marxismus, X. Jg. 1936, H. 1; A. Stachanov, Mein Lebensweg, Reprint Münster 1972; J. Stalin, Rede auf der ersten Unionsberatung der Stachanovleute am 17. November 1935, in: ders. Fragen des Leninismus, Moskau 1946, S. 597 ff.
90 I. Spielrein, op. cit. S. 345 f.
91 S. E. Kamenizer, Organisation und Planung des sozialistischen Industriebetriebes, Berlin 1954, S. 141. Dabei fungierte die mechanisierte Massenproduktion tatsächlich vorrangig als Disziplinierungsinstrument gegenüber den Arbeitern, wobei hohe Ausschußraten genauso wie schlechte Qualität bewußt in Kauf genommen wurden. Vgl. dazu J. S. Berliner, Factory and Manager in the USSR, Cambridge/Mass. 1957, S. 136 ff.
92 Es würde den Rahmen unserer Arbeit überschreiten, wenn wir die Rückwirkungen der sowjetischen Arbeitspolitik auf die internationale Arbeiterbewegung seit Anfang 1918 untersuchen wollten.

## Gerald Raunig: Tausend Maschinen
## Eine kleine Philosophie der Maschine als sozialer Bewegung.

## Mit einem Nachwort von Maurizio Lazzarato,
## Wien: Verlag Turia + Kant, 2008, 125 Seiten, 12 Euro

Das mittlerweile siebente Buch in der feinen „es kommt darauf an" -Reihe des Verlags Turia + Kant produziert mit seinem Titel nicht zufällig Assoziationen mit der Philosophie von Deleuze und Guattari (Band 8 mit zwei wunderbaren Texten von Claude Leforts zum Mai 68 ist soeben erschienen). „Tausend Maschinen" von Gerald Raunig hält, was es zu sein verspricht, nämlich „eine kleine Philosophie der Maschine als sozialer Bewegung" (so der Untertitel). Zunächst allerdings tritt uns die soziale Bewegung nicht als für ein politisches Ziel öffentlich eintretende Menschenmenge entgegen, vielmehr wird getreten: in die Pedale. An ausgewählten Beispielen filmischen Darstellens von Fahrrädern und Fahrenden (wie „Themroc" und der wunderbare „Ladri di biciclette" von Vittorio de Sica) werden wir in die Welt der Verkettungen von Mechanik und sozialem Leben ent- und eingeführt. Bereits hier wird vorgezeichnet, was in den folgenden fünf Kapiteln – scheinbar – äußerst divergierenden Inhalts folgen wird: Maschinenfragmente, Theater-, Kriegs-, Mayday- sowie abstrakte Maschinen.

Im zweiten Kapitel skizziert Raunig eine Theorie der sozialen Maschine vor dem Hintergrund des Marxschen „Maschinenfragments" in den Grundrissen. Die ursprüngliche Bedeutungsvielfalt von Maschine „als komplexe Zusammensetzung und in seiner Zweckmäßigkeit gerade nicht durchschau- und bestimmbares Gefüge" (18) wurde zwischen 13. und 19. Jahrhundert zunehmend auf die Dimension des unbelebten technischen Apparats vereindeutigt. Das Marxsche Maschinenfragment hingegen bezeugt die Abkehr von dieser Tendenz, bezeichnet doch der dort beschriebene „general intellect" gerade die unentwirrbare Verschränkung von technischer Maschinerie und sozialem Wissen. In den Schriften Felix Guattaris (gemeinsam mit Gilles Deleuze) der 1970er Jahre mündet diese Bewegung schließlich in die Ununterscheidbarkeit beziehungsweise Nicht-Äußerlichkeit von Mensch und Maschine. Es geht nicht (mehr) um eine moralische Technik- oder Zivilisationskritik, sondern, so Raunig, „darum wie Menschen mit anderen Dingen eine Maschine konstituieren".

Einen erneuten Wechsel in der Abstraktionsebene bringt das dritte Kapitel, „Theatermaschinen". Nach einem erfrischenden Exkurs zur Genese des „deus ex machina" im antiken Theater setzt der Text zu einem großen Sprung vorwärts an, ohne allerdings die historisch-deskriptive Ebene völlig zu verlassen. Wir finden uns wieder in den Experimenten des postrevolutionären Theaters in der jungen Sowjetunion, im Versuch, sowohl die traditionelle Entgegensetzung von AkteurInnen und Publikum zu durchbrechen, als auch den (Fabriks)Alltag auf die Bühne zu bringen (bzw. die Bühne in die Fabrik aufzulösen). An den Experimenten Meyerholds, Tretjakows und Eisensteins zeigt sich die Ambivalenz der postrevolutionären Theatermaschinen: Im Anschluss an eine Aufführung von „Hörst du, Moskau?!" von Tretjakow und Eisenstein am sechsten Jahrestag der Oktoberrevolution „soll das emotionalisierte Publikum in tumultartigen Szenen singend und ‚wild gegen Schaufensteranlagen fuchtelnd' durch die Straßen gezogen sein" (48), im Rahmen tayloristischer Phantasien kam es jedoch auch im Rahmen der Revolutionierung des Theaters zur Zurichtung des Publikums zum wissenschaftlichen Forschungsobjekt (wie am Beispiel des Mayerholdschen Theaters gezeigt wird). Auch die Theatermaschinen bleiben uneindeutig.

Die Kriegsmaschine hingegen begegnet uns als Melange, wenn nicht gar als Synthese des bisher ge-

lesenen. Einem der dunkelsten Begriffe des Deleuze-Guattarischen Universums nähert sich Raunig vordergründig nicht philosophierend, sondern über die Verknüpfung von politischen Bewegungen und ihren Kontakten mit den – vorzüglichen repressiven – Staatsapparaten. Die Verfolgung der Volxtheater-Karawane im Gefolge von Genua 2001 ist längst – tragische – Legende, die Beamtshandlung derselbigen durch ein oberösterreichisches „Dorfgericht" die dazugehörige(?) Farce. Beiden Fällen gemeinsam ist jedoch die Vereinnahmung der Kriegsmaschinen durch den jeweiligen Staatsapparat. Flucht und Erfindung, beides konstitutive Merkmale der Kriegsmaschine, die eines nicht will: den Krieg, werden durch die vom ungesunden Menschenverstand diesem entgegengesetzten verrechtlichten Mächten in die Schranken gewiesen: Der legale Ausnahmezustand als Grenze von Flucht und Erfindung, notfalls als quasi-kriegerische Gewalt. Trotz dieser deutlichen Ausführungen aber war allerdings dem Autor dieser Zeilen der epistemologische Mehrwert des Kriegsmaschinen-Begriffes nicht ganz einsichtig.

Die Maschinen des Mayday wiederum flüchten seit 2001 die ausgetretenen Pfade der arbeiterInnenbewegten Maifeierlichkeiten. Galt anfänglich noch der Sichtbarmachung von Prekarisierungsprozessen, dem diskursiven „Ins-Spiel-Bringen" von Begriffen und Sichtweisen die ganze Aufmerksamkeit der AktivistInnen der Mayday-Bewegung, so zwangen sowohl die Ausbreitung der Bewegung als auch die Umdeutung der Kampfbegriffe durch die bürgerlichen Medien (remember „abgehängtes Prekariat") zur Veränderung von Form und Inhalt. Ging es zunächst um eine Umdeutung des ersten Mai, um den Nachweis der Existenz prekarisierter Subjekte und migrantischer Arbeit im Rahmen nicht-repräsentativer Darstellungsformen, so folg(t)(e)n analog zur Ausdehnung der (Euro) Mayday-Bewegung auf immer mehr Städte nicht nur die Vervielfältigung, sondern auch interne Auseinandersetzungen um Repräsentation, um die Notwendigkeit von Forderungen und nicht zuletzt um die Festschreibung eines Europa-Begriffes, der alleine schon durch globalen Kapitalismus und ebenso globale Migrationsströme, im Rahmen der Bewegung auch durch in Tokio stattfindende Paraden ad absurdum geführt wurde. Mitunter ist die Darstellung der Mayday-Maschine eine all zu glatte, die umkämpfte Felder zwar nicht verschweigt aber doch etwas unterbewertet – ist doch die praktische Repräsentationskritik in einer mittlerweile doch schon 7jährigen Erfahrung des Mayday reiches Anschauungsfeld für die – trotz alledem noch produktiven – Widersprüchlichkeit dauerhafter sozialer Bewegungen.

Nicht zuletzt diesem Spannungsverhältnis – zwischen Dauer und Bewegung, oder Prozess und Ereignis – könnte mensch sich im Rahmen einer Lektüre des Schlusskapitels „abstrakte Maschinen" widmen. Raunig setzt die Maschine als sozialer Bewegung, Das „Monster Prekariat" von „zwei großen Klassifikationsmuster[n]" ab: „vom Staat und von der Gemeinschaft". Ihre soziale Zusammensetzung erinnere mehr an zwei Figuren, die Marx einst scharf von der ArbeitERklasse schied: Die zerstreuten und vereinzelten Parzellenbauern und das Lumpenproletariat als Nicht-Klasse, als die diffusen, umherschweifenden und nicht der Fabriksdisziplin unterwerfbaren Subjekte, die nicht und nicht zur „Klasse für sich" werden wollen. Wie aber kollektives Handeln und alternative Strukturen – wenngleich auch ohne Einheitlichkeit und Repräsentation – organisiert werden können, bleibt im Dunkeln: „Verkettungen von kettenlosen Maschinen, verbunden durch das Fehlen jeglichen Bands" (101)

Bei aller Ablehnung des Gemeinschafts-Begriffes (in all seinen Varianten) muss Raunig doch einen Hinweis auf die Logik des Zusammenhandelns der verstreuten Subjektivitäten geben. Erneut ist es der Marxsche „general intellect", der auf die soziale Dimension des Handelns verweist, im Sinne einer „allen offen stehenden, von allen geteilten Potenzialität" (104). Hier verschwimmt trotz der kritischen Distanz die Grenze zu den zeitgenössischen Versuchen, politisches, also kollektives Handeln hinsichtlich dessen Gemeinschaftlichkeit zu theoretisieren. Raunigs Vorsicht gegenüber dem Denken der Gemeinschaft mag vor dem Hintergrund der gescheiterten Emanzipationsversuche des 20. Jahrhunderts berechtigt sein, den Gefahren von diskursiven Abschließungen und identitären Verengungen können wir politisch Handelnde nicht entgehen – es sei um den Preis der Aufgabe praktischer „Kritik im Handgemenge". Ob als Maschine oder Multitude (die bemerkenswerte Abwesende!), der Horizont der Revolution liegt noch immer im Nebel, die Zukunft ist schon wieder offen, der KOMMUNismus bleibt nach wie vor „die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt" (Marx). Der Versuch, das Kommune zu denken, um nicht im Inneren des postfordistischen Kapitalismus (nur) zu dessen Erneuerung und somit Stärkung beizutragen, bleibt so notwendig wie unerschöpflich: „Was bleibt, ist eine gemeine Baustelle" (Jean-Luc Nancy). Und die Baulücke zwischen (Fahrrad)Filmmaschine und Theatermaschine schließt das Nachwort des postoperaistischen Theoretikers Maurizio Lazzarato, mehr wird jetzt allerdings nicht mehr verraten.

**Martin Birkner**

# Willenbücher Michael: Das Scharnier der Macht. Der Illegalisierte als homo sacer des Postfordismus.

## Berlin: b_books, 2007, 12 Euro

Mit „Das Scharnier der Macht“ legt Michael Willenbücher eine Studie zur Rolle illegalisierter MigrantInnen im postfordistischen Kapitalismus vor. Gleichzeitig ist es eine sozialphilosophische Verortung der Illegalisierung mit weitreichenden Implikationen für die Staatstheorie. Bemerkenswert ist es auch, da es ein Werk aus dem Kanakattak (www.kanak-attak.de) Umfeld ist. Leider verrät das Buch wenig über den Diskussionszusammenhang dieser Gruppe.

Kapitel 2 („homo sacer“) legt theoretische Grundlagen für die der italienische Philosoph Giorgio Agamben als Ausgangspunkt dient. Im Gegensatz zu Vertragstheorien der Staatlichkeit sieht Agamben im Ausnahmezustand (bzw. der Macht diesen zu erklären) den ultimativen Ausdruck und die Fundierung der Staatsmacht. Der homo sacer ist im römischen Rechtssystem jene Person, die vom Kaiser für vogelfrei erklärt wurde, also getötet werden kann und damit quasi außerhalb des normalen Rechtssystems steht. Willenbüchers Buch ist der Versuch „Agambens Erweiterung von Foucaults Biomacht-These für eine Analyse der Illegalisierung von Migranten und Flüchtlingen im momentanen EU Migrationsregime in Gebrauch zu nehmen“ (S. 28f).[1] In späteren Kapiteln werden illegalisierte MigrantInnen, die in Lager untergebracht auf ihre Abschiebung warten, gleichsam zum modernen homo sacer, der außerhalb der üblichen Rechtsnormen steht.

In Kapitel 3 steht der Begriff der „Illegalisierung“ im Zentrum. Statt „illegale Migranten“ verwendet der Autor den Begriff der Illegalisierung um auf die (staatlichen) Prozesse hinzuweisen, durch die Illegalität erst erzeugt wird. Ein großer Teil dieses Kapitels ist der Korrektur von gängigen Klischees gewidmet: Der größte Teil der Illegalisierten durchschwimmt nicht in stiller Nacht kalte Flüsse (wie die Medien oft suggerieren), sondern reist legal ein: mit Touristen- oder sonstigem Visum, aber ohne Arbeitserlaubnis. In der Folge gibt es keine scharfe Grenze zwischen „legalen“ und „illegalen“ Migrantinnen, sondern verschiedene Konfigurationen und Mischformen wie z.B. legaler Aufenthalt aber illegale Arbeit.

Kapitel 4 („Zonen der Ausnahme“) umfasst rund die Hälfte des Buches und enthält ausführliche Abschnitte zu Migrationsregimen, postfordistischen Arbeitsverhältnissen, Grenze, Citizenship und zum Lager. Moderne Nationalstaaten haben unterschiedliche Migrationspolitiken verfolgt (die sich in unterschiedlichen „Regimen“ geäußert haben). Während in der fordistischen Phase Anwerbung und gezielte Integration in den Arbeitsmarkt (aber nicht notwendigerweise eine gesellschaftliche Integration) im Vordergrund standen, verfolgt der postfordistische Staat eine Strategie der Illegalisierung, der auch eine Vorreiterrolle bei der Etablierung prekärer Arbeitsverhältnisse zukam. Der tatsächliche Effekt der verschärften Grenzkontrollen und der restriktiven Immigrationspolitik ist aber „nicht Abschottung (…), sondern Entrechtung“ (S. 78). Die so geschaffene entrechtete Schicht von ArbeiterInnen spielt für verschiedene Wirtschaftssektoren (Bau, Landwirtschaft, Reproduktionsarbeit) eine zentrale Rolle. Die Illegalisierung wird damit zu einem wesentlichen „Scharnier der Macht“ im Postfordismus.[2]

Die verschiedenen Abschnitte des 4. Kapitels bewegen sich auf unterschiedlichen Abstraktionsniveaus, viele Themen werden oft sehr knapp diskutiert. Im Abschnitt „Grenze“ wird die EU Migrationspolitik diskutiert, die versucht ein System von Auffanglagern in Nicht-EU Staaten zu etablieren, die de facto einen rechtfreien Raum konstituieren (würden). Im Abschnitt „Citizenship“ wird die Migration als die Ankunft der subalternen, post-kolonialen Subjekte in Europe interpretiert und die Menschrechte als genuine Menschen- und nicht bloß Staatsbürgerrechte eingefordert.

Kapitel 5 („Outro“) kehrt zu konzeptionellen Fragen zurück und diskutiert das Spannungsverhältnis von Agambens staatszentrierter Analyse und der These von Hardt und Negri von der „Vorrangigkeit der subalternen Praxen, die der Souveränität uneinholbar voraus“ seien. Wie dies allerdings auf die frühere Diskussion rückwirkt wird nicht hinreichend klar.

Insgesamt hat Willenbücher ein interessantes und, trotz der Komplexität vieler der vorgebrachten Argumente, ein sehr lesbares Buch geschrieben. Besonders gelungen sind die Abschnitte über die staatliche Produktion von Illegalität und die

Interpretation der Grenze: „Die Grenze atmet. Ihr Ziel ist nicht die Abschottung, sondern die Selektion und Filterung. Ihr Effekt ist die Produktion einer extrem flexibilisierten Arbeitskraft“ (S. 123). Daneben lassen andere Abschnitte Fragen offen.

Zunächst fällt eine gewisse Asymmetrie in der Behandlung der MigrantInnen als soziales Subjekt auf. Während in Kapitel 3 die Heterogenität der Gruppe der Illegalisierten betont wird, sprechen die späteren Teile zumeist generalisierend von den Illegalisierten. Angesichts der staatlichen Entrechtung und der Lager scheinen die Unterschiede zu verschwinden. Im Laufe des Buches werden Illegalisierte und MigrantInnen mitunter nahezu synonym verwendet. Bei den vielfältigen Dimensionen der in Kapitel 5 behandelten Fragen (von den Auswirkungen auf den Arbeitmarkt bis zu Schubhaftlagern) sollte jedoch klar sein, dass es sich je nach Fragestellung um recht unterschiedliche betroffene soziale Gruppen handeln kann.

Das Buch behauptet, dass „illegale Migration heute die dominante Form der Migration ist“ (S. 9). Diese These erhält jedoch nicht die kritische Diskussion, die sie angesichts ihrer Zentralität für das Buch und ihrer Mehrdeutigkeit verdient hätte. Die These ist zweifellos korrekt aus der Sicht potenzieller MigrantInnen in Afrika oder Asien: für sie gibt es im Normalfall keine Alternative zur illegalen Immigration. Ob sie aus nationalstaatlicher Sichtweise (die der Autor als „methodologischen Nationalismus“ zurückweist) quantitativ korrekt ist, ist zweifelhaft: eine Mehrheit der Zuwanderung ist, auch wenn naturgemäß verlässliche Zahlen nicht verfügbar sind, vermutlich legal.[3] In Bezug auf die (derzeit) in der EU lebenden MigrantInnen ist sie quantitativ irreführend: Ein klarer Großteil der MigrantInnen (im Gegensatz zu den Neuzuwanderungen) ist legal.[4] Dies ist nicht notwendigerweise im Widerspruch zu Willenbachers These. Diese ist wohl, dass illegale Migration wegen ihrer großen gesellschaftlichen Ausstrahlungskraft „dominant“ wird. Was ist aber mit dominant gemeint? Dominant in Bezug worauf? Eine ausführlichere Diskussion wäre hier notwendig gewesen.

Willenbüchers Analyse verortet die Illegalisierung von MigrantInnen im Herz der staatlichen Souveränität (über den Ausnahmezustand) und der postfordistischen Produktionsweise (da über die Entrechtung der Prekarisierung Vorschub geleistet wird). Aus der Betonung der Illegalisierung durch den Staat könnte gefolgert werden, dass der Leidensweg der MigrantIn mit der Erlangung einer unbefristeten Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis ein Ende findet. Diese Interpretation ist vom Autor nicht beabsichtigt. Es bleibt jedoch der/dem LeserIn überlassen die Effekte der Illegalisierung auf die legalen MigrantInnen weiterzudenken. Ergibt sich beispielsweise eine einheitliche MigrantInnenschicht oder kommt es zu verstärkter Stratifizierung innerhalb der MigrantInnen?

Das Buch hat mehrere Leerstellen. So expliziert der Autor die politischen Konsequenzen seiner Analyse nicht. Theoretisch bleiben Klasse und vor allem Rassismus (bzw. deren Wechselwirkungen mit der staatlichen Illegalisierung) eigenartig unterbelichtet. Dies ist wohl Absicht, hinterlässt aber bei der/dem LeserIn den Eindruck der Unvollständigkeit der Analyse. Die Analyse des staatlichen Rassismus stößt ja bereits in den Lagern, in denen der Ausnahmezustand gilt, also einem Kernbereich der Analyse, an ihre Grenzen. Zurecht weist Willenbücher immer wieder auf die Übergriffe, Misshandlungen und Folterungen in den Lagern (bzw. bei der Abschiebung) hin. Der homo sacer scheint dort aber eine Hautfarbe zu haben: schwarz. Es geht also nicht nur um staatliche Migrationspolitik, sondern auch um Rassismus als sozialpsychologisches Phänomen. Insgesamt liefert Willenbücher also neben überzeugenden Argumenten auch interessante Thesen, die der weiteren Untersuchung bedürfen. Angesicht der Wichtigkeit des Themas kann Mensch sich nur mehr solche anregenden Studien wünschen.

**Engelbert Stockhammer**

**Anmerkungen:**

1 Das Buch hat einen impliziten Fokus auf Deutschland, mit diversen Exkursen in andere Länder. Angesichts des erklärten Fokus auf das EU Migrationsregime, gibt es bemerkenswert wenig Diskussion der EU Erweiterung.

2 Ein Vergleich zwischen der unterschiedlichen Politiken Deutschlands und Großbritanniens hinsichtlich Osteuropas (aus dem in beide Ländern nun die meisten MigrantInnen kommen), wäre in dieser Hinsicht interessant gewesen, wird aber im Buch nicht untersucht.

3 Die legale Zuwanderung nach Deutschland betrug 2005 rund 500.000 Menschen. Mir ist keine Quelle bekannt, die eine höhere Zahl für illegale Zuwanderung angibt. Beschränkt Mensch eine solche Rechnung auf die Zuwanderung aus nicht-neu Staaten (inkl. Ost-Europa), würde sich das Verhältnis jedoch vermutlich umdrehen.

4 Wiederum gibt es natürlich keine verlässlichen Zahlen. Die OECD (International Migration Outlook 2007) schätzt die legalen Migrantinnen für Deutschland auf rund 13% der Bevölkerung, die illegale Migration wird für Europa auf 1-3% der Bevölkerung. Willenbacher referiert ähnliche Zahlen.

